

# Verfolgung und Ermordung der Juden 1933–1945

**Die Verfolgung und Ermordung der  
europäischen Juden durch das nationalsozialistische  
Deutschland 1933–1945**

Herausgegeben  
im Auftrag des Bundesarchivs,  
des Instituts für Zeitgeschichte und des Lehrstuhls für  
Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-  
Universität Freiburg

von

Götz Aly, Wolf Gruner, Susanne Heim,  
Ulrich Herbert, Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller,  
Dieter Pohl und Hartmut Weber

R. Oldenbourg Verlag München 2008

Die Verfolgung und Ermordung der  
europäischen Juden durch das nationalsozialistische  
Deutschland 1933–1945

Band 1

Deutsches Reich  
1933–1937

Bearbeitet von Wolf Gruner

R. Oldenbourg Verlag München 2008

*Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet

über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

© 2008 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: [oldenbourg.de](http://oldenbourg.de)

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Einband und Schutzumschlag: Frank Ortmann und Martin Z. Schröder

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz: Typodata, München

Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG, Altusried-Krugzell

ISBN: 978-3-486-58480-6

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber .....	7
Editorische Vorbemerkung .....	10
Einleitung .....	13
Dokumentenverzeichnis 1933–1937 .....	51
Dokumente	
Dokumente des Jahres 1933 .....	65
Dokumente des Jahres 1934 .....	279
Dokumente des Jahres 1935 .....	407
Dokumente des Jahres 1936 .....	546
Dokumente des Jahres 1937 .....	631
Glossar .....	763
Abkürzungsverzeichnis .....	764
Verzeichnis der im Dokumententeil genannten Archive, Quellen und Darstellungen .....	775
Institutionenregister .....	783
Ortsregister .....	794
Personenregister .....	799



## Vorwort

Mit der Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933 bis 1945“ wird eine thematisch umfassende, wissenschaftlich fundierte Auswahl von Quellen vorgelegt. Im Verlauf der nächsten zehn Jahre sollen insgesamt 16 nach zeitlichen und räumlichen Gesichtspunkten gegliederte Bände erscheinen. Sie dokumentieren das historische Schreckensgeschehen, das heute mit den Begriffen „Holocaust“ und „Shoah“ umschrieben wird.

Der vorliegende erste Band enthält Dokumente zur Judenverfolgung in Deutschland zwischen 1933 und 1937. Der zweite behandelt die Zeit zwischen dem 1. Januar 1938 und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs im September 1939; er schließt also die antisemitische Politik im annektierten Österreich und im annektierten Sudetenland ein. In den folgenden Bänden wird sich der Blick auch auf die Verfolgung und Ermordung der Juden in den großen, von der deutschen Wehrmacht besetzten oder unter deutscher Vorherrschaft stehenden Teilen Europas richten: von Norwegen bis nach Nordafrika, von den Niederlanden bis zum Kaukasus. Der Schwerpunkt wird auf den Regionen liegen, in denen die meisten Juden lebten: insbesondere auf Polen, auf den besetzten Teilen der Sowjetunion und auf Ungarn. Der Mord an den Juden Ost- und Ostmitteleuropas wird anhand einer Fülle neuer Dokumente dargestellt werden.

Quellen im Sinne der vorliegenden Edition sind Schrift- und gelegentlich transkribierte Tondokumente aus den Jahren der deutschen Gewaltherrschaft zwischen 1933 und 1945. Fotografien wurden nicht einbezogen, weil sie allenfalls Ereignisse, nicht aber Entwicklungen und Motive von Entscheidungen und Handlungen dokumentieren; auch lassen sich die Umstände ihrer Entstehung oft nur schwer zurückverfolgen. Dasselbe gilt – aus anders gelagerten quellenkritischen Gründen – für Lebenserinnerungen, Berichte und juristische Unterlagen aus der Zeit nach 1945. Allerdings wird von den nachträglich entstandenen Zeugnissen in der Kommentierung vielfältiger Gebrauch gemacht.

Innerhalb der Bände werden die Dokumente chronologisch angeordnet. Mit dem Verzicht auf thematische Bündelungen wollen die Herausgeber interpretierende und dramatisierende Abfolgen vermeiden. Zugleich möchten sie die unterschiedlichen, die lauten und leisen Äußerungen zur deutschen Judenpolitik festhalten: seien sie mitfühlend, hilfreich, gleichgültig, hämisch oder unverhohlen auf Mord gerichtet; seien sie – auf der Seite der Verfolgten – gutgläubig, ratlos, verängstigt, entschlossen und verzweifelt. Es kommen Funktionsträger jeder Art zu Wort, ebenso einfache Leute und Intellektuelle, inländische und ausländische Beobachter. Dokumentiert werden die Aktivitäten und Reaktionen von Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Überzeugungen, an verschiedenen Orten, mit jeweils begrenzten Horizonten, Handlungsspielräumen und Absichten. Besonders am Herzen liegen den Herausgebern Privatbriefe, Tagebuchnotizen und Hilferufe der verfolgten Juden. Denn „ihre Stimmen waren die einzigen“, wie Saul Friedländer schreibt, „die sowohl die Klarheit der Einsicht als auch die totale Blindheit von Menschen vermittelten, die mit einer völlig neuen und zutiefst entsetzlichen Realität konfrontiert waren“. Daneben muss die Edition, zumal sie in Deutschland erarbeitet wird, in repräsentativer Auswahl die Schriftstücke enthalten, die von den Verfolgern hinterlassen wurden. Nur so können die Motive und Verhaltensweisen der Täter erkennbar werden.

Der vorliegende erste Band dokumentiert die kühl kalkulierte wie die unmittelbar gewalttätige Judenentrechtung und die vielfältigen Reaktionen darauf bis Ende 1937. Die in den einzelnen Quellen eingenommenen Blickwinkel wechseln von Königsberg i. Pr. nach Stuttgart, vom jüdischen Familienblatt zur antisemitischen Kampfzeitung, vom Gerichtssaal ins Kurbad, vom Sportverein in die Schule, von einer aus rassischen Gründen entlassenen Postbeamtin zu Hitler. Diese Darstellungsform wird in den folgenden Bänden beibehalten, allerdings werden sich die Akzente in der Quellenauswahl entsprechend den örtlichen Umständen und der mörderischen Dynamik des deutschen Projekts „Endlösung der Judenfrage“ immer wieder verschieben.

Die ständig wechselnde Perspektive und die chronologische Anordnung erzeugen im Kleinen unübersichtlich erscheinende Dokumentenfolgen. Doch entspricht das zufällige und widersprüchliche Nebeneinander der Ereignisse besser der zeitgenössischen Wahrnehmung als ein nachträglich konstruierter Aufbau. Im Großen entsteht so ein notwendigerweise fragmentarisches, doch vielschichtiges Bild. Es ist unterschiedlichen analytischen Annäherungen zugänglich.

Selbstverständlich trägt ein solches Quellenwerk die Spuren seiner Entstehungszeit, seiner Entstehungsorte und der beteiligten Editoren. Es ist Ausdruck eines bestimmten, immer begrenzten Wissensstands. Doch erscheint den Herausgebern die Zeit für eine solche Dokumentation reif: Erstens konnte in der Forschung in den vergangenen Jahren ein hohes Maß an Konsens darüber erzielt werden, wie und unter welchen Voraussetzungen annähernd sechs Millionen Juden ermordet wurden; zweitens verbesserte sich die Quellenlage nach 1989 erheblich – dank des heute weit weniger restriktiven Archivzugangs nicht nur im ehemaligen Ostblock, sondern auch in Westeuropa; drittens ist der zeitliche Abstand nun so groß, dass das Aufschieben eines solchen Vorhabens von jetzt an als unnötige Verzögerung erscheinen lassen würde; viertens erscheint es wichtig, eine solche Edition in Deutschland zu erarbeiten.

Fünftens wird eine solche Edition wegen der Fülle von Publikationen, auch von Dokumentenwiedergaben, erforderlich. Thematisch übergreifende Dokumentationen sind fast durchweg unter Gesichtspunkten konzipiert, die auf die pädagogische Wirkung angelegt sind. Je nach Zielsetzung und Herkunftsland der Herausgeber wurden dabei bestimmte politisch-thematische Schwerpunkte gesetzt (in Deutschland die Geschichte der deutschen Juden, in Israel der jüdische Widerstand, in Polen die Hilfsbereitschaft der christlichen Mehrheitsbevölkerung usw.). Unter historiographischen Kriterien lassen sich gegen fast alle derartigen Werke zwei zentrale Einwände erheben: Zum einen werden die Quellen meist aus Platzmangel gekürzt abgedruckt, oft als Wiederabdruck schon publizierter Dokumente; zum anderen werden sie, und das ist der wichtigere Einwand, aus dem Kontext gerissen. Das heißt, die Herausgeber solcher Quellensammlungen gehen stillschweigend davon aus, die Dokumente würden wegen ihrer Ungeheuerlichkeit für sich selbst sprechen. Daraus folgt eine Zusammenstellung gekürzter Schriftstücke, die in einer selbstdramatisierenden, allerdings oft genug künstlichen Reihenfolge angeordnet werden.

Schließlich lässt das aktuelle Abheben der Diskussion auf Erinnerungskultur zunehmend das zu erinnernde Geschehen in den Hintergrund treten; dem soll diese Dokumentenedition entgegenwirken.

Die Quellenedition lässt sich als wissenschaftliches Nachschlagewerk benutzen, kann aber auch als Schriftdenkmal für die ermordeten Juden Europas gelesen werden. In jedem

Fall dient sie allen, die sich als Forscher, Lehrer oder Interessierte mit der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistisch regierte Deutschland auseinandersetzen und sich dabei auf nun besser zugängliche authentische Zeugnisse stützen wollen.

Die Arbeit wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft als geisteswissenschaftliches Langzeitprojekt großzügig gefördert. Das einjährige Vorprojekt konnte mit einem unkompliziert gewährten Stipendium der S. Fischer Stiftung in Gang gesetzt werden. Neben den Förderern schulden die Herausgeber den vielen Archivarinnen und Archivaren, den Vertretern von Behörden wie einer großen Zahl von Fachleuten und Privatpersonen herzlichen Dank: Sie unterstützten die Arbeit der Editoren mit Quellenhinweisen, Ratschlägen und Auskünften für die Kommentierung.\*

Hinweise auf abgelegene oder noch nicht erschlossene Quellen zur Judenverfolgung, insbesondere auf private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, nehmen die Herausgeber für die künftigen Bände gerne entgegen. Da sich trotz aller Sorgfalt gelegentliche Ungenauigkeiten in einer solchen Edition nicht gänzlich vermeiden lassen, sind sie für entsprechende Mitteilungen dankbar; sie sollen in einer Nachauflage berücksichtigt werden. Die Adresse des Herausgeberkreises lautet: Institut für Zeitgeschichte, Edition Judenverfolgung, Finckensteinallee 85–87, D-12205 Berlin.

Berlin, München, Freiburg i. Br. im Oktober 2007

\* Als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte haben an diesem Band mitgearbeitet: Romina Becker, Giles Bennet, Natascha Butzke, Florian Danecke, Ulrike Heikaus, Ivonne Meybohm, Titus Milosevic, Remigius Stachowiak und Elisabeth Weber, als wissenschaftliche Mitarbeiterin Gudrun Schroeter.

## Editorische Vorbemerkung

Die Quellenedition zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden soll in der wissenschaftlichen Literatur als VEJ abgekürzt zitiert werden. Das geschieht im Fall von Querverweisen zwischen den einzelnen Bänden auch in dem Werk selbst. Die Dokumente sind – mit jedem Band neu beginnend – fortlaufend nummeriert. Demnach bedeutet „VEJ 1/200“ Dokument Nummer 200 im 1. Band dieser Edition. Die Drucklegung der einzelnen Schriftzeugnisse folgt dem Schema: Überschrift, Kopfzeile, Dokument, Anmerkungen.

Die halbfett gesetzte, von den Bearbeitern der Bände formulierte Überschrift gibt Auskunft über das Entstehungsdatum des folgenden Schriftstücks, dessen Kernbotschaft, Verfasser und Adressaten. Die darunter platzierte Kopfzeile ist Teil des Dokuments. Sie enthält Angaben über die Gattung der Quelle (Brief, Gesetzentwurf, Protokoll usw.), den Namen des Verfassers, den Entstehungsort, gegebenenfalls Aktenzeichen, Geheimhaltungsvermerke und andere Besonderheiten. Die in Berlin seinerzeit ansässigen Ministerien und zentralen Behörden, etwa das Reichssicherheitshauptamt oder die Kanzlei des Führers, bleiben ohne Ortsangabe. Die Kopfzeile enthält ferner Angaben über den Adressaten, gegebenenfalls das Datum des Eingangsstempels, sie endet mit dem Entstehungsdatum und Hinweisen auf die Form der überlieferten Quelle, wie „Entwurf“, „Durchschlag“ oder „Abschrift“.

Anschließend folgt der Text. Anrede- und Grußformeln werden mitgedruckt, Unterschriften jedoch nur einmal in die Kopfzeile aufgenommen. Hervorhebungen der Verfasser in den Originaltexten werden übernommen. Sie erscheinen unabhängig von der in der Vorlage verwendeten Hervorhebungsart im Druck immer kursiv. Fallweise erforderliche Zusatzangaben finden sich im Anmerkungsapparat.

Während die von den Editoren formulierten Überschriften und Fußnoten der heutigen Rechtschreibung folgen, gilt für die Quellen die zeitgenössische. Dabei werden bestimmte, in einzelnen Dokumenten verwandte authentische Schreibweisen (z. B. Goering für Göring, Ae für Ä, ss für ß) beibehalten. Dies führt dazu, dass in den Überschriften und Fußnoten „Erlass“ stehen kann, im Text der Quelle „Erlaß“. Ausnahmsweise bleibt es beim doppelten s, wenn das Wort im Original wegen des offensichtlichen Fehlens eines scharfen s auf der Schreibmaschine oder im Setzkasten so geschrieben wurde. Eigennamen von Institutionen bleiben von veränderten Rechtschreibregeln unberührt. Offensichtliche Tippfehler in der Vorlage und kleinere Nachlässigkeiten werden stillschweigend korrigiert, wenn sie den Lesefluss behindern; widersprüchliche Schreibweisen und Zeichensetzungen innerhalb eines Dokuments vereinheitlicht. Versehentlich ausgelassene Wörter oder Ergänzungen infolge unlesbarer Textstellen fügen die Editoren in eckigen Klammern ein. Bilden jedoch bestimmte orthographische und grammatikalische Eigenheiten ein Charakteristikum der Quelle, vermerken sie „Grammatik und Rechtschreibung wie im Original“. Abkürzungen, auch unterschiedliche (z. B. NSDAP, N.S.D.A.P. und NSDAP.), werden im Dokument nicht vereinheitlicht und im Abkürzungsverzeichnis erklärt. Ungebräuchliche Abkürzungen, vor allem in privaten Briefen, werden bei der ersten Nennung in eckigen Klammern aufgelöst.

Handschriftliche Zusätze in maschinenschriftlichen Originalen übernehmen die Editoren

ren ohne weitere Kennzeichnung, sofern es sich um formale Korrekturen und um Einfügungen handelt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit vom Verfasser stammen. Verändern sie die Aussage in beachtlicher Weise – schwächen sie ab oder radikalisieren sie –, wird das in den Fußnoten vermerkt und, soweit feststellbar, der Urheber mitgeteilt. Auf die in den Originalen häufigen, von den Empfängern oder auch von späteren Lesern vorgenommenen Unterstreichungen mit Blei- oder Farbstift wird im Allgemeinen pauschal, in interessanten Einzelfällen speziell in der Fußnote hingewiesen.

In der Regel werden die Dokumente im vollen Wortlaut abgedruckt. Nur ausnahmsweise, sofern einzelne Dokumente sehr umfangreich sind, etwa antisemitische Kampfschriften, erfolgt der Abdruck nur teilweise. Dasselbe gilt für Sitzungsprotokolle, die nicht insgesamt, sondern nur in einem abgeschlossenen Teil von der nationalsozialistischen Judenpolitik oder den damit verbundenen Reaktionen handeln. Solche Kürzungen sind mit eckigen Auslassungsklammern gekennzeichnet; der Inhalt wird in der Fußnote skizziert. Undatierte Monats- oder Jahresberichte erscheinen am Ende des jeweiligen Zeitraums. Von der strikten Einordnung der Dokumente nach ihrer Entstehungszeit wird nur in wenigen Ausnahmen abgewichen: in diesem Band im Fall der Lebensberichte jüdischer Emigranten, die 1939/1940 für einen Wettbewerb der Harvard Universität geschrieben wurden. Diese zwar zeitnah, doch schon retrospektiv abgefassten Beschreibungen werden nicht unter dem Entstehungsdatum, sondern unter dem Datum des geschilderten Ereignisses eingereiht.

In der ersten, der Überschrift angehängten Fußnote stehen der Fundort, sofern er ein Archiv bezeichnet auch die Aktensignatur und, falls vorhanden, die Blattnummer. Handelt es sich um gedruckte Quellen, etwa Zeitungsartikel oder Gesetzestexte, finden sich in dieser Fußnote die üblichen bibliographischen Angaben. Wurde eine Quelle schon einmal in einer Dokumentation zum Nationalsozialismus beziehungsweise zur Judenverfolgung veröffentlicht, wird sie nach dem Original ediert, doch wird neben dem ursprünglichen Fundort auch auf die Publikation verwiesen. In einer weiteren Fußnote werden die Entstehungsumstände des Dokuments erläutert, gegebenenfalls damit verbundene Diskussionen, die besondere Rolle von Verfassern und Adressaten, begleitende oder sich unmittelbar anschließende Aktivitäten.

Die folgenden Fußnoten erläutern sachliche und personelle Zusammenhänge. Sie verweisen auf andere – unveröffentlichte oder veröffentlichte – Dokumente, sofern das für die geschichtliche Einordnung hilfreich erscheint. Weiterhin finden sich in den Fußnoten Erläuterungen zu einzelnen Details, etwa zu handschriftlichen Randnotizen, Unterstreichungen, Streichungen. Bearbeitungsvermerke und Vorlageverfügungen werden entweder in der weiteren Fußnote als vorhanden erwähnt oder aber in den späteren Fußnoten entschlüsselt, sofern sie nach Ansicht der Editoren wesentliche Aussagen enthalten. Für die im Quellentext genannten Abkommen, Gesetze und Erlasse werden die Fundorte nach Möglichkeit in den Fußnoten angegeben, andere Bezugsdokumente mit ihrer Archivsignatur. Konnten diese nicht ermittelt werden, wird das angemerkt.

Für die in den Schriftstücken angeführten Absender und Adressaten wurden, soweit möglich, die biographischen Daten ermittelt und angegeben. Dasselbe gilt für die im Text erwähnten Personen, sofern sie als handelnde Personen eingestuft werden. Die Angaben stehen in der Regel in der Fußnote zur jeweils ersten Nennung des Namens innerhalb eines Bandes und lassen sich so über den Personenindex leicht aufsuchen.

Die Kurzbiographien beruhen auf Angaben, die sich in Nachschlagewerken und in der

speziellen Fachliteratur finden, sowie auf den Auskünften jüdischer Gemeinden oder Organisationen. In vielen nur schwer zu klärenden Fällen wurden Personalakten und -karteien eingesehen, Standesämter befragt, Wiedergutmachungs- und Entnazifizierungsakten geprüft. Für denselben Zweck wurden die speziellen, auf die NS-Zeit bezogenen Personenkarteien und -dossiers einschlägiger Archive benutzt: in erster Linie die des ehemaligen Berlin Document Center, des Staatssicherheitsdienstes der DDR und der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen (Ludwigsburg), die heute im Bundesarchiv verwahrt werden.

Trotz aller Mühen gelang es nicht immer, die biographischen Daten vollständig zu ermitteln. In solchen Fällen enthält die jeweilige Fußnote nur die gesicherten Angaben wie z. B. das Geburtsjahr. Waren Personen nicht zu identifizieren, wird auf eine entsprechende Anmerkung verzichtet. Bei allseits bekannten Personen wie Adolf Hitler, Thomas Mann oder Albert Einstein wird von einer erläuternden Fußnote abgesehen.

In der Regel setzen die Editoren die zeitüblichen Begriffe des nationalsozialistischen Deutschlands nicht in Anführungszeichen. Dazu gehören Wörter wie Altreich (gemeint ist das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937), Führer, Judenfrage, Judenrat etc. Der Kontext macht deutlich, dass keines der Wörter affirmativ gebraucht wird. Die Begriffe Jude, Jüdin, jüdisch werden folglich, den Umständen der Zeit entsprechend, auch für Menschen verwandt, die sich nicht als jüdisch verstanden haben, aber aufgrund der Rassegesetze so definiert wurden und daher der Verfolgung ausgesetzt waren. Begriffe wie „Mischling“, „Mischehe“ oder „Arisierung“, die eigentlich auch Termini technici der Zeit waren, werden in Anführungszeichen gesetzt. Ein solcher nicht klar zu definierender Gebrauch der Anführungszeichen lässt sich nicht systematisch begründen. Er bildet einen gewiss anfechtbaren Kompromiss zwischen historiographischer Strenge und dem Bedürfnis, wenigstens gelegentlich ein Distanzsignal zu setzen.

Hebräische Begriffe werden in einer Fußnote, bei Mehrfachnennung im Glossar erläutert. Orte in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, auch in den schon 1919 abgetrennten Teilen, werden mit ihren deutschen Namen bezeichnet. Dasselbe gilt für die einst geschlossen deutsch besiedelten Randgebiete des böhmischen Beckens, also für Eger, Karlsbad, Teplitz-Schönau etc. Im Fall von Orten, deren Namen im Zeichen systematischer Germanisierung zwischen 1939 und 1945 eingedeutscht wurden, steht der landesübliche Name in Klammern, z. B. Zichenau (Ciechanów). Das geschieht nur dann nicht, wenn die deutsche Ortsbezeichnung seit alters gebräuchlich ist (z. B. Lemberg, Brünn, Krakau) oder infolge der deutschen Verbrechen später international geläufig wurde: Kaiserwald, Kulmhof, Theresienstadt, Auschwitz.

# Einleitung\*

Seit nunmehr zwei Generationen wird die Vorgeschichte des Holocaust erforscht. Viele früher umstrittene Fragen sind inzwischen geklärt. Weitgehend herrscht Einigkeit darüber, dass die von der Führung des Deutschen Reichs gefällte Entscheidung zur Ermordung der europäischen Juden nicht auf einem lange zuvor gefassten Plan beruhte. Auch ist die 1933 begonnene antisemitische Staatspolitik gründlich analysiert. Zwar übertraf sie schon nach wenigen Monaten die damals in vielen Ländern gängigen Formen der Diskriminierung von Minderheiten, doch zu diesem Zeitpunkt „hätte kein Bürokrat vorhersagen können, welche Art von Maßnahmen man 1938 ergreifen würde, noch war es 1938 möglich, den Ablauf des Geschehens im Jahr 1942 vorzusehen“.<sup>1</sup> Der Weg dorthin verlief in vielen komplizierten Einzelschritten. Er führte zu dem im Sommer 1941 begonnenen beispiellosen Vorhaben, eine zuvor „rassisch“ definierte Bevölkerungsgruppe von elf Millionen Menschen ohne Ansehen von Alter und Geschlecht in möglichst kurzer Zeit auszurotten. Die deutschen Verfolger nannten das „Endlösung der Judenfrage“. Bis zum 8. Mai 1945 ermordeten sie annähernd sechs Millionen Menschen, weil sie Juden waren oder zu solchen erklärt wurden.

Die Entscheidungen zur stufenweisen Entrechtung der deutschen Juden wurden zwischen 1933 und 1941 von den Vertretern unterschiedlicher Institutionen und gesellschaftlicher Vereinigungen vorbereitet, beeinflusst und getroffen, ebenso von Einzelpersonen, allen voran Adolf Hitler. Sie alle ließen sich von weltanschaulich geprägtem Großgruppenhass leiten, von materiellen Interessen, politischen und später militärischen Erwägungen. Als der Massenmord beschlossene Sache war, wurde er maßgeblich, aber nicht allein von Deutschen durchgeführt. Die Technik der Verfolgung, den Aufbau der Vernichtungslager und das Morden entwickelten und verantworteten Deutsche, wenngleich sie für die Durchführung des Projekts „Endlösung“ in den besetzten europäischen Ländern auf jeweils unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße Regierungen, Bürokratien, Polizeieinheiten und viele Einzelpersonen zur Mitarbeit gewannen. Damit werden weder die Schuld noch die Verantwortung der Deutschen relativiert; doch zur Rekonstruktion der Ereignisse muss auch die Frage, wie die Judenverfolgung in den einzelnen besetzten und verbündeten Ländern politisch implementiert wurde, gestellt werden.

Die 1928 einsetzenden Wahlerfolge der NSDAP und die Machtübernahme Hitlers 1933 lassen sich im Wesentlichen aus der politischen Situation erklären, die mit der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg, mit der Demütigung von Versailles und der Inflation ent-

<sup>1</sup> Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1990, S. 56. Hans Mommsen entwickelte dafür früh den Begriff der kumulativen Radikalisierung: Hans Mommsen, Der Nationalsozialismus. Kumulative Radikalisierung und Selbsterstörung des Regimes, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 16, Stuttgart 1976, S. 785–790; dazu auch Karl Schleunes, The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy towards German Jews 1933–39, London 1972; Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972; Leni Yahil, Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden, München 1989; Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der Judenvernichtung, München 1998; Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung 1933–1939, München 1998, Bd. 2: Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden 1939–1945, München 2006.

\* Die Einleitung wurde maßgeblich von Götz Aly verfasst.

standen war. Existenzangst, Verzweiflung, Not und dumpfer Trotz wurden für viele Deutsche zum beherrschenden Lebensgefühl. Von 1929 an begünstigte die Weltwirtschaftskrise die politische Radikalisierung zusätzlich. Zweifellos mobilisierte der NS-Staat auch den über Jahrhunderte gewachsenen christlichen Antijudaismus und die im 19. Jahrhundert entwickelten nationalistischen Ressentiments, von 1938 an auch in den annektierten und besetzten Ländern Europas. Doch ist die Annahme irrig, in Deutschland habe sich ein spezieller, besonders bösartiger Antisemitismus eingeschlichen, der schon lange auf Auschwitz zugesteuert sei. Methodisch und theoretisch fragwürdig, wird mit solchen teleologisch angelegten Erklärungskonzepten versucht, „die Ungeheuerlichkeit der Judenvernichtung durch eine ungeheuerliche Geschichte kausal zu begründen“ und zu bannen.<sup>2</sup> Unter diesem Vorbehalt sind die folgenden, durchaus notwendigen Hinweise zur deutschen Nationalgeschichte im 19. Jahrhundert zu lesen.

## Judenemanzipation und Kulturnation

Der aufgeklärte Etatismus des späten 18. Jahrhunderts führte in den deutschen Territorialstaaten zu beachtlichen Versuchen, aus dem Mittelalter überkommene Sondersteuern und Leibzölle, Aufenthaltsbeschränkungen und -verbote für Juden zu überwinden. Zu den Schrittmachern zählte Gotthold Ephraim Lessing schon mit seinem Erstlingsdrama „Die Juden“ (1749) ebenso wie der zu Lebzeiten hoch angesehene Friedrich Gottlieb Klopstock, der 1782 in seiner „Ode an den Kaiser“ beklagte: „Wie unser Pöbel Kanaans Volk entmenschte!“ Im Jahr 1781 erschien in Berlin Christian Wilhelm Dohms Denkschrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“. Im protestantischen Norden entstanden, gehörte sie zu den Grundtexten der europäischen Judenemanzipation und stützte sich auf das von Christen damals nur ausnahmsweise akzeptierte Argument: „Der Jude ist noch mehr Mensch als Jude.“

Der Epochenbruch der Französischen Revolution und die napoleonischen Kriege erhöhten den Veränderungsdruck in den noch weitgehend feudal gebliebenen Staaten. In Preußen arbeitete eine Regierungskommission seit 1787 an einem Gesetz zur Rechtsstellung der Juden. 1812 unterzeichnete Friedrich Wilhelm III. das Edikt „betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden“ als Teil der Stein-Hardenbergschen Reformen. Es garantierte den altpreußischen Juden die Staatsbürgerschaft, begrenzte jedoch ihren Zutritt zu Staats- und Wahlämtern. Während der Reaktionszeit wurden die Restriktionen etwas enger gezogen, in den Revolutionsjahren von 1848 deutlich gelockert. Den verfassungsrechtlichen Abschluss fand die Judenemanzipation in den deutschen Teilstaaten um 1860 und mit der Gründung des Kaiserreichs 1871 für ganz Deutschland.

Im Unterschied zu dem komplizierten, territorialstaatlich verschiedenartigen Verfahren im Alten Reich und seit 1815 in dem aus souveränen Einzelstaaten locker gefügten Deutschen Bund hatte Frankreich die Juden nicht mit der Revolution von 1789, sondern mit dem Gesetz vom November 1791 von heute auf morgen gleichgestellt, gefolgt von Beschränkungen in der Ära Napoleon. Beide Konzepte, das liberal-revolutionäre und das reformistisch-autokratische, zielten auf Assimilation, also darauf, „dass der Jude entjudet

<sup>2</sup> Reinhart Koselleck, *Deutschland – eine verspätete Nation?* in: Ders., *Zeitschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt a. M. 2003, S. 359–380, hier: S. 377.

werde“, wie es 1828 in einem württembergischen Kommissionsbericht hieß.<sup>3</sup> Betrachtet man die tatsächliche Lage der Juden im französischen Elsass und im benachbarten Baden, dann hielten sich die realen Unterschiede in Grenzen.

Russland umfasste im 19. Jahrhundert noch große Teile Polens und war die Heimat der meisten Juden der damaligen Welt. Vergleicht man die Judenemanzipation in Deutschland nicht mit Frankreich, sondern mit dem damals unmittelbar angrenzenden russischen Reich, dann schritt sie rasch und effizient voran. Für die in ihrer Bewegungsfreiheit reglementierten, immer wieder den Gewaltausbrüchen ihrer christlichen Nachbarn ausgesetzten Juden im zaristischen Russland bot der angrenzende preußische Westen seit 1812 das Gegenstück zu der erst 1917 von der Regierung Kerenskij gebrochenen antisemitischen Willkür: ein fast paradiesisches Maß an Rechtssicherheit, Gewerbefreiheit und Lebenschancen.

Wählt man die deutsche Innenansicht, so fand die positiv, als notwendiger Teil des bürgerlichen Fortschritts und Vernunftrechts verstandene Judenfrage für gut 100 Jahre engagierte Fürsprecher. Doch wurden sie lange gebremst und in inhaltende öffentliche Diskussionen verwickelt. Als aus den Juden endlich gleichberechtigte Bürger geworden waren, meinten nicht wenige Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, die lange umstrittenen Andersgläubigen könnten keine richtigen Deutschen sein. Der dauerhafte Zank hatte sie zusätzlich stigmatisiert und selbst unter den gut integrierten das Gefühl des Makels, der „infamen Geburt“ verfestigt.

„Was ist es garstig, sich immer erst legitimieren zu müssen! Darum ist es ja nur so widerwärtig eine Jüdin zu sein.“ So beschrieb Rahel Varnhagen im frühen 19. Jahrhundert ihr Lebensgefühl in Berlin.<sup>4</sup> Der Rechtfertigungszwang setzte sich nach 1871 fort. Angesichts des Berliner Antisemitismusstreits von 1879 verspürte der Marburger Philosophieprofessor Hermann Cohen, wie „die alte Beklommenheit wieder geweckt“ werde; und Theodor Mommsen, der als liberaler Integrationsbefürworter Partei für die von seinem Historikerkollegen Heinrich von Treitschke angefeindeten Juden ergriff, forderte diese auf, ihre „Sonderart nach bestem Vermögen von sich zu tun“. Doch wäre es falsch, von einem generellen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Antisemitismus zu sprechen.<sup>5</sup>

Nicht allein im Hinblick auf die Juden, sondern insgesamt kennzeichneten übervorsichtige Reformen die Politik in den deutschen Staaten. Komplementär dazu vertraten die aufstrebenden, rechtlich noch lange gehemmten Bürger, Handwerker und Bauern, später dann die Proletarier, eine reduzierte Auffassung der Grundwerte Freiheit und Gleichheit. Bezeichnenderweise wandten sich 1814/15 auf dem Wiener Kongress die Abgesandten aus Frankfurt am Main, Hamburg, Bremen und Lübeck gegen die adeligen Befürworter der Judenemanzipation, ebenso verhielten sich die Interessenvertreter der süddeutschen Bürgerstädte. „Man stritt zwar für Rechtsgleichheit und Menschenwürde“, schreibt der Historiker Franz Schnabel über die wenig prinzipienfesten Repräsentanten des Dritten Standes, „man wollte die Schranken niederlegen, die der Freiheit des Erwerbes entgegen-

<sup>3</sup> Zit. nach Reinhard Rürup, Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975, S. 24.

<sup>4</sup> Zit. nach Hannah Arendt, Rahel Varnhagen. Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin aus der Romantik, Neuausg. München 1981, S. 203.

<sup>5</sup> Mommsen zit. nach Shulamit Volkov, Die Juden in Deutschland 1780–1918, 2. verb. Aufl. München 2000, S. 49.

standen: aber den Hausiererhandel bekämpfte man, die Juden wollte man niedergehalten wissen, die Prügelstrafe hielt man in Kriminalsachen für unentbehrlich.“<sup>6</sup>

Für die derart reduzierte Idee von der bürgerlichen Freiheit steht exemplarisch Friedrich List. Der in Reutlingen geborene, dann in Tübingen lehrende Professor und Vorkämpfer des Zollvereins und Eisenbahnbaus bemerkte 1817: „Auch können Leute aus solchen Menschenklassen, deren Religion oder allgemeiner Charakter sich mit der bürgerlichen Gesellschaft nicht verträgt, z. B. Juden, Separatisten usw., keiner Gemeinde aufgebürdet werden.“ Mit Nachdruck trat er 1818 dafür ein, die Katholiken im lutherisch geprägten Königreich Württemberg als Gleichberechtigte zu akzeptieren, hieraus folge „aber nicht, dass man zum entgegengesetzten Extrem übergehen und z. B. jetzt den Gemeinden Bürger und Besitzer vom Stamme Israel aufdringen müsse“.<sup>7</sup>

Nach dem Ende des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, das immer auch ein europäischer Herrschaftsverband gewesen war, gab es im Jahr 1806 – in der Sprache der Zeit – eine „deutsche Völkerschaft“. Die Vorstellung vom deutschen Volk entsprach einer lange nicht verwirklichten Hoffnung. Die letzten Spuren davon finden sich noch zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft: Albert Einstein wurde 1934 als Preuße ausgebürgert; erst Hitlers Innenminister Wilhelm Frick verfügte am 5. Februar 1934, dass seither das Wort „deutsch“ in den Reisepässen steht.<sup>8</sup>

Da die deutschen Nationalrevolutionäre des Vormärz sich nicht auf einen bereits arrondierten Feudalstaat beziehen konnten, mussten sie ihr Programm doppelt formulieren: als republikanischen Umsturz einer nicht länger zweckmäßigen Rechtsordnung und als grenzüberschreitende, insofern hochverräterische Einheitsidee. Sie beriefen sich – „so weit die deutsche Zunge klingt“, „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ – auf die angebliche Gemeinsamkeit von Sprache und Geschichte, von deutschem Wesen und Blut. Der gesellschaftspolitische Prozess der Inklusion beförderte komplementär die Exklusion, die Abgrenzung gegen „Fremdlinge“. Nach den Statuten der von Ernst Moritz Arndt begründeten Deutschen Gesellschaften konnten den nationalrevolutionären Vereinen nur Christen beitreten, nicht jedoch „Franzosen, Juden und Philister“. Bald nach 1815 nahm die schwarz-rot-goldene Jenaer Urburschenschaft in ihr Statut den zuvor noch knapp abgewiesenen Passus auf, nach dem „nur ein Deutscher und ein Christ“ Mitglied werden durfte. Die gegen Juden gerichteten Bestimmungen wurden 1831 aus den Satzungen der Burschenschaften getilgt, nach 1880 wieder aufgenommen.<sup>9</sup>

Eine Besonderheit blieb all das nicht. Während der folgenden Jahrzehnte inspirierte der deutsche Sprach- und Kulturnationalismus, den die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm kanonisiert und die romantischen Dichter besungen hatten, die geistigen Führer der vielen erst spät formierten Nationen Europas: von Athen bis Helsinki, von Turin bis Buka-

6 Franz Schnabel, *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert*, Bd. 2: Monarchie und Volkssouveränität, Freiburg i.Br. 1933, S. 225; siehe Volkov, *Die Juden*, S. 20.

7 Friedrich List, *Schriften, Reden, Briefe. Der Kampf um die politische und ökonomische Reform 1815–25*, Aalen 1971, Bd. I,1 S. 158, Bd. I,2 S. 853; Schnabel, *Deutsche Geschichte*, Bd. 3: Erfahrungswissenschaft und Technik, Freiburg i. Br. 1934, S. 351.

8 RGBL., 1934 I, S. 85.

9 Georg Simmel, *Untersuchungen über Formen der Vergesellschaftung*, Berlin 1908, 6. Aufl. 1983, S. 509–526 (Exkurs über den Fremden); Schnabel, *Deutsche Geschichte*, Bd. 2, S. 248 f.; Norbert Kampe, *Studenten und „Judenfrage“ im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus*, Göttingen 1988.

rest, von Belgrad über Budapest und Prag bis Warschau und Riga, zuletzt den Baseler Zionistenkongress von 1897. Sie adaptierten die romantische Nationalstaatsidee der Deutschen und bildeten auf dieser gedanklichen Grundlage neue nationalistische Bewegungen. Nachdem spätestens 1918 aus Nationalrevolutionären Staatsführer geworden waren, kombinierten sie das deutsche Exportgut Sprachnationalismus – zum doppelten Unglück der jeweiligen nationalen Minderheiten – vorzugsweise mit dem französischen Zentralstaatsmodell.

Was die Vorkämpfer im 19. Jahrhundert als Aufbruch in den Völkerfrühling verstanden hatten, was Fürst Metternich als „Universitäts- und Turnerteutonismus“ niederzuhalten versuchte,<sup>10</sup> artete im und nach dem Ersten Weltkrieg zum ebenso unduldsamen wie verbreiteten Hypernationalismus aus. Er legitimierte sich zuletzt aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das der amerikanische Präsident Woodrow Wilson im Januar 1918 für die künftige Friedensordnung Europas ins Spiel gebracht hatte. Kaum war das geschehen, notierte sein Außenminister Robert Lansing erschrocken: „Das ganze Wort ‚Selbstbestimmung‘ ist mit Dynamit bis zum Rande geladen. [...] Welch ein Verhängnis, daß dies Wort je geprägt wurde! Welch Elend wird es über die Menschen bringen!“ Unter den europäischen Minderheiten gab es eine Minorität par excellence, die sich zu ihrem Schutz nicht auf einen Staat und notfalls auf dessen Armee verlassen konnte: die Juden. Als die Verhandlungsführer der westlichen Staatenwelt 1919/20 mit der Pariser Friedensordnung 20 000 Kilometer neuer Nationalstaatsgrenzen durch Europa zogen, sahen sie die Gefahren durchaus und sorgten, wenn auch halbherzig, für den vertraglichen Schutz der Minderheiten. Aber sie „wußten noch nichts von Bevölkerungstransfers, und sie ahnten noch nicht, daß es ganze Gruppen von Menschen in Europa geben könne, die ‚undeportierbar‘ waren“.<sup>11</sup>

## Vom Kaiserreich zum Ersten Weltkrieg

Im Vergleich zu England begann die Industrialisierung in Deutschland deutlich später und vollzog sich dann wesentlich rascher. So förderten beide Länder 1913 fast gleich viel Kohle, doch hatte sich die deutsche Förderung seit 1871 mehr als versechsfacht, während die britische nur noch um 150 Prozent gestiegen war. 1875 floss aus britischen Hochöfen dreimal so viel Roheisen wie aus deutschen, 1913 erzeugte das Reich 30 Prozent mehr als Großbritannien. In der Stahlproduktion verschob sich das Verhältnis noch stärker. Hinter solchen Indikatoren des industriellen Aufschwungs verbargen sich enorme soziale und kulturelle Erschütterungen: massenhafte Entwurzelung, Existenzangst und Elend, der Niedergang ganzer Berufsgruppen, Gewerbe, Städte und Regionen.

<sup>10</sup> Klemens Wenzel Lothar von Metternich, Die Deutsche Frage. Genesis, Verlauf und gegenwärtiger Stand derselben. Denkschrift an Erzherzog Johann, Reichsverweser, London, August 1848, in: Richard von Metternich-Winneburg (Hrsg.), Aus Metternich's nachgelassenen Papieren, Bd. 8, Wien 1884, S. 443–453.

<sup>11</sup> Robert Lansing, Die Versailler Friedensverhandlungen. Persönliche Erinnerungen, Berlin 1921, S. 73; generell: Carole Fink: Defending the Rights of Others. The Great Powers, the Jews, and International Minority Protection, 1878–1938, Cambridge 2004; Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Neuausg. München 1986, S. 435.

Großbritannien hatte gut 60 Jahre Zeit, sich mit den Folgen der Industrialisierung auseinanderzusetzen; es konnte die Probleme mithilfe der kolonialen Ressourcen lindern und verfügte über lange gewachsene, erprobte politische Institutionen. Das 1871 geschaffene Deutsche Reich gebot aufgrund seiner föderalen Tradition und Verfassungsstruktur bis 1919 nicht einmal über ein eigenes Finanzministerium und Steueraufkommen. Die Politiker und Ministerialbeamten mussten sich mit dem Sturm des produktiven Fortschritts und den gesellschaftlichen Verwerfungen auseinandersetzen, sich aber die dafür notwendigen institutionellen Instrumente erst noch schaffen. Das gelang nur unvollkommen; gemessen am Entwicklungstempo waren die Leistungen jedoch beachtlich, die das Kaiserreich auf den Gebieten der Gesetzgebung, der Bildung, der Wissenschaft, des Verkehrs, der Sozialpolitik und Hygiene erbrachte.

Viele Juden stellten sich den Herausforderungen der neuen Zeit mit Erfolg. Im wörtlichen Sinn rückhaltlos mussten und wollten sie die neuen Möglichkeiten ergreifen, während große Teile der christlichen Mehrheitsbevölkerung das Ende der seit Jahrhunderten überkommenen Ordnung als Verlust und Gefahr erlebten. Der alte Mittelstand der Handwerker, Ladenbesitzer und mittleren Bauern, der Amts- und Respektspersonen ging unter; jetzt trat der neue Mittelstand auf den Plan: die Anwälte, Ärzte, Prokuristen, Händler und Bierbrauer, die Börsenleute, Theaterdirektoren und Kaufhausgründer.<sup>12</sup> Die Juden zeigten sich bildungshungrig und aufstiegsorientiert und gehörten bald zum überproportionalen Teil dem Bürgertum an.

Im Jahr 1867 waren 14,8 Prozent der Berliner Gymnasiasten Juden, während sich nur vier Prozent der Einwohner zur jüdischen Religion bekannten. Am humanistischen Mommсен-Gymnasium in Berlin-Charlottenburg war 1910 die große Mehrheit der Sextaner Juden: „An intellektuellem Hochmut hat es nicht ganz gefehlt, aber die Kameradschaft war trotzdem gut“, berichtet Rudolf Schottlaender in seinen Erinnerungen. „Auch die Lehrer, fast sämtlich Nichtjuden, vermieden jüdenfeindliche Äußerungen.“ Der Anteil jüdischer Studenten an preußischen Universitäten lag 1886/87 bei 9,6 Prozent, der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung unter einem Prozent.

Von 1870 bis 1884 leitete Bürgermeister Leopold Guggenheim die Geschicke des südbadischen Gailingen. Die Gemeinde zählte 1875 rund 1 700 Einwohner, darunter 700 Israeliten. Zum Verhältnis zwischen beiden Konfessionsgruppen hieß es in dem Inspektionsbericht des großherzoglichen Bezirksamts vom 12. September 1878: „Noch vor 40 bis 50 Jahren [hatte] die große Mehrzahl der Israeliten dem ärmeren Teil der Einwohnerschaft angehört“, doch überträfen sie die christlichen Bürger jetzt „bedeutend an Vermögen“: „Sie leben fast alle vom Handel (namentlich Viehhandel), während die christlichen Einwohner, mit wenigen Ausnahmen, auf die Landwirtschaft und auf den Taglohn angewiesen sind. Fast alle größeren Häuser sind im Besitz von Israeliten. [...] Aus dieser allmählich gewordenen Vermögensungleichheit dürfte es sich denn auch erklären, dass eine gewisse Spannung zwischen beiden Konfessionsteilen bemerklich ist.“

Nach einer Statistik von 1895 war jeder zweite erwerbstätige Jude selbständig, aber nur jeder vierte Christ. Während elf Prozent der Juden als Angestellte arbeiteten, waren es unter den Christen drei Prozent. Das führte, wie Shulamit Volkov anhand der Steuerkraft ver-

<sup>12</sup> Hans Paul Barth, *Gesellschaftliche Voraussetzungen des Antisemitismus*, in: Werner E. Mosse (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1966, S. 135–155.

anschaulicht, zu deutlichen wirtschaftlichen Diskrepanzen: „So zahlten die Juden im frühen 20. Jahrhundert z. B. in Frankfurt a. M. durchschnittlich viermal so viel Steuern wie der durchschnittliche protestantische Stadtbürger und achtmal so viel wie ein Katholik. In Berlin machten die Zahlungen 30 % des städtischen Steueraufkommens aus, während die Juden nur 15 % der Steuerzahler und knapp über 4 % der Stadtbevölkerung bildeten.“<sup>13</sup>

Die deutschen Juden hatten in der alten, für sie nicht günstigen und über Jahrhunderte mehr oder weniger statischen Ordnung nichts zu verlieren. Ihre Chance lag in der neuen Dynamik, im Unternehmertum, in den Sphären der Wissenschaft, in den Angestelltenetagen der Wirtschaft, des Rechts und der Medien. Diejenigen, die zu Wohlstand gelangten, engagierten sich vielfach in den Kommunen. Sie initiierten Stiftungen für Wohlfahrt, Bildung und Forschung; in Frankfurt am Main zählten sie zu den Gründern der Universität. Im israelitischen Krankenhaus von Gailingen fanden selbstverständlich auch Christen Aufnahme, allerdings monierte die badische Regierung: „Die israelitische Wohltätigkeit zieht auch viele ‚Schnorrer‘ an.“

Die deutschen Juden verstanden sich als Teil der nationalen und lokalen Kultur. Parallel dazu bildeten sich eigene jüdische Gesellschaften und Logen heraus. Aus geduldeten Untertanen waren aktive Staatsbürger geworden. Das symbolisierte noch vor der formellen rechtlichen Gleichstellung die 1859 bis 1866 errichtete Neue Synagoge in der Berliner Oranienburger Straße. Selbstbewusst und im Vergleich mit anderen europäischen Hauptstädten ungewöhnlich erhob sich ihre prächtig vergoldete Kuppel neben den Kuppeln des protestantischen Doms und des Hohenzollernschlosses.

In dieser Situation traten von 1871 an neuartige Judenfeinde hervor. Sie drehten den Begriff „Judenfrage“ ins Negative. Beispielhaft spiegelt sich der Wandel in der Verlagsanzeige für ein antijüdisches Pamphlet aus dem Jahr 1879: „Es gab einst eine ‚Judenfrage‘, die hieß, dürfen wir die Juden unterdrücken und verfolgen? Diese ist abgetan; wir haben ihnen überall (selbst in Rumänien ist dies im Werden) gleiche Rechte wie uns selbst gewährt. Und was ist die Folge? Dass es jetzt eine neue Judenfrage gibt, und diese heißt: Sollen uns die Juden aussaugen und am Ende beherrschen?“<sup>14</sup> Der auf diese Weise politisch und sozial neu programmierte Antisemitismus nahm die Ängste der Alteingesessenen und Desorientierten, der Modernisierungsverlierer und -bedrohten auf. Daran knüpfte der berühmte, ebenfalls 1879 verfasste Aufsatz „Unsere Aussichten“ an, mit dem Heinrich von Treitschke den Berliner Antisemitismusstreit vom Zaun brach. Er zielte auf den Aufstiegswillen der ostjüdischen Zuwanderer: einer „Schar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge“, deren „Kinder und Kindeskinde dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen“. Treitschke geißelte im weiteren Verlauf des Streits die „Spottsucht“ und den „Übermut“ der Juden, die den deutsch-christlichen Biedersinn, „die bescheidene Frömmigkeit“ und die „alte gemüthliche Arbeitsfreudigkeit“ verletzen würden.

<sup>13</sup> Rudolf Schottlaender, Trotz allem ein Deutscher. Mein Lebensweg seit Jahrhundertbeginn, Freiburg i. Br. 1986, S. 8; Volkov, Die Juden, S. 53 f.; Eckhardt Friedrich, Dagmar Schmieder-Friedrich, Die Gailinger Juden. Materialien zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Gailingen aus ihrer Blütezeit und den Jahren der gewaltsamen Auflösung, Konstanz 1981, S. 23 und 48; Reinhard Rürup, Emanzipation und Krise. Zur Geschichte der „Judenfrage“ in Deutschland vor 1890, in: Werner E. Mosse, Arnold Paucker (Hrsg.), Juden im Wilhelminischen Deutschland, Tübingen 1976, S. 1–56, hier: S. 47.

<sup>14</sup> Annonce für das Buch „Kulturgeschichte des Judentums“ von Dr. Otto Henne-am Rhyn, in: Wilhelm Marr, Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum, Bern 1879.

Im Jahr 1930 analysierte Arthur Rosenberg das starke Echo, das Treitschkes Akademiker-Antisemitismus fand, als „ideologische Korsettstange“ christlicher Studenten und Graduirter, denen in der Wilhelminischen Gesellschaft der Geburtsadel fehlte, die in ihrer untertänigen Verhemmtheit nicht wüssten, wie sie die Möglichkeiten bürgerlicher Freiheiten nutzen sollten. Sie neideten ihren jüdischen Kommilitonen den Bildungshunger, die Zuversicht und Aufstiegslust, die sichtbare Freude an der Gegenwart und die erwartungsfrohe Neugierde auf die Zukunft. „Zur Verteidigung ihrer gesellschaftlichen Stellung“ regredierten viele christliche Studenten in die germanophile Rassenlehre, weil sie sich damit gegenüber ihren jüdischen Kommilitonen selbst adelten.<sup>15</sup>

Nach 1880 entstanden zahlreiche Verbände, die Juden ausgrenzten – vom Reichsdeutschen Mittelstandsverein über den Bund der Landwirte bis zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, zur Vereinigung Christlicher Bauernvereine und zu den studentischen Verbindungen. Hinzu kamen alte und neue antisemitische Gruppen wie der Deutschbund, die Wagner- und Gobineau-Vereine oder der Reichshammerbund. Als Reaktion darauf konstituierte sich 1893 der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.). In Paragraph 1 der Satzung wurde als wichtigste Aufgabe genannt, die Deutschen jüdischen Glaubens „in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung sowie in der unbeirrbaren Pflege deutscher Gesinnung zu bestärken“.<sup>16</sup>

Unter ihren christlichen Landsleuten fanden die jüdischen Deutschen immer wieder herausragende Verteidiger. Beispielhaft kann Gerhart Hauptmann genannt werden, der den neuen Antisemitismus in seiner 1901 uraufgeführten Tragikomödie „Der rote Hahn“ thematisierte. Zu den tragenden Figuren des Stücks gehört der sympathisch gezeichnete, rechtschaffene Dr. Boxer – „kräftiger Mann von sechsunddreißig Jahren, Arzt. Jüdischer Konfession“, wie er im Personentableau charakterisiert ist. Bosheit, Betrug, Spekulation und Brandstiftung gehen in diesem Stück ausnahmslos von christlichen Akteuren aus. Hauptmann desavouiert den offen antisemitischen Bauführer Schmarowski als hinterhältige „kleine giftige Kröte“, zeigt aber auch die dezente Form des antijüdischen Vorbehalts. Auf die Absicht Boxers, nach den Jahren, in denen er als Schiffsarzt gearbeitet hatte, nun in seiner Heimatgemeinde zu praktizieren, reagiert Amtsvorsteher Baron von Wehrhahn mit dem Einwand: „... ob das hier jrade Ihr Boden ist?“ Von Wehrhahn zeigt sich vom sozialen Aufstieg des Heimkehrers irritiert („Ihre Mutter hat hier noch den kleinen Kramladen.“), und Boxer muss ihn auf die soldatischen Meriten seines verstorbenen Vaters („ein Handelsmann“) ausdrücklich hinweisen: „... war Landwehrmann und erhielt anno 70 das eiserne Kreuz.“ Statt zu antworten, murmelt von Wehrhahn ein wenig beifälliges „So, so!“. Zu dem Umstand, dass Boxers verwitweter Mutter gerade die Fenster eingeworfen worden waren, fällt ihm ein: „Übermütige Bengels jewesen!“ Wer genau es gewesen ist, bleibt im Dunkeln.

15 Heinrich von Treitschke, *Unsere Aussichten*, in: Ders., *Deutsche Kämpfe* (Neue Folge). Schriften zur Tagespolitik, Leipzig 1896, S. 1–28, hier: S. 23; siehe Walter Boehlich (Hrsg.), *Der Berliner Antisemitismusstreit*, Frankfurt a. M. 1965; Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation. Eine kommentierte Quellenedition, bearb. von Karsten Krieger, 2 Bde., München 2003; Arthur Rosenberg, *Treitschke und die Juden. Zur Soziologie der deutschen akademischen Reaktion*, in: *Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik*, 7,2 (1930) S. 78–83, hier: S. 82.

16 *Jüdisches Lexikon*, Berlin 1927, Bd. 1; Avraham Barkai, „Wehr Dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens (C. V.) 1893–1938, München 2002.

Besonders mitgliederstark waren die dezidiert judenfeindlichen Vereinigungen im wilhelminischen Deutschland nicht, doch blieb deren Propaganda nicht wirkungslos.<sup>17</sup> Das geistige Zentrum bildete schließlich der Alldeutsche Verband. Sein Vorsitzender Heinrich Claß veröffentlichte 1912 unter dem Pseudonym Daniel Frymann das zeitdiagnostische Buch „Wenn ich der Kaiser wär“, an dem sich die Argumentationslinien des nach 1871 aufgekommenen modernen Antisemitismus exemplarisch darstellen lassen.

Claß integrierte Versatzstücke der Darwinschen Lehre von der Höherentwicklung der Arten im Kampf ums Dasein, der im Entstehen begriffenen Vererbungslehre und der rasenkundlich orientierten Anthropologie, die im Zeitalter des Kolonialismus zur Blüte gelangt war. Er stellte seine Überlegungen vor den kulturpessimistischen Hintergrund des „Zerfalls“, beschrieb die Menschenagglomerationen in den industriellen Zentren, den Niedergang des alten Mittelstands und den gesundheitlichen Ruin der deutschen Volkskraft. Er wettete gegen die Verkommenheit und Prunksucht in der Oberschicht, gegen die Sozialdemokratie und gegen den Trend der Gegenwartskunst zu Dekadenz und Amerikanisierung. Als wesentliche Ursache für diese Übel machte Claß die deutschen Juden aus. Sie wurden in dieser, später von der NSDAP weiterentwickelten Version des Antisemitismus als nicht bodenständige, ewig wandernde, sich immer neu anpassende Elemente beschrieben, die gleichsam als Infektionsquelle für die zentralen Bedrohungen standen, die Millionen von Menschen mit der Moderne verbanden: die Entwurzelung aus dem Althergebrachten, die Zerstörung der gewohnten Lebensweise, den Zwang zur Migration in die neuen Ballungsräume, die ewige Ungewissheit und den fortgesetzten Anpassungsdruck. Nach Claß war mit der Industrialisierung die „hohe Zeit“ der Juden ausgebrochen. Deren „Instinkt“ ziele auf nichts anderes als „den Erwerb“. „Mit ihrer Skrupellosigkeit, ihrer Habgier, ihrer Gleichgültigkeit gegen Recht und Unrecht, Ehre und Unehre“ würden sie das deutsche Wirtschaftsleben prägen und zudem die für die Meinungshoheit wichtigen Positionen der Publizistik, des Theaters, der Juristerei und der Medizin dominieren.

Zur Abwehr verlangte der alldeutsche Wortführer, allen Juden die Bürgerrechte zu nehmen. Sie sollten unter Fremdenrecht gestellt, ihre Steuern verdoppelt, der weitere Zuzug sollte unterbunden werden. Das Recht auf öffentliche und militärische Ämter, auf die Tätigkeit als Anwalt, Lehrer oder Theaterdirektor sei ihnen zu entziehen, ebenso das aktive und passive Wahlrecht. Dabei dürfe als Jude nicht allein derjenige gelten, der sich zur mosaikischen Religion bekenne; vielmehr sei die Abstammung ausschlaggebend, da es um unveränderliche, vererbte Eigenschaften gehe. Auch der – germanisch-christlichen – Bevölkerungsmehrheit sprach Claß markante Erbeigenschaften zu, allerdings edle. Ausdrücklich lehnte er die Idee eines universellen Humanismus ab, reduzierte sie auf die „Solidarität der germanischen Völker“ und fragte polemisch: „Wo fängt das an und wo hört es auf, was uns zugemutet werden soll, als zur Menschheit gehörig zu lieben? Ist der verkommene oder halbtierische russische Bauer des Mir, der Schwarze in Ostafrika, das Halbblut Deutsch-Südwests oder [sind] die unerträglichen Juden Galiziens oder Rumäniens ein Glied der Menschheit?“ Thomas Masaryk kennzeichnete derartige Konzepte

<sup>17</sup> Peter G. J. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004; Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Bern 1963.

am Beispiel der panslawistischen Variante 1913 als „zoologischen Patriotismus“.<sup>18</sup> Der herrisch-imperial getönte Rassenantisemitismus richtete sich politisch gegen die beiden wichtigsten, angeblich jüdisch beeinflussten politischen Strömungen der Zeit: Liberalismus und Sozialismus.

## Juden im Ersten Weltkrieg

Mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs traten die antisemitischen Gehässigkeiten in den Hintergrund; der Kaiser, die Parteien und gesellschaftlichen Gruppen bemühten sich um den Burgfrieden. Die meisten jüdischen Deutschen wollten sich als Patrioten und Soldaten bewähren. Der vaterländisch gesonnene Jude Ernst Lissauer dichtete die Kampfes hymne „Hassgesang auf England“ („Wir haben alle nur einen Feind – England!“). Mit Walther Rathenau, Albert Ballin, Max Warburg und Carl Melchior rückten bedeutende jüdische Unternehmer und Bankiers in die Führung der deutschen Kriegswirtschaft ein. Kurzzeitig entstand die Atmosphäre nationaler Verbundenheit. Doch wendete sich das Blatt mit der militärischen Krise.

Im Sommer des Jahres 1916 beförderte Matthias Erzberger als Reichstagsabgeordneter des katholischen Zentrums – unterstützt von Nationalliberalen und selbst von einigen Sozialdemokraten – die parlamentarische Anfrage: „Wie viele Personen jüdischen Stammes stehen an der Front? Wie viele in den Etappen? Wie viele in Garnisonsverwaltungen, Intendanturen usw.? Wie viele Juden sind reklamiert bzw. als unabkömmlich bezeichnet worden?“ Wegen der Aktenverluste im Zweiten Weltkrieg lassen sich die Einzelheiten der Vorgeschichte nicht mehr klären, jedenfalls veranlasste der Kriegsminister zum Stichtag 1. November 1916 eine „Juden zählung“ im Heer. Tatsächlich dienten im Ersten Weltkrieg prozentual ebenso viele jüdische wie christliche Soldaten an der Front, entsprechend gleich war der Anteil der Gefallenen. Doch kam es schließlich, wie Walther Rathenau schon im Sommer 1916 prognostiziert hatte: „Je mehr Juden in diesem Kriege fallen, desto nachhaltiger werden ihre Gegner beweisen, dass sie alle hinter der Front gegessen haben, um Kriegswucher zu betreiben.“<sup>19</sup>

Doch wäre es falsch, die Politik im Kaiserreich allein unter dem Gesichtspunkt des Antisemitismus zu betrachten. So hatte Bismarck schon 1878 auf dem Berliner Kongress entscheidend dazu beigetragen, dass in die Verfassung des fortan souveränen Rumänien die Artikel 43 und 44 aufgenommen werden mussten. Wegen der häufigen Pogrome nahmen die europäischen Großmächte die Juden des Landes „als Gesamtheit in Schutz“, und die beiden Artikel legten fest, dass „der Unterschied der Religion und Confession niemandem gegenüber als Grund zur Ausschließung“ von bürgerlichen Rechten, Berufen, Ehrenämtern und Gewerben geltend gemacht werden dürfe. Die Regierungen des neuen rumä-

18 Daniel Frymann (= Heinrich Claß), Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912; Thomas G. Masaryk, Zur russischen Geschichte und Religionsphilosophie. Soziologische Skizzen, Jena 1913, S. 257.

19 Brief Rathenaus an Wilhelm Schwaner vom 4.8.1916, zit. nach Werner Jochmann, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland, Hamburg 1988, S. 111; Egmont Zechlin, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969; Werner T. Angress, Das deutsche Militär und die Juden 1914–1918, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 19 (1976), S. 77–146.

nischen Nationalstaats unterliefen die Bestimmungen in den folgenden Jahrzehnten mit allen erdenklichen Mitteln.

Im Ersten Weltkrieg kämpfte Rumänien auf der Seite der Entente gegen die Mittelmächte. Doch gelang es Deutschland und Österreich-Ungarn Anfang 1918, sowohl mit Russland als auch mit Rumänien separate Friedensverträge abzuschließen. Trotz der höchst angespannten militärischen und innenpolitischen Lage setzte das Deutsche Reich in dem Ende März 1918 paraphierten Bukarester Frieden die Artikel 27 und 28 durch. Aus den schlechten Erfahrungen der vergangenen 40 Jahre verpflichteten sie das Land darin abermals zur rechtlichen Gleichstellung aller Religionsbekenntnisse und zur „Einbürgerung der staatenlosen Bevölkerung Rumäniens mit Einschluss der dort bisher als Fremde angesehenen Juden“. Max Warburg beglückwünschte den deutschen Verhandlungsführer, Staatssekretär Richard von Kühlmann, herzlich; die rechte Presse warf ihm vor, er habe sich den „alljüdischen Interessen“ gebeugt und er verbitterte „die Rumänen unnötigerweise gegen Deutschland“.<sup>20</sup>

Im Jahr 1914 lebten etwa 50 000 als Ostjuden bezeichnete, nicht eingebürgerte Migranten in Deutschland. Während des Krieges erhöhte sich deren Zahl um weitere 30 000, weil die deutschen Kriegswirtschaftsbehörden bereits 1915 damit begannen, Arbeiter, darunter auch explizit „orthodox gerichtete“ Juden, im besetzten russischen Teil Polens anzuwerben. Seit Anfang 1916 wurden sie vorwiegend zwangsweise rekrutiert und bald zu Objekten antisemitischer Agitation. Unter diesem Druck schlossen die Militärbehörden die Grenzen für Ostjuden mit der Begründung, diese hätten sich als „arbeitsunwillig, unsauber, moralisch unzuverlässig“ erwiesen. Ferner seien sie vielfach kontraktbrüchig geworden, in die Großstädte abgewandert, stellten dort ein schwer kontrollierbares Unruhepotenzial dar.<sup>21</sup>

Ein Teil der ostjüdischen Arbeiter blieb nach Kriegsende in Deutschland. Infolge der russischen Revolution und der unter dem Stichwort „Selbstbestimmungsrecht“ geführten europäischen Bürgerkriege kam es in Rumänien, Ungarn und in den von Sowjetrußland einerseits und von Polen und den baltischen Staaten andererseits reklamierten Regionen zu Hunderten von Pogromen. Solche Gewalttaten und der gezielte wirtschaftliche Druck auf die jüdischen Minderheiten in den sich bildenden Nationalstaaten trieben Hunderttausende Juden zur Flucht nach Westeuropa und in die USA.<sup>22</sup> Im Jahr 1923 wurde die Zahl der Ostjuden in Deutschland auf 130 000 geschätzt.

20 Benjamin Segel, Rumänien und seine Juden. Zeitgemäße Studien, Berlin 1918; Hans Schuster, Die Judenfrage in Rumänien, Leipzig 1939, S. 108 ff.; Elke Bornemann, Der Frieden von Bukarest 1918, Frankfurt a. M. 1978.

21 Trude Maurer, Medizinalpolizei und Antisemitismus. Die deutsche Politik der Grenzsperrung gegen Ostjuden im Ersten Weltkrieg, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 33 (1985), S. 205–230.

22 Isaak Babel, Exemplarische Erzählungen. Erwachen – Geschichten aus Odessa – Die Reiterarmee – Petersburg – Paris und ich, Wien 1985; Ezra Mendelsohn, The Jews of East-Central Europe between the World Wars, Bloomington 1983, S. 40 ff.; Jack Wertheimer, Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany, New York 1987.

## Antisemitismus während der Weimarer Republik

Schon in der ersten Phase der Weimarer Zeit formierten sich die Antisemiten neu und in bis dahin nicht gekannter Zahl. Zunächst sammelten sie sich vorzugsweise im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, der 1922 rund 600 Ortsvereine mit 200 000 Mitgliedern hatte.<sup>23</sup> Erst jetzt, in der für Verschwörungs-, Verrats- und Untergangstheorien empfänglichen Nachkriegszeit, wurde das Buch „Protokolle der Weisen von Zion“ in einer deutschen Ausgabe von 1920 wirksam. Es handelte sich um eine grobschlächtige Fälschung der Geheimpolizei des zaristischen Russland, in der fabuliert wird, führende jüdische Repräsentanten hätten sich am Rande des Baseler Zionistenkongresses von 1897 zur Übernahme der Weltherrschaft verschworen. Daneben wurde der Roman „Die Sünde wider das Blut“ zum Erfolg. Er verkaufte sich von 1917 bis 1934 in 250 000 Exemplaren. Geschrieben hatte ihn der Chemiker Arthur Dinter, der darin den rassenbiologisch begründeten „Blutschutz“ verfocht – ein Begriff, der nach dem opferreichen, noch dazu verlorenen Krieg auf das Interesse eines Publikums traf, das sich in extremer Weise schutzlos und ausgeblutet fühlte.

Als das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927 in Berlin-Dahlem gegründet wurde, berief die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft den Anthropologen Eugen Fischer zum Direktor. Zusammen mit dem Botaniker Erwin Baur, dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Züchtungsforschung, und mit seinem Schüler Fritz Lenz hatte Fischer 1920/21 das zweibändige Grundlagenwerk „Menschliche Erblichkeitslehre und Rassenhygiene“ veröffentlicht. Es wurde kurz „Baur-Fischer-Lenz“ genannt, erschien bis 1944 in mehreren Auflagen und gab sich als seriöse Wissenschaft. Aber die dezente Form gelehrter Prosa ließ das rasse- und erbhygienische Denken in den Kreisen salonfähig werden, die der Gossenantisemitismus abstieß. Baur, Fischer und Lenz wandelten das grobe Vorurteil in scheinbar fundierte, biologisch begründete Erkenntnis, den „jüdischen Zinken“ in eine dominant erbliche „konvexe Nase“.

In dem von Fischer verfassten Abschnitt konnte man über „die Sonderstellung der Juden“ lesen, dass sie „aus dem Bereich der Europäer völlig herausfallen“. Daraus folgte für die „Bastardbevölkerung“, also für die gemeinsamen Nachkommen von Juden und Fischerischen Normeuropäern, dass die dominanten Merkmale der Juden durchschlugen: „das schwarze Haar, die konvexe Nase und vielleicht noch das eine oder andere in der Physiognomie“. Lenz legte in seinem Abschnitt die Gefahren dar, die in erbbiologischer Hinsicht von Juden ausgehen würden. Mit Statistiken unterlegt behauptete er, Juden seien wesentlich häufiger erblich blind und taubstumm, erkrankten öfter an Diabetes und seien besonders anfällig für „manische und melancholische Störungen“. Hingegen überträfe „der nordische Mensch“ alle anderen Rassen an „Willensstetigkeit und sorgender Voraussicht“; er marschiere „hinsichtlich der geistigen Begabung an der Spitze der Menschheit“. Der Eliteforscher Lenz kam zu dem Ergebnis, die vorderasiatische Rasse, zu der er die Juden zählte, verfüge über Erbanlagen, die „weniger auf Beherrschung und Ausnützung der Natur als auf Beherrschung und Ausnützung der Menschen“ gerichtet seien. Er schrieb den Juden eine „erstaunliche Fähigkeit“ zu, „sich in die Seele anderer Menschen zu versetzen und sie nach ihrem Willen zu lenken“.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923*, Hamburg 1970.

Seit 1920 machte eine völkische Gruppierung von sich reden, die besonders radikal und kompromisslos gegen die Juden agitierte: die NSDAP. Im Jüdischen Lexikon, das 1927 in Berlin erschien, schrieb der bayerische Rechtsanwalt Wilhelm Levinger im Abschnitt „Antisemitismus, Geschichte (Deutschland)“: „Anfang 1920 war in München die ‚Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei‘ gegründet worden; ihr Führer wurde bald Adolf Hitler, der als junger Bautechniker in Wien christlich-soziale Gedankengänge in sich aufgenommen hatte und nach Rache für den Verrat der ‚Novemberverbrecher‘ schrie, weil Deutschland sich erst nach Vernichtung des ‚inneren Feindes‘, den er in Marxisten und Juden sah, von seinen äußeren Feinden befreien könne.“ Die zunächst nur in Bayern gewonnene „zahlreiche entschlossene Anhängerschaft“ stammte nach Levingers Eindruck „hauptsächlich aus akademischen, aber auch aus Arbeiterkreisen, die sich vom Kommunismus enttäuscht“ abgewandt hätten. Obwohl die Wahlerfolge rasch nachgelassen hatten, warnte Levinger 1927, „dass der völkische Gedanke und damit auch der davon kaum zu trennende Antisemitismus noch immer weite Kreise des deutschen Volkes beherrscht, die die Juden als volksfremdes Element ansehen, dem man in vaterländischen Angelegenheiten nur mit Misstrauen begegnen dürfe“.

Nach dem verlorenen Krieg erhoben die NSDAP und andere rechtsradikale Splittergruppen die nationale Eintracht zum Kern ihrer Programmatik. Sie knüpften an die populäre Vorstellung an, die Nation habe sich zu oft entzweit und um ihre historischen Chancen gebracht, eben weil sie, wie am Ende des Krieges und dann während der Friedensverhandlungen, aus den eigenen Reihen heraus verraten worden sei. Mit dieser Vorstellung verband sich die Phantasmagorie von heimtückischen, volksfremden Kräften, die den gewissermaßen natürlichen Einheitswillen immer wieder zersetzt hätten. Ins Zentrum dieser Obsession stellte die NSDAP mehrere, auf verschiedene Adressaten zugeschnittene Varianten „des Juden“: Mal wurde er als kaum noch erkennbarer, deshalb besonders verschlagener „jüdischer Assimilant“ ausgemalt, dann wieder als angeblich integrationsunwilliger, einer undurchsichtigen Parallelgesellschaft verhafteter „Ostjude“. Beiden Kunstgestalten schrieben die Meinungsführer des Antisemitismus volksfeindliche Merkmale zu wie zum Beispiel defätistisch, international verschworen und auf den eigenen Vorteil bedacht.

Die so gezeichnete Figur setzten die völkischen Propagandisten wahlweise als „plutokratischen Juden“ oder als „jüdischen Bolschewisten“ in Szene. Während der eine angeblich den Mittelstand vernichtete und die bäuerlichen wie die proletarischen Unterschichten in die Knechtschaft des großen Geldes stieß, wurde dem anderen die kommunistische Revolution zugeschrieben: das Ende von Anstand, Sitte und Religion, von Gesetz und rechtschaffen erworbenem Eigentum. Der derart obsessiv gezeichneten Bedrohungsszenarie fehlte es nicht an scheinbaren Stützen im Faktischen: der innere Zusammenbruch im Krieg, die russische Oktoberrevolution, der von fast allen Deutschen als schändlich empfundene Kriegsschuldparagraph des Versailler Vertrags, die Volkstumskämpfe an den Osträndern des Reichs, die blutigen linken wie rechten Putschversuche im Inneren und schließlich die Inflation. Daneben propagierten junge Rechtsintellektuelle eine trockene,

24 Erwin Baur, Eugen Fischer, Fritz Lenz, Menschliche Erblchkeitslehre und Rassenhygiene, Bd. 1, 3. verm. und verb. Aufl. München 1927, S. 119, 138, 148 f., 215, 290, 368, 547, 538, 557–559; Peter Weingart, Jürgen Kroll, Kurt Bayertz, Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.

angeblich „sachliche“ Form des Antisemitismus: „Wir hassen [...] den Juden nicht, weil er Jude ist, sondern wir lehnen ihn ab als Volksgenossen, weil er uns innerlich fremd gegenübersteht.“<sup>25</sup> Freilich verzichteten die modernen Antisemiten deshalb nicht auf die überlieferten Stereotype christlicher Judenfeindschaft. Als Adolf Hitler 1920 im Münchener Zirkus Krone zum Thema „Politik und Rasse – Warum sind wir Antisemiten?“ sprach, beendete er seine Rede mit dem Ausruf: „Wir wollen vermeiden, daß auch unser Deutschland den Kreuzestod erleidet!“<sup>26</sup>

Antisemiten begründeten ihre Agitation stets als Abwehr. Das Schlusskapitel von Hitlers „Mein Kampf“ heißt „Notwehr als Recht“. Dieselbe Botschaft findet sich im Titel des 1933 erlassenen „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Die Gesetzesvorlage zur Teilenteignung der Juden, die Beamte des Reichsfinanzministeriums im Sommer 1937 ersannen, trug die Überschrift „Gesetz über den Ausgleich von Schäden, die dem Deutschen Reich durch Juden zugefügt werden“ (Dok. 285). Diesem Paragraphenwerk lag die Behauptung zugrunde, die Juden hätten sich auf Kosten des deutschen Volks bereichert.

In seinen Grundgedanken stützte sich das Parteiprogramm der NSDAP auf zwei während des 19. Jahrhunderts entwickelte Formen des Gleichheitsgedankens. Beide ließen sich unschwer mit dem Antisemitismus kombinieren. Als Nationalsozialisten propagierten sie zum einen die politische Idee von der ethnischen Homogenität der Nation; zum anderen versprachen sie als nationale Sozialisten mehr soziale Gleichheit. Freilich fassten sie ihren egalitären Anspruch nicht universell, wie es die Sozialisten in der Theorie getan hatten. Stattdessen reduzierten sie ihr Gleichheitsideal auf das ethnisch definierte Großkollektiv „deutsches Volk“. Denjenigen, die dazu gehörten, versprachen sie soziale Ausgewogenheit und bessere Aufstiegschancen.

Punkt 4 des NSDAP-Programms vom 25. Februar 1920 lautete: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf die Konfession. Kein Jude kann daher Staatsbürger sein.“ Punkt 16 behandelte die Kräfte, die „zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben“ ausüben. Im wirtschaftspolitischen Teil richtete sich das Programm gegen Kaufhausmagnaten, Kriegsgewinnler und Bodenspekulanten, gegen Wucherer und Schieber, die es zu enteignen gelte. Gemeint waren Juden.<sup>27</sup>

Neben der NSDAP bot die Deutschnationale Volkspartei eine politische Heimat für notorische Antisemiten. Der national-konservative Wehrverband Stahlhelm führte 1924 für seine knapp 400 000 Mitglieder den „Arierparagraphen“ ein. Nicht anders verfahren der Jungdeutsche Orden mit 200 000 Mitgliedern, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mit 400 000 Mitgliedern, der Reichslandbund mit einer Million Mitgliedern, die Deutschen Burschenschaften und der Deutsche Turnerbund.<sup>28</sup>

Seinen gewalttätigen Niederschlag fand der Antisemitismus in den Freikorps und Geheimbünden. Sie verübten in den Nachkriegsjahren Attentate gegen angebliche Verräter

25 Zit. nach: Ulrich Herbert, „Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre, in: Ders., Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1995, S. 31–58, hier: S. 49.

26 Eberhard Jäckel, Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen, Stuttgart 1980, S. 906–909.

27 Gottfried Feder, Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1925.

28 Jochmann, Gesellschaftskrise (wie Anm. 19), S. 99–194.

der nationalen Sache im Allgemeinen, wie zum Beispiel Matthias Erzberger, und gegen prominente Politiker jüdischer Herkunft im Besonderen. Rosa Luxemburg, Walter Rathenau und Kurt Eisner waren die bekanntesten Opfer solcher als exemplarische Bestrafung und Propaganda der Tat gedachter politischer Morde.

Mit dem gescheiterten Hitler-Putsch und der geglückten Währungsreform vom Herbst 1923 begann sich die Republik zu stabilisieren. Die antisemitisch motivierten Gewalttaten gingen zurück. Im Reichsdurchschnitt kam es bis 1932 weniger als zwanzig Mal pro Jahr zu nächtlichen Schmierereien an Synagogen und zu Zerstörungen auf jüdischen Friedhöfen, Vorkommnissen, die auf ein unterdrücktes, nur in heimlichen Aktionen sich entladendes antijüdisches Aggressionspotenzial hindeuteten. In der Regel wurden Jugendliche als Täter festgestellt, nicht immer handelten sie aus politischen Motiven.<sup>29</sup>

Anders verhielt es sich im studentischen Milieu. Mit dem Deutschen Hochschulring, in dem sich ein Großteil der traditionellen studentischen Verbindungen zusammengeschlossen hatte, wurde bereits 1921 ein Verband tonangebend, in dem sich die antisemitische Richtung rasch durchsetzte. Der Hochschulring errang in diesen Jahren im Durchschnitt rund zwei Drittel der Sitze in den Studentenparlamenten und konnte deshalb die Leitung der Deutschen Studentenschaft (DSt) übernehmen. Als der preußische Kultusminister der DSt-Führung untersagte, Studenten jüdischer Abstammung auszuschießen, kam es im Dezember 1926 zu einer Urabstimmung an den preußischen Hochschulen. Dabei entschieden sich bei hoher Wahlbeteiligung 77,6 Prozent dafür, jüdischen Kommilitonen weiterhin die Mitgliedschaft zu versagen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist bedeutsam, weil es darauf hinweist, wie stark viele Studierende selbst in der ruhigen Phase der Weimarer Republik dem völkischen Gedanken gut anhängen. Viele der Studenten engagierten sich schon bald im antibürgerlich und antiakademisch auftretenden NS-Studentenbund. Der Ton dort war salopp-sarkastisch. Beispielsweise witzelte ein Rostocker Student im Frühjahr 1929, man möge doch rechtzeitig Bescheid sagen, wenn die Juden per Schiff vom Hamburger Auswandererkai aus nach Madagaskar abreisen würden: „Die Hamburger SA-Kapelle ist gern bereit, den Kehraus zu spielen.“ Bei den AStA-Wahlen 1930 gewann der NS-Studentenbund 32,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen an den deutschen Universitäten, 1931 waren es 44,8 und 1932 schon 49,1 Prozent.<sup>30</sup> Angesichts dieses politischen Stimmungsbilds an den deutschen Hochschulen verwundert es nicht, dass Zehntausende junge Akademiker wenig später zu Trägern und zu Profiteuren des NS-Staats wurden. Sie verwendeten alsbald ihre Energie darauf, die schwammige und bewegliche Nazi-Ideologie von innen heraus herrschaftsrational auszugestalten. Kaum zur Macht gelangt, organisierte die NSDAP den Führungs- und Generationswechsel in einem in Deutschland bis dahin nicht gekannten

29 Martin Sabrow, *Der Rathenau-Mord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar*, München 1994; Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999. Nach der Dokumentation des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens kam es zwischen 1923 und Juni 1932 zu 125 Friedhofsschändungen und zu 48 Schmierereien und Zerstörungen an Synagogen im Deutschen Reich, abgedruckt in Harry Pross (Hrsg.), *Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871–1933*, Frankfurt a. M. 1959, S. 260–262.

30 Michael Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995, S. 26ff. und Tabelle 25, S. 496; zu Rostock: *Akademischer Beobachter. Kampfblatt des Nationalsozialistischen Deutschen Studentebundes*, 1 (1929), S. 96.

Ausmaß – „die NS-Revolution war über weite Strecken eine Revolution der jungen Generation“.<sup>31</sup>

Jedoch standen den Judenfeinden in Deutschland bis 1933 stets große Gruppen von Gegnern gegenüber. Im Verlauf der Weimarer Jahre gab es mehrfach Empörungswellen gegen den Antisemitismus, an denen sich alle Zeitungen von der gemäßigten Rechten bis zur Linken beteiligten: so nach schweren antisemitischen Gewalttaten und Plünderungen im Berliner Scheunenviertel (1923), nach dem Rathenau-Mord und nach den sich im Jahre 1924/25 häufenden Friedhofsschändungen.

Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei erklärte ihren Wählern 1927: „Der Antisemitismus, zu deutsch ‚Judenhass‘, ist eine unmoralische Bewegung, weil er an die niedrigsten Instinkte appelliert.“ Engagiert nahm die Berliner Zeitung *Der Abend* 1930 den nazistischen Antisemitismus aufs Korn: „Es ist das Merkmal aller ethischen Unzulänglichkeit, sich selber für Höherwertigkeit oder geborene Überlegenheit zu halten“, hieß es dort, und wenig später: „Es ist ein politisches Armutszeugnis für das deutsche Volk, dass wir zum zweiten Male durch eine Periode des Radauantisemitismus hindurch müssen. Aber die Zeit der politischen Kinderkrankheiten ist offenbar bei uns noch nicht überwunden.“ Selbstverständlich wandten sich deutsche Bischöfe gegen Ritualmord-Märchen, ebenso trat der republikanische Frontkämpferbund Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dem Antisemitismus entschieden entgegen. Der Heilige Stuhl veröffentlichte am 25. März 1928 ein Dekret, mit dem er „so ganz besonders den Hass gegen das einstmals von Gott erwählte Volk“ verurteilte, „nämlich jenen Hass, den man gewöhnlich mit dem Wort ‚Antisemitismus‘ zu bezeichnen pflegt“. Das entsprach älteren, in der Auseinandersetzung mit der antisemitisch orientierten Christlich-Sozialen Partei in Österreich entwickelten vatikanischen Lehrmeinungen zu den „Pflichten der Liebe“ gegenüber „israelitischen Mitbürgern“. Nach den 1931 von der Berliner NSDAP unter Graf Helldorf angezettelten Kurfürstendammkrawallen gegen Juden sprach die Zeitung *Welt* am Montag von „Pogrom“, die Berliner *Volkszeitung* von einem „feigen Überfall“, das Berliner *Tageblatt* sah „Terroristen“ und der *Vorwärts* die „Meute“ am Werk.

Der dem Zentrum angehörende Bürgermeister in dem schon erwähnten südbadischen Ort Gailingen setzte den antisemitischen Umtrieben der NSDAP, die dort 1928 begannen, energischen Widerstand entgegen. Er untersagte das öffentliche Ausschellen der Nazi-Treffen wegen der Störung des Ortsfriedens, ließ antisemitische Hakenkreuz-Aufkleber („Stoff und Seide verkaufen, das kann jeder Jud, aber am Webstuhl sitzen, das will er nicht!“) beschlagnahmen und forderte in Konstanz berittene Polizei an, um 40 Aktivisten in Schach zu halten. Auch organisierten alle demokratischen Parteien in Gailingen 1930 eine Protestdemonstration, „um dem Hakenkreuzunwesen ein Ende zu machen“; die Badische Landesregierung ließ es an rechtlicher und politischer Unterstützung nicht fehlen.

Mit den genannten Beispielen ist wenig über die konkrete Haltung der einzelnen Katholiken, Protestanten, Sozialdemokraten oder Bürgerlich-Liberalen gesagt, doch so viel steht fest: Dem Antisemitismus wurde in der Weimarer Republik klar und deutlich widersprochen. Im Übrigen bot sie als Rechtsstaat allen Bürgern Schutz, auch den jüdischen. Zwar ergingen vereinzelt Gerichtsurteile, in denen die Sympathie mit den Antisemiten durch-

<sup>31</sup> Horst Möller, *Die Weimarer Republik. Eine unvollendete Demokratie*, 8. Aufl. München 2006, S. 283 f.

klang – aber daraus entwickelten sich eben Skandale. Im Fall von Übergriffen, Beleidigungen oder Schmähpapaganda blieb der Gang zum Gericht bis zum Ende der Republik das wichtigste Mittel gegen die Antisemiten; der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens nutzte es mit Erfolg. Als die Berliner Synagoge am Kottbusser Tor in der Nacht vom 16. zum 17. Februar 1930 mit 20 Hakenkreuzen beschmiert und mit der Parole bemalt wurde: „Juda verrecke, Judas den Tod, die Rache naht“, verurteilte das zuständige Berliner Schöffengericht die fünf Täter zu je fünf Monaten Gefängnis. Die Staatsanwaltschaft hatte neun Monate beantragt.<sup>32</sup>

## Die deutschen Juden zu Beginn der NS-Zeit

Nach dem Ergebnis des Zensus vom Juni 1933 zählte das Deutsche Reich gut 65 Millionen Einwohner, davon bekannten sich 502 799 zum jüdischen Glauben. Von diesen lebten 144 000 in Berlin. Nur dort und in Frankfurt am Main erreichten sie einen Bevölkerungsanteil von rund vier Prozent, sonst lag ihr Anteil in den Großstädten bei etwa einem Prozent. 15,5 Prozent der jüdischen Bevölkerung wohnten in Orten, die weniger als 10 000 Einwohner zählten, 13,6 Prozent in der Ortsklasse zwischen 10 000 und 100 000 Einwohnern (Dok. 52). Ein Fünftel der jüdischen Bevölkerung besaß keine deutsche Staatsbürgerschaft. Die meisten Angehörigen dieser Gruppe waren in den Jahrzehnten vor 1933 aus den osteuropäischen Ländern nach Deutschland eingewandert: 56 000 waren polnische, jeweils gut 4 000 österreichische und tschechoslowakische Staatsangehörige, knapp 20 000 galten als staatenlos.<sup>33</sup>

Mehrheitlich gehörten die deutschen Juden zum städtischen Mittelstand. 1933 arbeiteten von den Berufstätigen 61 Prozent in Handel und Gewerbe, 23 Prozent in Industrie und Handwerk, 12,5 Prozent bezeichneten sich als Angehörige des öffentlichen Dienstes. In der Landwirtschaft waren 1,7 Prozent beschäftigt. Während von den christlichen Berufstätigen nur jeder Sechste als Selbständiger sein Geld verdiente, war es jeder Zweite unter den erwerbstätigen Juden. Da die Selbständigenstatistik auch die Bauern erfasst, differierten die realen Verhältnisse in den Städten noch wesentlich stärker als im statistischen Bild (Dok. 53). 1933 boten in Preußen unter 11 674 zugelassenen Rechtsanwälten 3 370 jüdische Kollegen ihre Dienste an. Unter den rund 52 500 Ärzten im gesamten Reichsgebiet gab es 8 500 Juden.<sup>34</sup>

Wegen der raschen Verstädterung und des in jüdischen Familien vergleichsweise früh einsetzenden Geburtenrückgangs hatte sich die Zahl der deutschen Juden zwischen der

32 Walter, Antisemitische Kriminalität (wie Anm. 29), S. 151–154, 211–221; Friedrich, Schmieder-Friedrich, Gailingen Juden (wie Anm. 13), S. 55–64; Pross (Hrsg.), Dokumente (wie Anm. 29), S. 262.

33 Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451. Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933. Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933, H. 5; Die Glaubensjuden im Deutschen Reich, bearb. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1936, S. 13 f.

34 Esra Bennathan, Demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Mosse (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932 (wie Anm. 12), S. 87–131; Tillmann Krach, Jüdische Rechtsanwälte in Preußen. Über die Bedeutung der freien Advokatur und ihre Zerstörung durch den Nationalsozialismus, München 1991, S. 39, 416; Konrad H. Jarausch, Jewish Lawyers in Germany 1848–1938. The Desintegration of a Profession, in: LBI Year Book XXXVI (1991), S. 171–190, hier: S. 181; Werner F. Kümmel, Die Ausschaltung rassisch und politisch mißliebiger Ärzte, in: Fridolf Kudlien (Hrsg.), Ärzte im Nationalsozialismus, Köln 1985, S. 56–81, hier: S. 76.

Volkszählung von 1925 und der vom Juni 1933 um 56 000 Personen vermindert (aus politischen Gründen dürften im ersten Halbjahr 1933 maximal 20 000 aus Deutschland geflohen sein). Repräsentanten des deutschen Judentums befürchteten in den Zwanzigerjahren den baldigen Niedergang der deutsch-jüdischen Gemeinden. So liest man im Jüdischen Lexikon von 1927: „Trotz Zunahme der Ehen um 29 Prozent in 50 Jahren“ sei die Zahl der Geburten „in diesem Zeitraum um über 43 Prozent gefallen“. In Berlin bedürfe es, um die jüdische Bevölkerung auf gleicher Höhe zu halten, „eines unaufhaltsamen Zuströmens jüdischer Menschen von außerhalb“. Außerdem nahm die nach der Religionszugehörigkeit klassifizierte jüdische Bevölkerung wegen der starken Tendenz zur Assimilation ab. Nach dem Ersten Weltkrieg konvertierten immer mehr Juden zum Christentum oder wählten Ehepartner anderer Konfessionen. 1927 ging ein Drittel aller deutschen Juden und Jüdinnen Ehen mit nicht-jüdischen Partnern ein. Die gemeinsamen Kinder wurden in der Regel christlich oder laizistisch erzogen.

Die meisten Juden verstanden sich sozial, kulturell und politisch als Teil der deutschen Gesellschaft. Zugleich bewahrten viele eine zwar stark gelockerte, aber doch gelebte Bindung an Herkunft und Glauben. Unter den religiösen Richtungen dominierten die Liberalen; die orthodoxen Gemeinden verfügten über wenige Mitglieder. Die zionistische Bewegung spielte bis zum Ende der Weimarer Republik keine wesentliche Rolle.

Wenngleich die deutschen Juden überwiegend den liberalen Parteien zuneigten, gab es unter ihnen auch zahlreiche Anhänger kommunistischer und sozialistischer, konservativer und deutschnationaler Anschauungen.<sup>35</sup> Es lag ihnen fern, sich als nationale Minderheit zu verstehen und eine spezielle Partei zu gründen. Anders als etwa die Juden Polens oder Rumäniens beteiligten sie sich nicht an der 1925 in Genf geschaffenen nichtgouvernementalen Interessenvertretung „Kongress der organisierten nationalen Gruppen in den Staaten Europas“. Sie betrachteten sich als Deutsche jüdischen Glaubens, die loyale Staatsbürger sein und bleiben wollten.

## Antisemitismus als Staatsziel

Am 30. Januar 1933 übernahm mit der NSDAP eine „judenfeindliche Bewegung“ die Herrschaft in Deutschland. So formulierte es der Leitartikler der Jüdischen Rundschau am selben Tag. Doch hoffte er auf diejenigen Kräfte in der deutschen Gesellschaft, die sich gegen eine „barbarische antijüdische Politik wenden würden“ (Dok. 1). Reichspräsident Paul von Hindenburg hatte Adolf Hitler nur zögernd zum Reichskanzler ernannt und beauftragt, ein Koalitionskabinett zu bilden. Die Überwindung der Wirtschafts- und Staatskrise, die Revision der Schmach von Versailles, der sofortige Stopp der Reparationszahlungen und die Wiederaufrüstung Deutschlands, kurz: eine Politik der starken Hand, verbanden als gemeinsame Ziele Nationalsozialisten und nationalkonservative Kräfte in der neuen Regierung.<sup>36</sup>

<sup>35</sup> Martin Liepach, *Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung. Zur politischen Orientierung der Juden in der Weimarer Republik*, Tübingen 1996.

<sup>36</sup> Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur*, 7. erg. Aufl., Köln 1993; Martin Broszat, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969; Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, Berlin 1986; Ludolf Herbst, *Das national-*

Für den Erfolg der NSDAP war es entscheidend, dass sie nach außen als geeinte Kraft auftrat und sich als erste moderne Volkspartei weder regional, religiös oder schichtengebunden präsentierte.<sup>37</sup> Viele Deutsche hofften, dass sich mit einer solchen Politik das alte Nationaltrauma der inneren Zerrissenheit überwinden ließe: die geschichtlich als verhängnisvoll angesehene Trennung in Stämme und Konfessionen, die Selbsterstörung im Dreißigjährigen Krieg, die Kleinstaaterei und die in der Weltwirtschaftskrise dramatisch zugespitzten sozialen Gegensätze. „Von den Fronten und Fragestellungen eines dreißigjährigen Religionskrieges haben die verschiedenartigsten Feinde unseres Volkes lange gelebt“, so drückte es Carl Schmitt 1934 aus und fuhr fort: „Fast hätten wir uns daran zerrieben, daß wir Generationen hindurch auch innerlich der Kriegsschauplatz aller geistigen Kämpfe waren.“<sup>38</sup> Nach dieser Lesart der deutschen Geschichte war das Staats- und Volkswohl allzu lange zu Gunsten von Partikularinteressen missachtet worden. Das hatte, so glaubten viele Deutsche, am Ende des Ersten Weltkriegs den Zusammenbruch der Heimatfront bewirkt, sich im Parteienstreit der Republik fortgesetzt und schließlich an den Rand des Bürgerkriegs geführt.

Kaum zur Macht gelangt, erhob die NSDAP den Antisemitismus zum wesentlichen Teil ihres Regierungsprogramms, das auf die nationale Selbstbefreiung Deutschlands zielte. Es kombinierte antijüdische Vorurteile mit der Furcht der kleinen Ladenbesitzer vor den Warenhäusern, der Handwerker vor der Industrialisierung, der Bauern vor billigen Importen, Preisverfall und Überschuldung. Es folgten konkrete Maßnahmen zur Entschuldung der Bauern, zur Stabilisierung der Erzeugerpreise von Lebensmitteln, der Stopp bereits rechtskräftiger Pfändungs- und Exmittierungstitel sowie das Verbot von Rabatten, um den Einzelhandel vor den Warenhäusern zu schützen; der Kündigungsschutz für Arbeiter wurde deutlich verbessert.

Die infolge der republikanischen Schul- und Hochschulpolitik verstärkt ausgebildeten Akademiker fürchteten um ihre Berufschancen. Die Forderung nach einem Numerus clausus für Juden an Hochschulen und Gymnasien – entsprechend ihrer Quote an der deutschen Gesamtbevölkerung – erschien ihnen als gerechter Weg zur Gleichstellung. Waren im Sommer 1932 fast 4 000 jüdische Studenten an deutschen Hochschulen immatrikuliert, so sank deren Anzahl bis zum Sommer 1934 auf 656. Wissenschaftliche Assistenten und Privatdozenten bewarben sich gern auf die frei werdenden Stellen der Juden, die aus ihren Ämtern gejagt wurden. 1933 mussten 5 700 Professoren, Hochschulassistenten und -angestellte die deutschen Universitäten verlassen, die meisten weil sie Juden waren. Dasselbe geschah in anderen Sektoren des öffentlichen Dienstes und zeitlich verzögert in der Privatwirtschaft. Die Massenentlassung jüdischer Lehrer im Jahr 1933 erlaubte trotz aller Sparzwänge und Haushaltssperren, 60 Prozent der 1 320 „arischen“ Bewerber sofort einzustellen.

Selbstständige Kaufleute und Unternehmer priesen ihre Firmen plötzlich als „rein deutsch“, profitierten vom politisch gewollten Niedergang ihrer jüdischen Konkurrenten:

sozialistische Deutschland 1933–1945, Frankfurt a. M. 1996; Norbert Frei, *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933–1945*, 6. erw. Aufl., München 2001; Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich*, 6., neubearb. Aufl., München 2003.

<sup>37</sup> Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991.

<sup>38</sup> Rundfunkrede von Carl Schmitt (Richtstrahlensendung nach Amerika am 15./16. 4. 1934), abgedruckt in: *Die Deutsche Studentenschaft. Nachrichtendienst*, 7. Jg., Ausg. B, Nr. 6 vom 17. 4. 1934; BArch NS 38/190p194/IV.

Sie übernahmen deren öffentliche Aufträge, gewannen deren Kunden für sich, bauten aus, für einen Spottpreis ersteigerten sie schließlich das Warenlager des in die Pleite getriebenen Konkurrenten. Der Druck auf die Unternehmen der Juden erleichterte den mittelständischen Konzentrations- und Rationalisierungsprozess und wälzte dessen Lasten auf eine diskriminierte Bevölkerungsgruppe ab. Manager von Konzernen, Banken und Versicherungen beteiligten sich auf ihre Weise an der mit den Mitteln der Rassen-diskriminierung geförderten Wirtschaftsmodernisierung. So ging die Zahl der Privatbanken in Deutschland zwischen 1932 und 1939 von 1350 auf 520 zurück. Ende 1935 bestanden noch 915 Privatbanken, davon galten 345 als „nichtarisch“; sie wurden bis 1939 ausnahmslos von „arischen“ Unternehmen aufgesaugt.<sup>39</sup> In den Jahren der Weltwirtschaftskrise suchten Millionen nach Arbeit, nur wenige hatten etwas gegen den Zuwanderungsstopp für „Ostjuden“.

Wissenschaftler erfanden alsbald neue förderungsfähige Projekte. Der Wechsel gelang vielen ohne sichtbare Schwierigkeiten. Dank der staatlichen Vorgaben und infolge der Emigration ganzer wissenschaftlicher Schulen<sup>40</sup> gewannen schon lange völkisch denkende Wissenschaftler und anpassungsbereite Nachwuchskräfte rasch die Hoheit über Begriffe, Fragestellungen, Forschungsmethoden, Stipendienvergabe und Lehrstuhlbesetzungen. Jede akademische Disziplin arbeitete mehr oder weniger stark an der antisemitischen Ausformulierung ihres Fachs. Selbst die Physik blieb davon nicht frei, wenn es auch den Geisteswissenschaftlern, Biologen und Medizinern leichter fiel, ihre Themen ins Rassistische und Völkisch-Sozialwissenschaftliche zu wenden. Vier Beispiele mögen genügen:

Im Jahr 1936 wurde der nationalkonservativ geprägte Münchener Historiker Karl Alexander von Müller zum Mitbegründer der „Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands“. In seiner Eröffnungsansprache schwärmte er, dass die historische und vergleichende Rassenforschung nicht länger „tabu“ sei. Den neu geschaffenen Forschungs- und Drittmittelschwerpunkt feierte er als „Waffenstätte für den Kampf der Geister“. Im selben Jahr eröffnete Carl Schmitt eine Tagung der Reichsgruppe Hochschullehrer zum Thema „Das Judentum in der deutschen Rechtswissenschaft“ mit solchen Sätzen: „Was der Führer über die jüdische Dialektik gesagt hat, müssen wir uns selbst und unseren Studenten immer wieder einprägen, um der großen Gefahr immer neuer Tarnungen und Zerredungen zu entgehen. Mit einem nur gefühlsmäßigen Antisemitismus ist es nicht getan; es bedarf einer erkenntnismäßig begründeten Sicherheit.“ Der Göttinger Ordinarius für Systematische Theologie Emanuel Hirsch schilderte 1934 den Marxismus „als Ergebnis einer deutsch-jüdischen Mischehe und als Beleg für die Unmöglichkeit der Judenemanzipation auf dem Boden christlicher Volkstü-

39 Michael Grüttner, Sven Kinas, Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 123–188, hier: S. 126; Marion Kaplan, Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazi-Deutschland, Berlin 2001, S. 44; Bennathan, Demographische Struktur (wie Anm. 34), S. 131; Günther Keiser, Der jüngste Konzentrationsprozeß, in: Die Wirtschaftskurve 1939, Nr. 18, S. 148, zit. nach Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Frankfurt a. M. 1984, S. 154; Albert Fischer, Jüdische Privatbanken im „Dritten Reich“, in: Scripta Mercaturae, 28 (1994), H. 1/2, S. 1–54, hier: S. 19.

40 Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München, und Research Foundation for Jewish Immigration, New York, 4 Bde., München 1980 bis 1983, 2. Aufl., 3 Bde., München 1999; Horst Möller, Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984.

mer“. Den Bolschewismus verstand er „vielleicht sogar als eine ungläubige Abart jüdischer Religion“. Der Biologe Ernst Lehmann, ordentlicher Professor für Botanik in Tübingen, arbeitete an einer „Deutschen Biologie“, der die Aufgabe zugewachsen sei, in „unendlicher Einzelarbeit“ die „Erbanlagen und Merkmale verschiedener Menschenrassen“ zu erfassen: „Wo nötig und möglich werden die sich ergebenden Konsequenzen gesetzlich unterbaut (Judengesetze).“<sup>41</sup>

Ähnliche Wendebereitschaft fand sich unter Musikern, Bildenden Künstlern, Journalisten, Filmregisseuren und Theaterleuten. Herbert Ihering bezog das Büro des Theaterkritikers Alfred Kerr im Berliner Tageblatt; später begann ein Mann wie Werner Höfer seine Feuilleton-Karriere, indem er das Publikum vor Heines Liedern warnte, die er als „schale“ Früchte „politischer Dressur“ und als „Mache“ bezeichnete. Max Reinhardt musste Deutschland den Rücken kehren, sein Schüler Veit Harlan stieg zu Goebbels' bevorzugtem Filmregisseur auf und drehte den Spiel- und Hetzfilm „Jud Süß“, uraufgeführt 1940 bei den Filmfestspielen in Venedig und mit erheblichem Erfolg in vielen europäischen Kinos gezeigt. Felix Mendelssohn-Bartholdy, der die Werke Johann Sebastian Bachs wiederentdeckt hatte, verschwand 1933 sofort von den Programmzetteln. Dafür wurde Bach zum Inbegriff „deutscher Stammesart“ umgebogen – gemäß einem Aufruf vom Frühjahr 1933, mit dem führende Kantoren verhindern wollten, dass „unserem Volk eine nichtbodenständige, kosmopolitische Kirchenmusik dargeboten wird“. Zu den Initiatoren gehörte Günther Ramin, Thomaskantor von 1940 bis zu seinem Tod 1956. Im Jahr 1936 hatte er die Hochzeit von Hermann Göring musikalisch umrahmt, im März 1941 die erste deutsche Schallplattenaufnahme der gesamten Matthäus-Passion produziert.

Den Opportunismus, das totalitäre Frühlingserwachen der Künstler und Journalisten dokumentierte nach dem Zweiten Weltkrieg Joseph Wulf. Der 1912 in Chemnitz geborene, in Krakau zum Rabbiner ausgebildete Historiker kam zu dem Schluss: „In unserem Jahrhundert könnte man fast sagen, der KZ-Insasse habe Charakter und Zweck der Begriffe Freiheit und öffentliche Meinung weit konkreter erfasst als der Denker.“<sup>42</sup> Wulf wusste, wovon er sprach. Er war 1941 als Mitglied des jüdischen Widerstands in Polen verhaftet worden und hatte Auschwitz überlebt.

Im Februar 1933 organisierten SA- und SS-Leute an verschiedenen Orten erste, oft gewalttätige Boykottaktionen gegen jüdische Kaufleute und Hochschullehrer (Dok. 3). Nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933, die nicht der NSDAP, sondern nur der Koalition eine

41 Ansprache von Professor Karl Alexander von Müller, in: Walter Frank (Hrsg.), Deutsche Wissenschaft und Judenfrage. Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, Hamburg 1937, S. 5–14; Das Judentum in der deutschen Rechtswissenschaft. Ansprachen, Vorträge und Ergebnisse der Tagung der Reichsgruppe Hochschullehrer im Nationalsozialistischen Rechtswahrer Bund am 3. und 4. 10. 1936, Heft 1, Berlin 1936, S. 14; Hirsch zit. nach: Robert P. Erickson, Theologen unter Hitler. Das Bündnis zwischen evangelischer Dogmatik und Nationalsozialismus, München 1986, S. 210; Ute Deichmann, Biologen unter Hitler. Vertreibung, Karrieren, Forschung, Frankfurt a. M. 1992, S. 289–303.

42 Zu Harlan: Erwin Leiser, „Deutschland Erwache!“. Propaganda und Film des Dritten Reiches, Reinbek bei Hamburg, erw. Neuausg. 1978, S. 141–146; zu Höfer: Zeitalter des Namenlosen? in: 12 Uhr Blatt vom 1. 11. 1943, zit. nach Friedrich Lambart (Hrsg.), Tod eines Pianisten. Karlrobert Kreiten und der Fall Werner Höfer, Berlin 1988, S. 179 f.; zu Ramin: Fred K. Prieberg, Musik im NS-Staat, Frankfurt a.M. 1982, S. 346; Joseph Wulf, Presse und Funk im Dritten Reich, Gütersloh 1964, S. 5; ders., Musik im Dritten Reich; Die bildenden Künste im Dritten Reich; Literatur und Dichtung im Dritten Reich; Theater und Film im Dritten Reich, alle vier Bde. Gütersloh 1963.

knappe Mehrheit der Stimmen gebracht hatte, beauftragte Hitler seinen Innenminister Wilhelm Frick mit dem Entwurf antijüdischer Gesetze. Wie schon 1923 und 1932 von konservativen Politikern diskutiert, wollte Frick zuerst alle Juden polnischer oder russischer Herkunft, die sogenannten Ostjuden, ausweisen und deren weitere Zuwanderung stoppen (Dok. 8). Nach außen verhielt sich die NS-Führung widersprüchlich. Während Hitler sich am 10. März 1933 öffentlich gegen unkontrollierte Einzelaktionen wandte, lehnte es Hermann Göring einen Tag später ab, jüdische Geschäfte von der Polizei zu schützen zu lassen. Mit der im Völkischen Beobachter am 19. März 1933 veröffentlichten Aufforderung, Juden aus den Berliner Amtsgerichten zu jagen, stachelte die NS-Führung die antisemitische Krawalllust ihrer Basis an.

Ein Teil der ausländischen Presse berichtete über die Diskriminierung der Juden in Deutschland von Beginn an kritisch. Jüdische und nichtjüdische Organisationen, vor allem in den USA und in Großbritannien, berieten über Hilfsmaßnahmen und organisierten öffentliche Proteste (Dok. 14 und 20). Einige riefen dazu auf, keine deutschen Waren mehr zu kaufen, um wirtschaftlichen Druck auf die NS-Regierung auszuüben. Daraufhin entschied sich Hitler, einen antijüdischen Boykott in Szene zu setzen. Am 1. April 1933, einem Samstag, blockierten SA-Posten und Aktivisten des deutschnationalen Stahlhelm überall im Deutschen Reich den Zugang zu Geschäften, Rechtsanwaltskanzleien und Arztpraxen von Juden. Sie kennzeichneten die Schaufenster, Türen und Bürgersteige mit antijüdischen Parolen. In seiner Rundfunkrede vom selben Tag ermunterte Joseph Goebbels „das deutsche Volk“, sich an den Juden „schadlos“ zu halten. Mancherorts wurden Geschäfte geplündert, Kunden, die sich dem Boykott widersetzen, fotografiert oder gefilmt, manchmal misshandelt. In Chemnitz, Plauen und Kiel kam es zu Morden<sup>43</sup> (Dok. 22).

Am Vorabend hatte Victor Klemperer in Dresden notiert: „Immer trostloser. Morgen beginnt der Boykott. Gelbe Plakate, Wachen. Zwang, christlichen Angestellten zwei Monatsgehälter zu zahlen, jüdische zu entlassen.“ Am Tag darauf beobachtete er: „Menschen strömten durch die Prager Straße und sahen sich das an. [...] Eine Explosion wird kommen, aber wir werden sie vielleicht mit dem Leben bezahlen, wir Juden.“ Eine Anordnung des Badischen Staatsministeriums zeigt, wie die antisemitische Staatspolitik im Handumdrehen die Kinder infizierte. Am 3. April 1933 wies das Ministerium in den badischen Zeitungen darauf hin, „daß Beschimpfungen jüdischer Schulkinder durch ihre Mitschüler nicht geduldet werden können“.<sup>44</sup>

43 Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007, S. 101–115; Armin Nolzen, The Nazi Party and its Violence against the Jews, 1933–1938/39: Violence as a Historiographical Concept, in: Yad Vashem Studies XXXI (2003), S. 245–285; Robert Gellately, Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk, Stuttgart 2002, S. 45.

44 Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher von 1933–1945, Bd. 1, Berlin 1995, S. 18; Zeitungsausschnitt zit. nach Friedrich, Schmieder-Friedrich, Gailinger Juden (wie Anm. 13), S. 80.

## Verhaltensweisen der „arischen“ Mehrheit

Die Frage, wie es um den gesellschaftlichen Antisemitismus zu Beginn der NS-Herrschaft bestellt war, lässt sich schwer beantworten. Einiges spricht dafür, dass sich die meisten Deutschen den staatlich propagierten Hass in den ersten Jahren der NS-Herrschaft nicht zu eigen machten. Jedoch verhielten sie sich in ihrer übergroßen Mehrheit gleichgültig. Schon 1932 hatte der in der Judenmission engagierte Geistliche Otto von Harling beklagt: „Die Rohheit, mit der nicht bloß alles Jüdische in den Schmutz gezogen wird, sondern auch der Jude persönlich beleidigt wird, [...] das alles wird in weiten Volkskreisen kaum als Schande und Unrecht empfunden; [...] während in Amerika die Vertreter verschiedener Kirchen Erklärungen gegen die Auswüchse des Antisemitismus erlassen haben.“<sup>45</sup> Franz Böhm, der später CDU-Bundestagsabgeordneter wurde und seit 1952 im Auftrag Konrad Adenauers die Restitutionsgespräche mit Israel leitete, urteilte im Rückblick auf die letzten Weimarer Jahre: „Soweit damals Parolen gegen Hitler aufgestellt wurden, rückten sie andere Dinge in den Vordergrund, aber nicht den Abscheu gegen den Antisemitismus.“<sup>46</sup> Saul Friedländer stellt noch für das Jahr 1935 fest: „Die breite Masse war angesichts einer derartigen fortwährenden Agitation der Partei anscheinend überwiegend passiv: Gegen regelrechte antijüdische Gewalt gab es zwar keinen Widerstand, aber sie stieß oft auf Missbilligung.“<sup>47</sup>

Aus dieser Sicht ist die fehlende Anteilnahme gegenüber dem Schicksal der Menschen, die nicht zur Volksgemeinschaft gerechnet wurden, das vielleicht wichtigste Verhaltensmuster der deutschen Gesellschaft gewesen, das den Mord an den europäischen Juden begünstigte. Dokumentarisch greifbar offenbarte es sich im April 1933 in der Antwort, die Michael Kardinal von Faulhaber, Oberhirte des Erzbistums München und Freising, auf den Brief eines wegen der Judenhetze zutiefst besorgten Katholiken gab. Faulhaber zeichnete die schiefe Bahn vor, auf der die zivilen Kräfte der deutschen Gesellschaft ins Rutschen gerieten. „Dieses Vorgehen gegen die Juden“, so schrieb er, „ist derart unchristlich, daß jeder Christ, nicht bloß jeder Priester, dagegen auftreten müsste. Für die kirchlichen Oberbehörden bestehen weit wichtigere Gegenwartsfragen; denn Schule, der Weiterbestand der katholischen Vereine, Sterilisierung sind für das Christentum in unserer Heimat noch wichtiger, zumal man annehmen darf und zum Teil schon erlebte, daß die Juden sich selber helfen können, daß wir also keinen Grund haben, der Regierung einen Grund zu geben, um die Judenhetze in eine Jesuitenhetze umzubiegen“ (Dok. 30).

Neben den Reaktionen der Vielen, denen das eigene Interesse näher lag als der verfolgte Nächste, war gewiss eine Haltung verbreitet, die sich als passiver Antisemitismus fassen lässt: Nicht wenige der „arischen“ Deutschen betrachteten die jüdischen Deutschen als Fremdkörper, die sich in der Vergangenheit zuviel herausgenommen hätten. Daraus folgte zumeist das Ablehnen direkter Gewalt, aber keine Missbilligung der staatlich angeordneten Entrechtung.

<sup>45</sup> Zitate aus Mosse (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932* (wie Anm. 12), darin: Hans-Joachim Kraus, *Die evangelische Kirche*, S. 249–270, hier: S. 259; Karl Thieme, *Deutsche Katholiken*, S. 271–288, hier: S. 272f.; P.B. Wiener, *Die Parteien der Mitte*, S. 288–321, hier: S. 290 f.; Hans-Helmuth Knütter, *Die Linksparteien*, S. 323–345, hier: S. 332.

<sup>46</sup> Zit. nach Jochmann, *Gesellschaftskrise* (wie Anm. 19), S. 193.

<sup>47</sup> Friedländer, *Jahre der Verfolgung* (wie Anm. 1), S. 142; David Bankier (Hrsg.), *Probing the Depths of German Anti-Semitism. German Society and the Persecution of the Jews 1933–1941*, New York 1999.

Da Juden rasch aus den Vereinen und dem öffentlichen Leben überhaupt ausgeschlossen wurden, Kollegen aus den Betrieben und Verwaltungen verschwanden, verloren sich die sozialen Kontakte fast von selbst. Wer nicht besonders mutig war, konnte sie einfach einschlafen lassen. Das taten längst nicht alle, wie sich am Beispiel von Ernst Loewenberg zeigen lässt. Er hatte an der reformerisch orientierten, koedukativen Hamburger Lichtwarck-Schule Deutsch unterrichtet und war als Träger des Eisernen Kreuzes erst im März 1934 entlassen worden. Die Schüler hielten die Verbindung zu dem verehrten Lehrer aufrecht, selbst diejenigen, die in die Hitler-Jugend eintraten. Im Schrebergarten sprach Loewenberg mit den Eltern: „Dort, wo sie unbeobachtet sind, sind auch sie wie früher.“ Ende 1934 entstand auf Wunsch seiner ehemaligen Schüler eine von Loewenberg geleitete Arbeitsgemeinschaft, in der Rilke-Gedichte gelesen und besprochen wurden. Erst als der Schulleiter einige Schüler und Schülerinnen einbestellte und ihnen vorhielt, sie hätten „ihre moralische Unreife durch Arbeiten mit einem Juden so eklatant bewiesen“, beendete Loewenberg die Zusammenkünfte gegen den Wunsch der Schüler. Er fragte sich: „Ob ein Nazi-Mitbewohner unseres Hauses uns angezeigt hat? Wahrscheinlicher ist, dass es sich in der Schule herumgespröchen hat.“<sup>48</sup>

Typisch ist diese Geschichte vermutlich nicht. Doch zeigt sie, wie auch das freundliche und von beiden Seiten gewollte Miteinander jäh zerreißen konnte. Das führte ziemlich rasch zum Entstehen unsichtbarer Barrieren, wie sie Rabbiner Joachim Prinz 1935 beschrieb: „Des Juden Los ist: nachbarlos zu sein.“ Und er fügte an: „Wir würden das alles nicht so schmerzlich empfinden, hätten wir nicht das Gefühl, dass wir einmal Nachbarn besessen haben“ (Dok. 161). Den für die Überwachung der Juden zuständigen SD-Beamten, unter ihnen Adolf Eichmann, war das nicht genug. Nach ihrer Ansicht haperte es noch Ende 1937 erheblich an der „einmütige[n] Ablehnung der Juden durch alle Bevölkerungsteile“.<sup>49</sup>

## Reaktionen der Verfolgten

Die Vertreter der jüdischen Vereinigungen in Deutschland reagierten offensiv auf die unerwartet starke Bedrohung. Ungeachtet aller Differenzen gründeten sie im April 1933 den Zentralaussschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, der von jüdischen Gemeinden und ausländischen Hilfsorganisationen finanziert wurde.<sup>50</sup> In dem Ausschuss arbeiteten alle großen jüdischen Organisationen zusammen: der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV), die Zionistische Vereinigung für Deutschland, der Hilfsverein der deutschen Juden, der Jüdische Frauenbund, der Preußische Landesverband Jüdischer Gemeinden, die Jüdische Gemeinde Berlin und die orthodoxe Vereinigung Agudas Jisroel. Der Zentralaussschuss engagierte sich in der Wohlfahrtspflege und der Wirtschaftshilfe,

<sup>48</sup> Bericht von Ernst Loewenberg, abgefasst 1940 in Boston, MA, in: Monika Richarz (Hrsg.), *Bürger auf Widerruf. Lebenszeugnisse deutscher Juden 1780–1945*, München 1998, S. 449–458.

<sup>49</sup> Zit. nach Michael Wildt (Hrsg.), *Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation*, München 1995, S. 165.

<sup>50</sup> Otto Dov Kulka (Hrsg.), *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus*, Bd. 1: *Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939*, Tübingen 1997; Yehuda Bauer, *My Brothers Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929–1939*, Philadelphia 1974.

sorgte für den bald notwendigen Ausbau jüdischer Schulen und unterstützte diejenigen mit Rat und Tat, die emigrieren wollten. Später bildete er den für praktische Arbeit wichtigsten Teil der Reichsvertretung der deutschen Juden, die am 17. September 1933 als Dachverband der großen politischen jüdischen Organisationen geschaffen wurde.

Hinter der Reichsvertretung standen im Wesentlichen die Gruppen, die schon den Hilfsausschuss gebildet hatten, nun aber beteiligte sich auch der ebenso einflussreiche wie deutsch-patriotisch gesonnene Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Zum Präsidenten der Reichsvertretung wählten die Versammelten den 1873 in der Nähe von Posen geborenen Religionswissenschaftler, Rabbiner und Philosophen Leo Baeck. Er galt als der weithin anerkannte Repräsentant des liberalen deutschen Judentums. Im Ersten Weltkrieg hatte er seit 1914 als Militärrabbiner im kaiserlichen Feldheer gedient. Seinem Pflichtgefühl folgend, nahm er 1933 den Vorsitz auf sich. Die erste öffentliche Erklärung der Reichsvereinigung trägt seine Handschrift: „In Tagen, die hart und schwer sind, wie nur je Tage der jüdischen Geschichte, aber auch bedeutungsvoll, wie nur wenige gewesen, ist uns durch gemeinsame Entschließung [...] die Leitung und Vertretung der Juden übertragen worden. [...] Im neuen Staate ist die Stellung der einzelnen Gruppen eine ganz andere geworden. Wir sollen dies einsehen ohne Selbsttäuschung.“<sup>51</sup>

Während die deutschen Zionisten 1933 verstärkt versuchten, das jüdische Nationalgefühl zu wecken, die Emigration nach Palästina forcierten und als anti-assimilatorische Bewegung darin vom NS-Staat unterstützt wurden, traten die nationaldeutschen Juden bis zu ihrem Verbot 1935 dafür ein, die Rechte der Juden in Deutschland zu wahren. Jenseits solcher Differenzen verstand sich die Reichsvertretung als Gesamtrepräsentanz gegenüber der NS-Regierung und protestierte immer wieder gegen Willkür. Zum Beispiel schickte sie im Januar 1934 die Denkschrift „Zur gegenwärtigen Situation der Juden“ an die Reichsregierung, die auf 80 Seiten die vielfältige Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet dokumentierte (Dok. 99). Organisationen wie der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten oder der CV sowie einzelne Synagogengemeinden richteten ebenfalls Petitionen und Beschwerden an Reichsministerien, Landesbehörden und Gemeindeverwaltungen (Dok. 47, 110 und 141).

Die Verfolgten wehrten sich. Aber sie taten es auf bürgerliche Weise, als seien ihre Kontrahenten demselben Rechtsdenken verpflichtet und würden sich an die Prinzipien von Treu und Glauben halten. Die Verfolger aber verhielten sich antibürgerlich, setzten die Regeln ständig neu, kannten ihre nächsten Schritte selbst nicht genau. Sie besaßen keinen ausgearbeiteten Plan, sondern entschieden meist ad hoc – getrieben und berauscht vom selbst erzeugten Sog fortgesetzter Radikalisierung. Sie handelten in der Überzeugung, dass es „nur ein Weiterschreiten auf dem eingeschlagenen Weg zu immer Neuem“ gab.<sup>52</sup>

Noch 1936 wandten sich die Treuchtlinger Juden an die örtliche Polizei, als Jugendliche eine Totenfeier störten und die Trauernden mit Steinen bewarfen. Hannah Arendts Mut-

51 Barkai, „Wehr Dich!“ (wie Anm. 16). Georg Heuberger, Fritz Backhaus (Hrsg.), Leo Baeck 1873–1956. Aus dem Stamme von Rabbinern, Frankfurt a. M. 2001; Erklärung der Reichsvereinigung, in: C.V.-Zeitung vom 20. 9. 1933, zit. nach Yahil, Shoah (wie Anm. 1), S. 125.

52 Theodor Maunz, Gestalt und Recht der Polizei, Hamburg 1943, zit. nach: Arendt, Elemente (wie Anm. 11), S. 617; Martin Broszat, Zur Erklärung des nationalsozialistischen Judenmords, in: Ders., Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, 2. Aufl., München 1988, S. 247; Hans Mommsen, Die Realisierung des Utopischen, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 381–420.

ter Martha erdachte sich 1937 „kulinarische Programme für den Fall von Hitlers Sturz“, träumte von der Rückkehr ihrer Tochter nach Deutschland und hatte sich wegen der relativen Ruhe nach den Nürnberger Gesetzen „mit Deutschland im allgemeinen wieder ganz ausgesöhnt“.<sup>53</sup> Bemerkenswert an dieser Geschichte ist nicht so sehr die Gutgläubigkeit der Mutter, sondern die der klugen, hervorragend informierten, längst nach Paris emigrierten Tochter. Die beiden Frauen hatten sich nämlich in Genf getroffen, aber offenbar versuchte Hannah Arendt nicht, ihre Mutter an der Rückreise nach Königsberg zu hindern.

## Zwischen Gewalt und Sonderrecht

Zu Beginn der NS-Herrschaft bestanden keine klaren Vorgaben für die antijüdische Politik. Diskriminierung und Verfolgung waren zunächst nicht Ergebnis von Führerbefehlen und Parteibeschlüssen. Dem Prinzip von Versuch und Irrtum folgend, bildete sich der neue Staatsantisemitismus in einem offenen, mehrere Jahre andauernden, immer wieder eskalierenden Prozess allmählich heraus. Daran beteiligten sich Politiker und Verwaltungsfachleute in den zentralen Schaltstellen des Reichs ebenso wie Gemeinderäte, aktive Parteigänger der NSDAP, Arbeitskollegen, unpolitische Vereinskameraden oder spontane Volksinitiativen.

Mal bremsend, mal beschleunigend wirkten auf die antisemitische Praxis vielerlei Faktoren und Interessen ein. In regelmäßigen Abständen zeigte sich das Bestreben der NS-Führung, den gewalttätigen Antisemitismus für kurze Zeit zu forcieren und dann wieder mit Hilfe von Gesetzen zu zügeln: Gesetzen, die den Juden Beschränkungen auferlegten, ihnen aber auch Restfreiheiten und Ausnahmen zu garantieren schienen. Aus vielen Einzelmaßnahmen und praktischen, oft nicht sofort aufgegriffenen Vorschlägen heraus entwickelte sich so ein unübersichtliches, aber konsequentes Staatshandeln. Der Antisemitismus der Straße wich weniger auffälliger Verwaltungsroutine, konnte jedoch im passenden Augenblick reaktiviert werden. Das tückische Wechselspiel zwischen willkürlicher Gewalt und vorübergehender Mäßigung kennzeichnete die deutsche Judenpolitik bis zum Novemberpogrom 1938 nach dem von Ian Kershaw beschriebenen Schema: „Druck von unten, grünes Licht von oben, weitere Gewalt von unten, Zügelung und Besänftigung der Radikalen durch diskriminierende Gesetzgebung. Durch diesen Prozess wurde die Verfolgung weiter verschärft.“<sup>54</sup>

Ungeachtet der Methoden bestand das Ziel von Anfang an darin, die deutschen Juden in Angst zu versetzen. Sie sollten eingeschüchtert und zur Flucht getrieben werden. Dass die NS-Führung dabei zunächst keiner klaren Strategie folgte, sondern situativ und spontan improvisierend vorging, zeigt sich an dem unmittelbar nach dem Boykott Anfang April 1933 entworfenen „Gesetz über die Stellung der Juden“. Erarbeitet hatte es eine informelle,

<sup>53</sup> Michael Wildt, Gewalt gegen Juden in Deutschland 1933–1939, in: WerkstattGeschichte 6 (1997), H. 18, S. 5–80, hier: S. 65; Hannah Arendt, Heinrich Blücher, Briefe 1936–1968, Brief Arendts an Blücher vom 13. 9. 1937, S. 80.

<sup>54</sup> Wolf Gruner, Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933–1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), H. 1, S. 75–126; Ian Kershaw, Hitler, Bd. 1: 1889–1936, Stuttgart 1998, S. 717.

vermutlich von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß geleitete Gruppe, um mit „legalen“ Mitteln künftig direkte Gewalt und ausländische Proteste zu vermeiden. In dem Entwurf finden sich Berufsverbote, die Ausweisung ausländischer Juden und Verbote sexueller Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden; Juden sollten durch ein „J“ hinter dem Namen gekennzeichnet und als Zwangsmitglieder in einem staatlich überwachten „Verband der Juden in Deutschland“ zusammengefasst werden (Dok. 27).

Hitler lehnte das ab. Er bevorzugte das langsamere Vorgehen. So richteten sich die ersten antisemitischen Gesetze gegen jüdische Angehörige einzelner Berufsgruppen, z. B. Rechtsanwälte sowie Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst. Zu diesem Zweck musste im Kontext des Berufsbeamtengesetzes vom 7. April 1933 per Verordnung definiert werden, wer als Jude oder „jüdisch versippt“ zu gelten habe, implizit wurde damit auch festgelegt, wer „arischer Volksgenosse“ sei (Dok. 32). Die so gegebene gesetzliche Grundlage galt nur für Staats-, Landes- und Gemeindebedienstete. Doch wurde sie in den folgenden Monaten von den Vorständen der meisten deutschen Vereine und nichtstaatlichen Körperschaften dazu benutzt, sämtliche Juden auszuschließen oder sie ihrer haupt- oder ehrenamtlichen Funktionen zu berauben. Bis zum 31. Dezember 1933 schloss selbst der Bund erblindeter Krieger 17 Mitglieder wegen „nichtarischer“ Abstammung aus.<sup>55</sup> Zum Protestantismus konvertierte Juden verwandelten sich plötzlich in „Judenchristen“. Im September 1933 beschloss die Generalsynode der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union den Arierparagraphen für ihre Geistlichen und Beamten (Dok. 75). Andere protestantische Landeskirchen und Organisationen folgten.

Das Mitte Juli 1933 verkündete Ausbürgerungsgesetz schuf die Grundlage, vor allem „völkisch unerwünschten“ Juden polnischer oder russischer Herkunft, die nach 1918 eingebürgert worden waren, die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. Ein Staat, der das tut, so schrieb Ernst Nolte in seinem 1963 bahnbrechenden Buch zum Faschismus, „erkennt im Grunde auch die übrigen aus der Vergangenheit herrührenden Verträge und Verpflichtungen nicht an“. Parallel dazu diskutierten Ministerialbeamte ein Gesetz, das den deutschen Juden insgesamt die Staatsbürgerrechte nehmen und zwischen „arischen“ Reichsbürgern und „nichtarischen“ Reichsangehörigen unterscheiden sollte. Es wurde erst Ende 1935 als eines der beiden Nürnberger Gesetze erlassen.<sup>56</sup> Im Juli 1933 ordnete Göring an, die bis dahin begangenen antisemitisch motivierten Morde und Gewalttaten nicht länger gerichtlich zu verfolgen, weil sie im Zuge der nationalsozialistischen Revolution geschehen seien. Die bereits Verurteilten wurden amnestiert (Dok. 69).

Seit dem April-Boycott hatten verschiedene ausländische Regierungen gegen die Verfolgung der Juden interveniert, insbesondere sprach der polnische Botschafter immer wieder im Auswärtigen Amt vor. Im Inland protestierten die jüdischen Organisationen und Gemeinden, aber auch nichtjüdische Deutsche. Solange die Zeitungen noch nicht gleichgeschaltet waren, berichteten einzelne durchaus kritisch. So druckte die Deutsche Allge-

<sup>55</sup> Gabriel Richter, Blindheit und Eugenik. Zwischen Widerstand und Integration, in: Blinde unterm Hakenkreuz. Erkennen, Trauern, Begegnen, Marburg a. L. 1991, S. 16–34, hier: S. 21.

<sup>56</sup> Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der Staatsangehörigkeit, RGBl., 1933 I, S. 480; Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. Action française – Italienischer Faschismus – Nationalsozialismus. Mit einem Rückblick nach fünfunddreißig Jahren, 5. Aufl. der Taschenbuchausg. München 2000, S. 459; Kurt Pätzold, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen Imperialismus 1933–1935, Berlin 1975, S. 140.

meine Zeitung am 11. April 1933 Wilhelm Furtwänglers Protestbrief gegen den Ausschluss jüdischer Musiker aus dem deutschen Konzertleben. „Nur einen Trennungsstrich erkenne ich letzten Endes an“, hatte der Chefdirigent der Berliner Philharmoniker an Goebels geschrieben, „den zwischen guter und schlechter Kunst.“

Martin Bormann vom Stab des Stellvertreters des Führers ordnete im September 1933 an, die in einzelnen Orten ergangenen Verbote aufzuheben, mit denen Juden untersagt worden war, städtische Bäder oder Märkte zu besuchen oder einzelne Dörfer zu betreten (Dok. 76). Doch änderte die Weisung nichts an der prinzipiell doppeldeutigen Politik. So kritisierte Innenminister Frick am 17. Januar 1934 zwar die zügellose Anwendung des „Arierparagraphen“, bedeutete aber den Reichs- und Landesbehörden, die „Sonderbehandlung von Nichtariern“ keineswegs behindern zu wollen.<sup>57</sup>

Von Ende 1933 an bis zum Jahresende 1934 verlagerte sich die Initiative zur Verfolgung der Juden auf lokale Instanzen. Während einige Städte in der zweiten Jahreshälfte 1933 ihre antijüdischen Bestimmungen wieder aufhoben, fällten in anderen Gemeinden Kommunalbeamte willkürliche Entscheidungen gegen jüdische Bürger und Organisationen. Vollerorts boykottierten NSDAP-Formationen wie die SA oder die NS-Hago (die Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) ohne zentrale Vorgaben jüdische Firmen (Dok. 12, 15, 141, 143, 147). Nicht wenige Gastwirte, Hoteliers und Geschäftsleute untersagten Juden den Zutritt zu ihren Räumen. In den Aushangkästen des Hetzblattes *Der Stürmer* wurden diejenigen Deutschen, die weiterhin in jüdischen Geschäften einkauften, namentlich angeprangert, gelegentlich sogar mit Fotos.

Mehrfach intervenierte Hjalmar Schacht, Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident, gegen gesetzlich nicht gedeckte Diskriminierungen. Er ließ sich dabei nicht in erster Linie von humanitären und prinzipiellen rechtlichen Gründen leiten, hauptsächlich befürchtete er, die lokale Willkür würde die wirtschaftlichen, insbesondere die außenwirtschaftlichen Interessen des Landes schädigen (Dok. 189). Auch die deutschen Richter waren in den ersten Jahren der NS-Herrschaft längst nicht alle bereit, rassenpolitisch erwünschte Urteile zu fällen. Bis 1937 ergingen mehrere Urteile zugunsten jüdischer Händler, denen städtische Ordnungsämtler das Aufstellen eines Marktstands verweigert hatten. Das preußische Oberverwaltungsgericht hob 1935 ein erstinstanzliches Urteil auf, in dem ausgeführt worden war: „Aufgrund der im Verlauf von Jahrhunderten gemachten Beobachtungen“ und der „volkseigenen deutschen Auffassung“ müssten jüdische Händler insgesamt „als unzuverlässig gelten und daher ausgeschaltet werden“. Das Urteil wurde rechtskräftig, und die für Nachwuchsjuristen gemachte Zeitschrift *Jugend und Recht* schäumte: „Das deutsche Volk steht hinter diesem in seinem Namen ergangenen Urteil nicht.“<sup>58</sup>

57 Herbert Michaelis, Ernst Schraepler (Hrsg.), *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte*, Bd. 9: *Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaates und die Grundlegung der Diktatur*, Berlin 1964, Dokument Nr. 216, S. 397; Kurt Pätzold (Hrsg.), *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933–1942*, Leipzig 1983, Dokument 25, S. 70f.

58 Vermerk DGT/Abt. IV [1937], LA Berlin, Rep. 142/7, 4-10-2/Nr. 13; Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat. Recht und Justiz im „Dritten Reich“*, Frankfurt a. M. 1984, S. 121.

## Rückzug, Selbsthilfe und Emigration

Während sich die wirtschaftliche Lage für die Mehrheit der Deutschen seit 1933 stabilisierte und bald verbesserte, erlebten die jüdischen Familien einen drastischen sozialen Abstieg und sehr oft akute Geldnot. Schon im ersten Jahr der NS-Regierung wurden Zehntausende Juden entlassen oder mussten erhebliche Einkommensverluste hinnehmen. Von den 1933 rund 100 000 Betrieben und Geschäften jüdischer Inhaber verschwanden in den beiden Folgejahren 25 000. Die meisten Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe erlitten infolge des Boykotts schwere Umsatzeinbußen. Sie mussten Personal entlassen oder gingen bankrott. Da jüdische Ärzte schon im Sommer 1933 ihre Kassenzulassung und damit einen erheblichen Teil ihrer Patienten verloren hatten, schloss die Hälfte der Praxen bis 1937. Ähnlich erging es den jüdischen Rechtsanwälten: Um seine Interessen zu wahren, war ein nichtjüdischer Mandant de facto auf einen „arischen“ Rechtsanwalt angewiesen.<sup>59</sup> Immer mehr jüdische Frauen begannen zu arbeiten, um zum Familieneinkommen beizutragen. Viele Kaufleute, die ihr Geschäft wegen der Verfolgungspolitik verloren, suchten ihr Auskommen als Hausierer oder fliegende Händler.

Das Gefühl wachsender Isolation traf insbesondere die assimilierten Familien und dort zuerst die Männer. Sie waren stärker als die Frauen in die Berufswelt und in das nichtjüdische Vereinsleben integriert gewesen. Zwangsläufig veränderten sie ihr Verhalten rasch. Sie versuchten, jedes Aufsehen, jeden Konflikt zu vermeiden, bevorzugten jetzt, was ihnen zuvor kaum in den Sinn gekommen wäre, die Gasthäuser jüdischer Wirte, die in den neuerdings abonnierten jüdischen Zeitungen inserierten. Die jüdischen Gemeinde- und Familienblätter forderten ihre Leser auf, sich nicht auffällig zu benehmen, druckten Stellenanzeigen, in denen Juden nach jüdischen Arbeitgebern suchten, und Annoncen, in denen von Juden geführte Geschäfte um jüdische Kunden warben.

Binnen weniger Monate wurden aus deutschen Juden oder aus Deutschen, die sich kaum noch ihrer jüdischen Wurzeln erinnerten, wieder Juden. Das zeigte sich im raschen, von Isolation und Angst bewirkten Aufschwung des jüdischen Vereinslebens. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und dessen Jugend- und Sportvereine gewannen in wenigen Jahren fast 50 000 neue Mitglieder. Trotz der starken, 1933 sofort einsetzenden Emigration nach Palästina steigerte die Zionistische Vereinigung für Deutschland ihre Mitgliederzahl von 7 000 (1932) auf 22 000 im Jahr 1935. Vor allem die jungen Leute wandten sich den Zionisten zu, so wuchs die zionistische Jugendorganisation Hechaluz (= Pionier) von 500 Mitgliedern im Jahr 1933 auf 16 000 Ende 1935.

In den Schulen herrschte dasselbe Bild: 1933 besuchten 75 Prozent aller jüdischen Schüler öffentliche Schulen, Ende 1937 nur noch 40 Prozent; in Berlin sank die Zahl jüdischer Kinder an öffentlichen Schulen im selben Zeitraum von 12 746 auf 2 704. Gleichzeitig stieg die Schülerzahl an jüdischen Schulen von 2 000 auf 8 845. Das war, wie W. Michael Blumenthal berichtet, für die meisten Schüler „ein angenehmer geschützter Ort mit engagierten Lehrerinnen und Lehrern, die alles taten, um uns Kinder vom Druck der Außenwelt abzuschildern“. Die meisten stammten aus assimilierten Elternhäusern und kamen hier „zum

<sup>59</sup> Kümmel, Ausschaltung (wie Anm. 34), S. 76; Jacob Boas, *The Shrinking World of German Jewry 1933–1938*, in: *LBI Year Book XXXI* (1986), S. 241–266, hier: S. 254 f.; Avraham Barkai, Paul Mendes-Flohr, *Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 4: *Aufbruch und Zerstörung 1918–1945*, München 1997, S. 232.

ersten Mal im Leben mit jüdischer Religion und Tradition in Berührung“; die Eltern gerieten „in nachdenkliche Verlegenheit“, wenn ihre Kinder plötzlich hebräische Gebete sangen.<sup>60</sup>

Der erzwungene Rückzug aus der nun „arisch“ gewordenen deutschen Öffentlichkeit spiegelte sich im Aufschwung der neu gebildeten jüdischen Kulturbünde. Der erste derartige Bund entstand im Sommer 1933 in Berlin mit zunächst 12 500 Mitgliedern.<sup>61</sup> Geleitet wurde er von dem Arzt und Musikwissenschaftler Kurt Singer; zum Ehrenpräsidium gehörten Leo Baeck, Max Liebermann und Jakob Wassermann. Bald zählten die Kulturbünde mehr als 70 000 Mitglieder in rund 100 deutschen Städten. Die erste Theatersaison hatte der Berliner Kulturbund im Oktober 1933 noch mit „Nathan der Weise“ eröffnen können. Es dauerte nicht lange, bis die Behörden jüdischen Schauspielern und Musikern untersagten, die Stücke „deutscher Komponisten“ und „deutscher Dramatiker“ aufzuführen.

Nach einiger Zeit veränderten die jüdischen Gemeinden ihren Charakter. Aus religiösen Zentren wurden Hilfsstellen für Rechtsberatung und Fürsorge. Boykottgeschädigten Geschäftsinhabern gewährten sie Kleinkredite, Entlassenen halfen sie bei der Stellungsuche, Jugendlichen vermittelten sie Ausbildungsplätze. Die Möglichkeiten dafür schrumpften in dem Maß, wie sich die Zahl der Rat- und Hilfebedürftigen vermehrte und sich – dazu spiegelbildlich – die Spenden- und Beitragseingänge verringerten. Staatliche Eingriffe erschwerten die Arbeit zusätzlich. In einzelnen Ländern des Deutschen Reichs verloren jüdische Gemeinden die ihnen bislang als öffentliche Körperschaften gewährten Steuerprivilegien; Vereine und Stiftungen wurden von der Gestapo aufgelöst und von den Finanzämtern enteignet, jüdische Arbeitsvermittlungen verboten. Ende 1936 entzog der Reichsfinanzhof jüdischen Stiftungen und Gemeinden rückwirkend die Vermögensteuerbefreiung, die mildtätige Organisationen bis dahin generell genossen hatten.

Weil die städtischen Fürsorgeämter seit 1935 jüdischen Armen staatliche Sozialleistungen kürzten, mussten jüdische Wohlfahrtsstellen helfend eingreifen. Im Oktober desselben Jahres wurden bedürftige Juden vom Winterhilfswerk des deutschen Volkes ausgeschlossen. Folglich mussten die jüdischen Gemeinden binnen Wochen eine aus eigenen Spendeneinnahmen gespeiste Winterhilfeorganisation aufbauen. Während die Zahl der „arischen“ Arbeitslosen zwischen 1933 und dem Sommer 1936 um zwei Drittel zurückging, stieg die Zahl der jüdischen Arbeitslosen fortlaufend an: Mitte 1936 wurden mehr jüdische Arbeitslose als zu Beginn der NS-Diktatur gezählt, insgesamt 37 204<sup>62</sup> – und das, obwohl schon gut 80 000 Juden emigriert waren, weit überwiegend im besten Arbeitsalter.

<sup>60</sup> Ebd., S. 237–240; Wolf Gruner, Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933–1945, in: Reinhard Rürup (Hrsg.) Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, Berlin 1995, S. 229–266, hier: Tabelle 2, S. 257; W. Michael Blumenthal, Die unsichtbare Mauer. Die dreihundertjährige Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie, München 2000, S. 412 f.

<sup>61</sup> Eike Geisel, Henryk M. Broder, Premiere und Pogrom. Der jüdische Kulturbund 1933–1941. Texte und Bilder, Berlin 1992.

<sup>62</sup> Salomon Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974; Clemens Vollnhals, Jüdische Selbsthilfe bis 1938, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 314–411, hier: S. 374.

Allein im Jahr 1933 kehrten 37 000 deutsche Juden ihrer Heimat den Rücken.<sup>63</sup> Zunächst bildeten die europäischen Nachbarstaaten Frankreich, Niederlande, Schweiz und Tschechoslowakei die Hauptziele für die Flüchtlinge, außerdem Großbritannien und Palästina. Internationale jüdische Hilfsorganisationen unterstützten die Emigranten, von denen in den ersten Monaten viele überstürzt, nur mit einem Koffer in der Hand, geflohen waren. In den Jahren 1934 und 1935 sank die Zahl jüdischer Emigranten auf 23 000 beziehungsweise 21 000. Bis Ende 1937 hatten mehr als 125 000 Juden Deutschland verlassen; von insgesamt 116 000 Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 20 Jahren waren 67 000 ausgewandert. Wegen des raschen Mitgliederschwunds lösten sich schon 1933 und 1934 viele kleinere jüdische Gemeinden auf (Dok. 101).

Zehntausende jüdische Deutsche wählten einen zweiten Weg. Sie flüchteten aus den kleineren Gemeinden in die Großstädte. Im Allgemeinen verhielten sich die Menschen dort wesentlich liberaler, viele auch nur gleichgültiger; sie standen unter wesentlich geringerem sozialen Anpassungsdruck als in den kleineren Städten, Dörfern und Marktgemeinden. Ein guter Indikator dafür ist das Verschwinden der jüdischen Einzelhandelsgeschäfte. Insgesamt halbierte sich deren Zahl in Deutschland zwischen 1933 und 1937.<sup>64</sup> In den Dörfern und Kleinstädten mussten fast alle Einzelhandelsgeschäfte, die Juden gehörten, schon bald aufgegeben werden. Wegen der dort sehr viel dichteren sozialen Kontrolle blieb die Kundschaft aus. Während in Hamburg rund 20 und in Berlin 30 Prozent schließen mussten, waren es in Heidelberg 47 Prozent, in Göttingen 56 Prozent und in Marburg 69 Prozent.<sup>65</sup>

Von Auschwitz aus betrachtet, eröffnet sich eine tragische Einsicht: Je antisemitischer sich die „arischen“ Nachbarn, Kunden und Arbeitskollegen zu Anfang der NS-Herrschaft verhielten, desto schneller entschlossen sich die Bedrängten zur Flucht und retteten so ihr Leben. Zeigten sich die alten christlichen Bekannten und Freunde freundlich und hilfsbereit, entschieden sich die Verfolgten eher zum Bleiben. Das minderte ihre Überlebenschancen dramatisch.<sup>66</sup>

Seit 1935 orientierten sich Emigranten nicht mehr nur nach Europa und Palästina, sondern in Richtung Südafrika, USA und Lateinamerika. In jenen Regionen blieb die Zahl der Immigranten jedoch zunächst gering. So gelangten von 1933 bis zum Juni 1937 etwa 17 000 Juden in die USA, deutlich weniger als die jährlich mögliche Quote von 26 000 deutschen Einwanderern. In den ersten Jahren unterstützte und privilegierte der deutsche Staat die Emigration nach Palästina und schloss zu diesem Zweck das Haavara-Abkommen, das über einen indirekten Kapitaltransfer der Emigranten zugleich den deutschen Warenexport mehrte. Zwischen 1933 und 1937 wanderten dort 40 000 deutsche Juden ein.<sup>67</sup>

63 Zur Emigration: Werner Rosenstock, *Exodus 1933–1939. A Survey of Jewish Emigration from Germany*, in: LBI Year Book I (1956), S. 373–390; Herbert A. Strauss, *Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses*, in: LBI Year Book XXV (1980), S. 313–361, hier: S. 26 und XXVI (1981), S. 343–409.

64 Avraham Barkai, *Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943*, Frankfurt a. M. 1987, S. 122–124.

65 Frank Bajohr, Dieter Pohl, *Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten*, München 2006, S. 29.

66 Konrad Kwiet, *Gehen oder bleiben? Die deutschen Juden am Wendepunkt*, in: Walter Pehle (Hrsg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*, Frankfurt a. M. 1988, S. 132–145.

67 Rosenstock, *Exodus* (wie Anm. 63), S. 376; Werner Feilchenfeld, Dolf Michaelis, Ludwig Pinner, *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939*, Tübingen 1972.

Hilfsorganisationen in Deutschland und in den europäischen Nachbarstaaten organisierten und bezahlten für mittellose Emigranten Visa, Bahnfahrkarten und Schiffspassagen. Jüdische Zeitungen, insbesondere Gemeindeblätter, berichteten eingehend über Reise- und Aufnahmebedingungen in verschiedenen Ländern, ebenso über die Möglichkeiten zum Erlernen von Berufen und Sprachen oder zum Ablegen zusätzlicher Examina, die für die Emigration hilfreich sein konnten. Rechtsanwälte wie zum Beispiel Robert M.W. Kempner, der spätere US-Ankläger in den Nürnberger Prozessen, boten ihre Dienste „für die sachgemäße und schleunige Durchführung Ihrer Auswanderung“ an; junge Frauen und – entsprechend abgewandelt – junge Männer veröffentlichten Heiratsanzeigen wie diese: „Ich suche einen Mann, der bereit ist, mit mir eine Existenz in Palästina zu gründen. Ich bin 23 Jahre alt, hübsch und vermögend.“<sup>68</sup>

Da in Palästina, aber auch in Lateinamerika, Bauern und Handwerker als Einwanderer bevorzugt aufgenommen wurden, intensivierten insbesondere zionistische Organisationen eine in den Zwanzigerjahren entwickelte Strategie der Berufsausbildung auf landwirtschaftlichen Gütern und in Handwerkskursen. 1936 bestanden etwa 30 derartige von Zionisten betriebene Ausbildungsstätten in Deutschland und ein nicht-zionistisches Ausbildungslager im schlesischen Groß-Breesen (Dok. 266). Ähnliche Einrichtungen standen deutschen Juden in vielen europäischen Ländern offen. Die so vorbereiteten jungen Leute erhielten bevorzugt Einwanderungszertifikate für Palästina.

Die Jugendlichen lernten dort Viehzucht, Acker- und Gartenbau, um sich auf die Härten einer neuen Existenz in Palästina oder anderswo vorzubereiten. Weltanschaulich stützten sie sich auf den Ideenvorrat der Zeit: den Sozialismus, den Glauben an die aufbauende Rolle der Avantgarde wie auf die deutsche Jugendbewegung, die Abenteuerlust des Pioniers, die nationale Selbstfindung und die gegen eine immer rationellere Gegenwart gerichtete Romantisierung des einfachen Lebens. Vor allem aber konnten die jungen Leute sich dort relativ frei fühlen. Joel König berichtete über das westlich von Berlin gelegene Umschulungslager Steckelsdorf: Noch nach Kriegsbeginn sei es „eine friedliche Enklave“ gewesen – „und dort durften wir leben“.<sup>69</sup>

## 1935, das Jahr der Nürnberger Gesetze

Im Dezember 1934 setzten die Spitzen des NS-Staates die „restlose Ausschaltung des Juden aus der deutschen Lebensgemeinschaft“ auf die Agenda. Sie diskutierten die schon mehrfach erwogene umfassende „gesetzliche Regelung der Judenfrage“, die das Eheverbot zwischen Juden und Nichtjuden einschloss und die vollständige soziale Isolierung der jüdischen Deutschen bezweckte (Dok. 146). Im Januar 1935 begann abermals eine zentral gesteuerte Propagandaaktion, gefolgt von Gewaltakten, an denen sich neben SA und SS

<sup>68</sup> Anzeigen aus der Jüdischen Rundschau 1935, abgedruckt bei Susanne Heim, „Deutschland muß ihnen ein Land ohne Zukunft sein“. Die Zwangsmigration der Juden 1933 bis 1938, in: Arbeitsmigration und Flucht. Vertreibung und Arbeitskräfteregulierung in Zwischeneuropa (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 11), Berlin 1993, S. 48–81, hier: S. 50.

<sup>69</sup> Werner T. Angress, Generation zwischen Furcht und Hoffnung. Jüdische Jugend im Dritten Reich, Hamburg 1985; Joel König (= Ezra BenGershöm), David. Aufzeichnungen eines Überlebenden, Frankfurt a.M. 1979, S. 115.

zunehmend die Hitler-Jugend beteiligte (Dok. 169). Parallel dazu diffamierte die gelenkte Presse Juden als „Rasseschänder“ und „Verbrecher“.

Am 20. August 1935 fand im Reichswirtschaftsministerium eine interministerielle Besprechung über die wirtschaftlichen Folgen bestimmter Parteiaktivitäten statt (Dok. 189). Hjalmar Schacht berichtete über den Direktor der Reichsbankfiliale in Arnswalde, der in einem Stürmer-Kasten angeprangert worden war, weil er im Geschäft eines Juden eingekauft hatte. Schacht sprach „von höchster Perfidie und Gemeinheit“ und forderte das Ende der Anschwärzerei. Während ein Vertreter des Propagandaministeriums darin „nichts Verwerfliches“ sah, wandte sich Innenminister Frick gegen solche Übergriffe und kündigte an, sein Ministerium werde bald eine Reihe von Anordnungen vorlegen, um „die Judenfrage“ auf „völlig legale Art und Weise zu lösen“. Noch am selben Tag verkündete er per Erlass, Hitler habe kategorisch jede Einzelaktion verboten.<sup>70</sup> Im Fall solcher Anweisungen vertraten lokale Parteistellen nicht selten die Meinung, „gewisse Anordnungen, insbesondere auf dem Gebiet der Judenfrage, müssten dem Ausland gegenüber getroffen werden“. Jedem „echten Nationalsozialisten“ sei aber bekannt, wie „der wahre Wille des Führers [...] zu vollstrecken“ sei.<sup>71</sup>

Wenige Wochen später berieten Hitler, Goebbels, Frick und Heß während des Nürnberger Parteitags die dann so bezeichneten Nürnberger Gesetze.<sup>72</sup> Sie wurden noch während des Parteitags auf einer Sondersitzung des Deutschen Reichstags akklamatorisch beschlossen und bestanden aus zwei Teilen: dem Reichsbürgergesetz und dem Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (Blutschutzgesetz). Ersteres nahm den deutschen Juden die politischen Rechte und erklärte sie zu bloßen Staatsangehörigen. Reichsbürger konnten fortan nur noch „arische“ Deutsche sein. Das Blutschutzgesetz verbot Eheschließungen und nichteheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden, ebenso wurde Juden „zum Schutz der deutschen Ehre“ untersagt, die Reichs- und die Hakenkreuzfahne zu hissen (Dok. 198 f.). Von nun an gab es im deutschen Strafrecht das Verbrechen „Rassenschande“: In den folgenden Jahren wurden überall in Deutschland jüdische Männer wegen tatsächlicher Liebesbeziehungen zu „Arierinnen“ oder einer bloß vermuteten proxima occasio von missgünstigen Nachbarn und Sexualneidern denunziert, von der Gestapo verfolgt und von den Gerichten zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt. Die beteiligten Frauen wurden strafrechtlich nicht verfolgt, jedoch nicht selten wegen „Rassenverrats“ öffentlich gedemütigt<sup>73</sup> (Dok. 186).

Das Leipziger Reichsgericht machte auf denkwürdige Weise von den neuen Gesetzen Gebrauch und stellte den „bürgerlichen Tod“ der deutschen Juden fest. Am 27. Juni 1936 wies es die Schadensersatzklage eines jüdischen Filmregisseurs ab, dem der nichtjüdische Produzent im Februar 1933 den Vertrag aus rassenpolitischem Opportunismus gekündigt

<sup>70</sup> Hilberg, Vernichtung (wie Anm. 1), S. 41–43.

<sup>71</sup> Bericht des Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 31.8.1935, dokumentiert in: Otto Dov Kulka, Eberhard Jäckel (Hrsg.), Die Juden in den geheimen Stimmungsberichten 1933–1945, Düsseldorf 2004, beigelegte CD, Nr. 1141.

<sup>72</sup> Neumann, Behemoth (wie Anm. 39), S. 151; Hans Mommsen, Die Entstehung der „Nürnberger Gesetze“, in: ders., Auschwitz, 17. Juli 1942. Der Weg zur europäischen „Endlösung der Judenfrage“, München 2002, S. 41–55; Cornelia Essner, Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945, Paderborn 2002, S. 113–154.

<sup>73</sup> Alexandra Przyrembel, „Rassenschande“. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus, Göttingen 2003.

hatte. Gestützt auf den Passus, dass dann kein Honorar fällig werde, wenn der Regisseur den Vertrag wegen Krankheit oder Tod nicht erfüllen könne, urteilte das höchste deutsche Gericht: Dem „leiblichen Tode“ entspreche der im älteren Fremdenrecht entwickelte Gedanke des „bürgerlichen Todes“, der mit der neuen Rassengesetzgebung für die Juden eingetreten sei. Wörtlich urteilten die Richter, dass die „aus gesetzlich anerkannten rassenpolitischen Gesichtspunkten eingetretene Änderung in der rechtlichen Geltung der Persönlichkeit“ dem in dem Regievertrag vorgesehenen Fall des physischen Todes „gleichzuachten“ sei.<sup>74</sup>

Nachdem die beiden Gesetze in Nürnberg verabschiedet worden waren, entbrannte eine Diskussion darüber, wie der Begriff „Jude“ zu definieren sei. Auf der einen Seite standen die Rassenwissenschaftler, die möglichst jedem denkbaren „jüdischen Blutseinschlag“ mit allerlei komplizierten Methoden auf die Spur kommen wollten. Auf der anderen Seite fochten die Beamten des Reichsinnenministeriums für ein möglichst rationelles, „automatisch“ funktionierendes bürokratisches Verfahren. Hitler schloss sich den Verwaltungspraktikern an. So wurde am 14. November 1935 die Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz erlassen (Dok. 210). Sie regelte, dass künftig als „Rassejude“ zu gelten habe, wer über mindestens drei Großeltern jüdischer Religion verfügte. Als Mischling 1. Grades wurden mit dieser Verordnung Menschen definiert, die zwei solcher Großeltern hatten, wer nur von einem Großeltern teil jüdischer Religion abstammte, galt hinfort als Mischling 2. Grades.

Zur Gruppe der „Mischlinge“ gehörten 1933 rund 150 000 Menschen. Die Diskriminierung traf sie oft überraschender als sogenannte Volljuden. Sie verstanden sich fast ausnahmslos als Deutsche und konnten sich nur schwer erklären, warum ihnen – oft schon seit 1933 – der Zutritt zu Vereinen, zur Hitler-Jugend oder zur Offizierslaufbahn verwehrt wurde. Schon im Juni 1933 war deshalb der Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung als Interessenvereinigung der „Mischlinge“ gegründet worden.<sup>75</sup>

Weitere 50 000 Juden lebten in „Mischehen“. Ihre Partner wurden als „jüdisch versippt“ eingestuft und deshalb stigmatisiert.<sup>76</sup> Um dem „arischen“ Partner die berufliche Zukunft zu sichern, ließen sich Tausende Ehepartner scheiden (Dok. 109). Blieben die Eheleute jedoch verheiratet, schützte das den jüdischen Partner später in den allermeisten Fällen vor der Deportation; dem christlichen Partner brachte die „Mischehe“ massive Nachteile (Dok. 191). Das 1946 erschienene Buch LTI widmete Victor Klemperer seiner nichtjüdischen Frau Eva, die mit ihm die Erniedrigung, die Dresdener Judenhäuser, die Angst und den Hunger durchlitten hatte: „Denn ohne Dich wäre heute dieses Buch nicht vorhanden und auch längst nicht mehr sein Schreiber.“<sup>77</sup>

74 Fraenkel, Doppelstaat (wie Anm. 58), S. 127.

75 Aleksandar-Saša Vuletić, Christen jüdischer Herkunft im Dritten Reich. Verfolgung und organisierte Selbsthilfe 1933–1939, Mainz 1999. Nach dem erzwungenen Ausschluss aller „Volljuden“ wurde der Reichsverband 1937 in Paulusbund, Vereinigung nichtarischer Christen e.V. umbenannt.

76 H. G. Adler, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 278–322; Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999.

77 „Meiner Frau Eva Klemperer“, Widmung, Dresden, Weihnachten 1946, in: Victor Klemperer, LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1947.

Von Anfang an – und verstärkt seit 1935 – wurden viele Beamte entlassen, die mit jüdischen Frauen verheiratet waren oder neben christlichen auch jüdische Großeltern hatten (Dok. 303). Der nie genau definierte Spielraum wurde im Fall der „Mischlinge“ und „Mischehen“ aus pragmatischen Gründen gewährt und um die „arische“ Verwandtschaft ruhig zu halten. So verwandelte sich die familiär gegebene Kontaktsphäre zwischen nicht-jüdischen und jüdischen Deutschen in eine undurchsichtige, von angst- und rücksichtsvollem Schweigen geprägte Trennzone, hinter der die „Volljuden“ erst recht isoliert waren. Da die Nürnberger Gesetze die Segregation der deutschen Juden von der christlichen Mehrheitsbevölkerung bezweckten, löste das Geheime Staatspolizeiamt am 14. November 1935 den Verband nationaldeutscher Juden als staatsfeindlich auf und beschlagnahmte dessen Vermögen.<sup>78</sup> Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens musste sich fortan Centralverein der Juden in Deutschland nennen; die Reichsvertretung der deutschen Juden hatte Reichsvertretung der Juden in Deutschland zu heißen.

## Die Zentralisierung der Judenpolitik

Eine Organisation, die später für die Verfolgung der deutschen und der europäischen Juden zentrale Bedeutung erlangte, spielte in den ersten Jahren eine geringe Rolle: der Sicherheitsdienst (SD) der SS. Er war 1931 von der NSDAP als parteieigener Nachrichtendienst von dem damals 27-jährigen, aus der Marine entlassenen Offizier Reinhard Heydrich aufgebaut worden. Vom April 1933 bis 1934 leitete Heydrich zusammen mit seinem Mentor Heinrich Himmler zunächst die Bayerische Politische Polizei. Erst ein Jahr später gelang es den beiden, das Geheime Staatspolizeiamt in Preußen (Gestapo) zu übernehmen und sukzessive die Politischen Polizeien der Länder zur Gestapo zu vereinen und mit den Kriminalpolizeien zentralstaatlicher Leitung zu unterstellen.<sup>79</sup> Kripo und Gestapo fasste Heydrich zur Sicherheitspolizei zusammen, daneben leitete er weiterhin den SD, der sich langsam von einer Parteidienststelle in eine Staatsinstitution wandelte. In beiden Organisationen wurden Referate für Judenangelegenheiten eingerichtet, die erst langsam an Einfluss gewannen.

Die Gestapo versuchte seit Mitte 1935, die jüdische Bevölkerung auf der Basis von Mitgliederlisten jüdischer Organisationen individuell zu erfassen. Die örtlichen Dienststellen kontrollierten die dortigen jüdischen Organisationen. Sie verfolgten einzelne Juden wegen der Verletzung antijüdischer Bestimmungen, wegen Devisenvergehen und später wegen sogenannter Rassenschande. Das geschah in der Regel auf der Grundlage von Denunziationen. Hauptsächlich beschäftigte sich die Gestapo zunächst jedoch mit den politischen Gegnern des Regimes: So ging die Gestapo in Krefeld zwischen 1933 und 1937 gegen insgesamt 180 Personen vor, 19 davon waren Juden.<sup>80</sup>

Im Oktober 1935 folgte Hitler dem Vorschlag des Reichsführers der SS, Heinrich Himmler

<sup>78</sup> Erlass des Gestapa (II 1 B 2 – 64640/ J. 577/35) vom 18. 11. 1935, zit. nach Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien. Inhalt und Bedeutung*, Heidelberg 1981, S. 141.

<sup>79</sup> Hans Buchheim, *Die SS – Das Herrschaftsinstrument*, in: Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen, Helmut Krausnick, *Anatomie des SS-Staates*, Bd. 1, Olten 1965, S. 38–54.

<sup>80</sup> Eric A. Johnson: *Der nationalsozialistische Terror. Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche*, Berlin 2001, S. 158–174.

ler, der gesamten Polizei einen weltanschaulichen Auftrag zu geben. Das bedeutete, ihr komplexe, über die gewöhnlichen Ordnungs-, Kontroll- und notfalls Terrorfunktionen hinausgehende Aufgaben zuzuschreiben. Sie wurde nun, wie Heydrichs Stellvertreter Werner Best sich ausdrückte, zum „Wächter über den politischen Gesundheitszustand des deutschen Volkskörpers“. Am 17. Juni 1936 ernannte Hitler den Reichsführer SS Heinrich Himmler zum Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern. Himmler gliederte die Polizei neu und schuf die beiden Hauptämter Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei. Von nun an blieben Polizei und SS fest verbunden: Himmler bezeichnete sich als Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, Reinhard Heydrich wurde in Personalunion Chef des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei, formell erhielt er erst am 27. September 1939 den Titel Chef der Sicherheitspolizei und des SD.<sup>81</sup>

Im Hinblick auf die olympischen Winter- und Sommerspiele achtete die Reichsregierung 1936 verstärkt auf internationale Reaktionen. Die Winterspiele wurden vom 6. bis 16. Februar in Garmisch-Partenkirchen ausgetragen. Als David Frankfurter den Leiter der NSDAP-Landesgruppe Schweiz, Wilhelm Gustloff, am 4. Februar in Davos erschoss, sorgte die NS-Führung dafür, dass antijüdische Gewaltakte unterblieben (Dok. 225). Am 7. März besetzte die Wehrmacht das gemäß den Verträgen von Versailles (1919) und Locarno (1926) entmilitarisierte Rheinland. Weder England noch Frankreich intervenierten. So verhalf das riskante Unternehmen Hitler zu neuer innenpolitischer Stärke und erhöhte seine Handlungsfreiheit beträchtlich: „Ohne Zittern und Zagen, buchstäblich ohne Rücksicht auf Verluste, setzte das Regime von nun an auf Dynamik, Aufrüstung und Krieg. Stillstand lehnte es als Gefährdung seiner Existenz ab.“<sup>82</sup>

Kaum hatte Hitler am 1. August 1936 die Olympischen Sommerspiele in Berlin eröffnet, verfasste er die geheime Denkschrift zum Vierjahresplan. Sie verfolgte das Ziel, Deutschland binnen vier Jahren für einen Angriffskrieg aufzurüsten. In diesem Geheimtext sprach er kaum verschlüsselt von der geplanten Enteignung der Juden: Sie sollten in ihrer Gesamtheit für alle Schäden haftbar gemacht werden, „die durch einzelne Exemplare dieses Verbrechenstums der deutschen Wirtschaft und damit dem deutschen Volke zugefügt werden“.<sup>83</sup> Für die Aufrüstung wurden derart hohe Kredite aufgenommen, dass sie nur mit der Beute eines Raubkrieges getilgt werden konnten. Auf die vielfältigen Einwände gegen das unprofitable Aufrüsten und die durch und durch unseriöse Finanzierung reagierte Göring am 17. Dezember 1938 mit der Bemerkung: „Es ist kein Ende der Aufrüstung abzusehen. Allein entscheidend ist hier der Sieg oder Untergang. Wenn wir siegen, wird die Wirtschaft genug entschädigt werden.“<sup>84</sup>

Der Sicherheitsdienst der SS verfügte mit rund 200 Mitarbeitern im gesamten Reich 1934 weder über die personellen Ressourcen noch über die notwendige Autorität, um die anti-jüdische Politik wesentlich zu beeinflussen. Erst nach der Verabschiedung der Nürnber-

81 Buchheim, Herrschaftsinstrument (wie Anm. 79), S. 67–76; George C. Browder, Foundations of the Nazi State. The Formation of Sipo and SD, Lexington 1990, S. 208–249; Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 168–180, S. 186–191, Best-Zitat: S. 169.

82 Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, 1871–1945, Stuttgart 1995, S. 611.

83 Wilhelm Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 184–210, hier: S. 210.

84 Zit. nach Hildebrand, Reich (wie Anm. 82), S. 623.

ger Gesetze begann im SD die planmäßige „Bekämpfung des Judentums“. Im Januar 1936 wurde eigens dafür die Abteilung II 112 eingerichtet, in der Adolf Eichmann und Dieter Wisliceny, zwei der späteren Hauptorganisatoren der Deportation der europäischen Juden, von Anfang an mitarbeiteten, 1937 kamen Herbert Hagen und Theodor Dannecker dazu. Wisliceny sah die Aufgabe der Abteilung im April 1937 darin, „Staat und Partei das absolut stichhaltige Material“ zu liefern, auf dessen Basis „gesetzgeberische und polizeiliche Maßnahmen“ gegen die Juden erfolgen könnten.<sup>85</sup> Um den Terror möglichst ziel sicher zu gestalten, versuchte die Judenabteilung des SD 1937, alle „in Deutschland vorhandenen Juden und Judenstämme“ in einer Kartei zu erfassen. Nach einigem Hin und Her wurde auf eine Anregung des Reichsinnenministeriums beschlossen, die Personendatei mit Hilfe der für den Frühsommer 1938 geplanten Volkszählung zu erstellen, weil ein solches Verfahren sehr viel billiger und vor allem zuverlässiger sei (Dok. 288). Wegen der Annexion Österreichs wurde die Zählung um ein Jahr auf 1939 verschoben; dann aber wurden die individuellen Daten aller deutschen Juden und der „Judenmischlinge“ erhoben und in den Einwohnermelderegistern vermerkt.<sup>86</sup>

Am 1. November 1937 trafen sich 66 Abteilungsleiter, Referenten und Hilfskräfte des SD, die entweder in der Berliner Zentrale oder in den SD-Oberabschnitten für die Judenfrage zuständig waren. Sie hörten zwölf Kurzreferate und nahmen sich drei Stunden Zeit für den Tagesordnungspunkt „Allgemeine Aussprache“. In seinem Referat erklärte Dannecker die „Methodik“, mit der die SD-Männer den Juden das Leben unerträglich machen sollten: „Keine Minute Ruhe geben, stets die führenden Juden durch Vermahnungen in Atem halten, auf jede unseren Grundsätzen zuwiderlaufende Regung, auch die kleinste, sofort reagieren, kurz: völliges Eindringen in das jüdische und insbesondere das jüdisch-politische Eigenleben. Dadurch wird zwangsläufig der Auswanderungsgedanke genährt und die Idee von einem vielleicht doch noch möglichen Weiterverbleiben in Deutschland immer mehr untergraben.“<sup>87</sup>

Schon bevor Göring offiziell zum Beauftragten für den Vierjahresplan ernannt worden war, hatte er als Leiter des im Frühjahr 1936 gebildeten Rohstoff- und Devisenstabs eine Vorläuferfunktion inne und in dieser Eigenschaft am 7. Juni 1936 den Chef des Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich mit dem Aufbau eines Devisenfahndungsamts beauftragt. Es war Göring „persönlich und unmittelbar“ unterstellt und sorgte in der Folge bei den zuständigen Zoll- und Devisenprüfstellen dafür, dass die Devisenbestimmungen gegen die deutschen Juden exzessiv angewandt wurden. Göring brauchte die ausländischen Zahlungsmittel. Nur so konnten die für die Aufrüstung notwendigen Importe bezahlt und nur so die fünf Millionen Tonnen Getreide auf den ausländischen Märkten gekauft werden, die als Reichsgetreidereserve für den Kriegsfall gehortet wurden. In den folgenden zwölf Monaten trieb das neu geschaffene Amt Devisen im Gegenwert von 473 Millionen Reichsmark ein.<sup>88</sup>

<sup>85</sup> Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002; ders. (Hrsg.), *Judenpolitik* (wie Anm. 49), S. 108–110 (Vermerk Wislicenys vom 7.4.1937); Herbert, *Best* (wie Anm. 81), S. 203–211.

<sup>86</sup> Wildt (Hrsg.), *Judenpolitik*, S. 35–37, 153 f.; Götz Aly, Karl Heinz Roth, *Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus*, überarb. Taschenbuchausg. Frankfurt a. M. 2000, S. 92–95.

<sup>87</sup> Wildt (Hrsg.), *Judenpolitik*, *Tagesordnung*, S. 127–156, hier: S. 150.

<sup>88</sup> Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007, S. 255.

Um den für damalige Verhältnisse außerordentlich erfolgreichen Raub zu bewerkstelligen, ergingen zwei gegen wohlhabende Juden gerichtete Gesetze: zum einen das Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftssabotage, das für die illegale Verbringung von Vermögen ins Ausland langjährige Haftstrafen oder die Todesstrafe vorschrieb; zum anderen das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung. Es erlaubte den Finanzämtern, von „auswanderungsverdächtigen“ Personen einen beträchtlichen Teil des Vermögens als Sicherheit für die später zu entrichtende Reichsfluchtsteuer in Beschlag zu nehmen. Offiziell konnten Juden über die Deutsche Golddiskontbank ihr Vermögen in andere Länder transferieren. Dafür mussten sie im Januar 1934 einen Abschlag von 20 Prozent hinnehmen; im Juni 1935 wurde er auf 68 Prozent und im Oktober 1936 auf 81 Prozent hochgesetzt.<sup>89</sup> Die Auswanderung wurde weiter gefördert, aber daraus sollten „dem deutschen Staat keine Nachteile“ entstehen. Die „Förderung“ bestand vor allem darin, den Terror gegen „die jüdische Minderheit so zu erhöhen, daß deren Emigration billiger wurde – also möglichst viele Devisen eingespart, möglichst viel Eigentum konfisziert werden konnte“.<sup>90</sup>

Damit begann im Sommer 1936 die Enteignung der Juden zum Vorteil der deutschen Staatskasse. Mehr noch: Von nun an war das Schicksal der Verfolgten mit einem Kriegsplan verbunden, der erklärtermaßen nur die Alternative „Sieg oder Untergang“ zuließ. Bereits im Mai 1937 befasste sich der SD mit der Frage, wie mit den Juden im Fall eines Krieges zu verfahren sei (Dok. 283). In diesem Kontext erklärt sich, warum Göring 1938 die Gesetze durchpaukte, mit denen die Juden gezwungen wurden, ihr Vermögen anzumelden und mit denen ihnen endgültig die Freiheit genommen wurde, darüber zu verfügen.

Im April 1933 hatte der deutsche Staat den Juden das Recht abgesprochen, im öffentlichen Dienst zu arbeiten und als Beamte hoheitliche Funktionen zu erfüllen. Damit brach die NS-Regierung den praktisch erst 1919 gesetzten Schlussstein der Emanzipation deutscher Juden aus dem Verfassungsgefüge heraus. Als nächstes fiel im Mai 1935 die im Ersten Weltkrieg erlangte Wehrwürde.<sup>91</sup> Mit den Nürnberger Gesetzen wurde das alteuropäische Verbot der ehelichen Bindung zwischen Juden und Christen wiedererrichtet. In ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit erlitten die Juden zwischen 1933 und 1937 in den verschiedenen Regionen, Gemeinden und Wirtschaftszweigen unterschiedliche Beschränkungen. Gesetzlich und faktisch „aus der deutschen Wirtschaft ausgeschlossen“ wurden sie jedoch erst 1938. Damit fiel als letztes dasjenige Recht, das den Juden in Deutschland zu Beginn ihrer Emanzipation als erstes gegeben worden war.

<sup>89</sup> Longerich, Politik (wie Anm. 1) S. 118–121 und 125 f.; Gesetze vom 1. 12. 1936: RGBl., 1936 I, S. 999 ff.

<sup>90</sup> Heim, Deutschland (wie Anm. 68), S. 50.

<sup>91</sup> Wehrgesetz vom 21. 5. 1935, RGBl., 1935 I, S. 609.

## Dokumentenverzeichnis 1933–1937

- 1 Jüdische Rundschau: Leitartikel vom 31. Januar 1933 zur Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler
- 2 Nationalsozialistische Monatshefte: Leitartikel vom Januar 1933 zum Kampf gegen das internationale Judentum
- 3 C.V.-Zeitung: Bericht vom 9. Februar 1933 über antijüdische Ausschreitungen in Gersfeld/Hessen
- 4 C.V.-Zeitung: Artikel vom 23. Februar 1933 gegen antijüdische Propaganda auf den Straßen Berlins und in der NS-Presse
- 5 Völkischer Beobachter: Aufruf der NSDAP vom 5./6. März 1933 an die „deutschen Künstler“ zur Reichstagswahl
- 6 Walter Gyssling beschreibt Ausschreitungen und Misshandlungen in München am 9./10. März 1933
- 7 Hermann Badt bietet dem stellvertretenden Ministerpräsidenten am 14. März 1933 seinen Rücktritt als Vertreter Preußens vor dem Staatsgerichtshof an
- 8 Der Reichsinnenminister empfiehlt am 15. März 1933, die Zuwanderung und Einbürgerung von „Ostjuden“ zu verhindern
- 9 Max Moses Polke berichtet über die Verfolgung jüdischer Richter und Anwälte in Breslau zwischen dem 11. und 17. März 1933
- 10 Der Kampfbund für deutsche Kultur fordert vom preußischen Kultusminister am 18. März 1933 den Ausschluss von Juden aus dem Kulturbetrieb des Ruhrgebiets
- 11 Der deutsche Botschafter in den USA telegraphiert am 20. März 1933 an das Auswärtige Amt wegen Presseberichten über die Judenverfolgung in Deutschland
- 12 Der Bürgermeister von München verfügt am 24. März 1933, städtische Aufträge nicht mehr an Juden und Ausländer zu vergeben
- 13 Der Metallhändler Schönemann regt beim Münchener Bürgermeister am 25. März 1933 an, Altmetalle nicht an jüdische Firmen zu verkaufen
- 14 The New York Times: Artikel vom 27. März 1933 über die Vorbereitungen zu großen Protestveranstaltungen in den USA gegen Hitlers Judenpolitik
- 15 Die Stadtverwaltung Frankfurt a.M. verfügt am 28. März 1933 die Entlassung ihrer jüdischen Bediensteten
- 16 Der Staatskommissar für Berlin verbietet der Stadtverwaltung am 30. März 1933, in der „jüdischen Presse“ zu inserieren
- 17 Völkischer Beobachter: Die NSDAP ruft am 30. März 1933 zu einem reichsweiten antijüdischen Boykott auf
- 18 Privatlehrer Ackermann regt am 30. März 1933 den Boykott jüdischer Privatlehrer in München an
- 19 Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten ruft am 30. März 1933 seine Mitgliedsfirmen auf, gegen die „internationale Greuel- und Boykotthetze“ vorzugehen
- 20 Besprechung von Vertretern jüdischer Organisationen am 31. März 1933 in Paris über die Verfolgung der jüdischen Deutschen
- 21 Henriette Necheles-Magnus beschreibt Solidaritätsbekundungen während des antijüdischen Boykotts am 1. April 1933 in Wandsbek
- 22 The Times: Artikel vom 3. April 1933 über den Mord an dem jüdischen Rechtsanwalt Schumm und weitere Gewalttaten am Tag des Boykotts
- 23 Direktor Eugen Feuchtmann berichtet dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Johannes Jeserich AG am 3. April 1933 über den erzwungenen Rücktritt zweier jüdischer Direktoren

- 24 Patentanwalt Richard Wirth erklärt sich am 3. April 1933 mit seinen jüdischen Kollegen solidarisch
- 25 Die Jüdische Rundschau vom 4. April 1933 fordert, als Antwort auf den Boykott ein neues jüdisches Selbstbewusstsein zu entwickeln
- 26 Der Student Heinrich Marx erörtert am 5. April 1933 nach dem Boykott in Berlin die Frage „Bleiben oder gehen?“
- 27 Der nicht realisierte Entwurf eines Gesetzes „zur Regelung der Stellung der Juden“ vom 6. April 1933
- 28 Das Auswärtige Amt spricht sich am 7. April 1933 dagegen aus, den Juden in Oberschlesien Minderheitenrechte zuzugestehen
- 29 Das Gesetz vom 7. April 1933 zur Entlassung von jüdischen und politisch unliebsamen Beamten
- 30 Kardinal Faulhaber schreibt am 8. April 1933 an Alois Wurm über dessen Protest gegen die Judenverfolgung
- 31 Die Sächsische Landes-Auftrags-Stelle schlägt am 10. April 1933 vor, dass jüdische Firmen Heer, Marine und Polizei nicht mehr beliefern dürfen
- 32 Die erste gesetzliche Definition des Begriffs Nichtarier vom 11. April 1933
- 33 Der Unternehmensvertreter Walter Hoffmann interveniert bei Göring am 12. April 1933 wegen Presseberichten in den USA über Ausschreitungen am Tag des Boykotts
- 34 Karl Jarres schreibt an Theodor Lewald am 15. April 1933 nach dessen Rücktritt vom Vorsitz des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen
- 35 Hertha Nathorff notiert am 16. April 1933 ihre Eindrücke über eine Versammlung des Bundes deutscher Ärztinnen in Berlin
- 36 Jüdische Rundschau: Artikel vom 25. April 1933 über den Suizid eines deutsch-national denkenden Juden
- 37 Charlotte Gumpert informiert Minni Steinhardt in Palästina am 26. April 1933 über die politische Lage in Deutschland und die Situation der Emigranten
- 38 Otto Marx berichtet über seine Festnahme in Weiden und seine Haft im Konzentrationslager Dachau im März/April 1933
- 39 Ein Bonner Bürger protestiert bei Ministerpräsident Göring am 3. Mai 1933 gegen die Verfolgung der deutschen Juden
- 40 Der Nationalsozialistische Deutsche Reichs-Makler-Bund kritisiert das Vorgehen des Reichsverbands Deutscher Makler bei der Gleichschaltung am 6. Mai 1933
- 41 Heinrich Marx reflektiert am 9. Mai 1933 seine persönliche Lage in Berlin und die Situation an den Hochschulen
- 42 Die Israelitische Kultusgemeinde München beschwert sich beim Auswärtigen Amt am 13. Mai 1933 über Aktionen gegen jüdische Vereine in München
- 43 Der Firmenvertreter Oskar Vangerow berichtet am 16. Mai 1933 über die Juden und die Stimmung in Polen
- 44 Karl Landau erkundigt sich beim Wiener Obermagistratsrat a. D., Engelbert Siegl, am 18. Mai 1933 über die Möglichkeit einer Anstellung
- 45 Die Polnische Gesandtschaft protestiert am 22. Mai 1933 gegen Angriffe auf polnische Staatsangehörige in Deutschland
- 46 Anweisung an die Deutsche Delegation in Genf vom 24. Mai 1933, eine Diskussion im Rat des Völkerbunds zur Judenverfolgung in Deutsch-Oberschlesien zu verhindern
- 47 Die Jüdische Gemeinde Berlin beschwert sich beim Staatskommissar für Berlin am 29. Mai 1933 über antijüdische Maßnahmen der Stadtverwaltung
- 48 Nationalsozialistische Monatshefte: Artikel vom Mai 1933 über die „Lösung der Judenfrage“
- 49 Ein Vertreter des American Joint Distribution Committee berichtet am 11. Juni 1933 über ein Gespräch mit Leo Baeck in Berlin zur Organisation der Auswanderung deutscher Juden

- 50 The New York Times: Meldung vom 12. Juni 1933 über eine Kampagne zur Unterstützung der deutschen Juden
- 51 Das Jugendschöffengericht Frankfurt a.M. verurteilt am 12. Juni 1933 jüdische Jugendliche wegen des Verteilens politischer Flugblätter
- 52 Das Statistische Reichsamt berichtet über die regionale Verteilung der Glaubensjuden nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1933
- 53 Das Statistische Reichsamt berichtet über die berufliche Verteilung der Glaubensjuden nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1933
- 54 Die Straßenhändlerin Luise Rupprecht bittet den Breslauer Polizeipräsidenten am 17. Juni 1933, einen konkurrierenden jüdischen Straßenhändler des Platzes zu verweisen
- 55 Deutsche Allgemeine Zeitung: Bericht vom 19. Juni 1933 über eine Ansprache des Berliner Oberbürgermeisters vor amerikanischen Kommunalpolitikern
- 56 Max Osborn erläutert Minni Steinhardt am 19. Juni 1933 seine Pläne für eine Emigration nach Palästina
- 57 Der Direktor des Physikalischen Instituts interveniert bei der Breslauer Universitätsleitung am 22. Juni 1933 zugunsten der Dozentin Hedwig Kohn
- 58 Professor James Goldschmidt protestiert am 22. Juni 1933 beim Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Erziehung gegen den Entzug seiner Lehrbefugnis
- 59 Der Vorstand der Talmud Tora Schule in Hamburg erörtert am 28. Juni 1933 die Lage der jüdischen Schulen
- 60 Ein Landesverband des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens berichtet über die Situation der Juden in Sachsen und Sachsen-Anhalt im Juni 1933
- 61 Hans Kantorowitz weigert sich am 1. Juli 1933, aus der Berliner Turnerschaft auszutreten
- 62 Isaac Meyer begründet gegenüber der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft in Frankfurt a. M. am 13. Juli 1933 seinen Austritt
- 63 Kollegen des Observatoriums Potsdam denunzieren am 18. Juli 1933 Professor Erwin Finlay Freundlich als „antinationale denkenden Juden-Abkömmling“
- 64 Der Deutsche Gemeindegtag ermöglicht der Stadt Preußisch Friedland am 26. Juli 1933 den teilweisen Ausschluss von Juden aus öffentlichen Badeanstalten
- 65 Der Vorstand des Ärztlichen Vereins Hamburg tritt im Juli 1933 wegen einer antijüdischen Satzungsänderung zurück
- 66 Das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Franz Urbig, berichtet Ende Juli 1933 über die Entlassung der Vorstandsmitglieder Theodor Frank und Oscar Wassermann
- 67 Der Synagogengemeindeverband der Provinz Oberschlesien beklagt sich im Auswärtigen Amt am 4. August 1933 über die Benachteiligungen von Juden
- 68 Die Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände Deutschlands beschwert sich beim Reichsarbeitsminister am 11. August 1933 über Berufsbeschränkungen für Ärzte
- 69 Das preußische Justizministerium schlägt am 11. August 1933 die Strafverfolgung des Mordes an einem jüdischen Zahnarzt nieder
- 70 Das Reichsinnenministerium sendet dem Auswärtigen Amt und dem Preußischen Minister des Innern am 14. August 1933 eine erste Liste auszubürgernder Personen
- 71 Werbeanzeige von Mitte August 1933 für das Programm des neu gegründeten Kulturbunds Deutscher Juden
- 72 Johannes Schräpel informiert den Reichsinnenminister am 23. August 1933 über die Gleichschaltung des Verbands der Sittichliebhaber
- 73 Sondersitzung des Vorstandsdirektoriums der Jüdischen Gemeinde Berlin am 24. August 1933 zur Sicherung der rituellen Verpflegung trotz des Schächtverbots

- 74 Der Hamburger Bürgermeister Krogmann notiert am 25. August 1933 eine Bitte jüdischer Organisationen um Verhandlungen mit der NSDAP
- 75 Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union führt am 6. September 1933 den Arierparagrafen ein
- 76 Martin Bormann fordert von den Gauleitern am 12. September 1933 einen Stopp lokaler antijüdischer Maßnahmen
- 77 Juristische Wochenschrift: Artikel vom 16. September 1933 über rechtliche Möglichkeiten zur Annullierung von „Mischehen“
- 78 Aus der Debatte des Europäischen Nationalitätenkongresses am 18. September 1933 über die Judenverfolgung in Deutschland
- 79 Junge Kirche: Gutachten der Theologischen Fakultät der Universität Marburg vom 20. September 1933 gegen eine Beschränkung der Rechte nichtarischer Christen
- 80 Der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft antwortet Rupert Naumann am 23. September 1933 auf dessen Bedenken, alle Juden aus der Berliner Turnerschaft auszuschließen
- 81 Das Reichswirtschaftsministerium kritisiert am 25. September 1933 den Ausschluss jüdischer Händler von Messen und Märkten
- 82 Die Städte-Reklame GmbH ersucht den Treuhänder der Arbeit in Hessen am 5. Oktober 1933 um eine Stellungnahme zur Werbung für jüdische Firmen
- 83 Die entlassene Beamtin Johanna Rosenthal bittet die Oberpostdirektion Berlin am 9. Oktober 1933 um ein Gnadenruhegehalt
- 84 Kapellmeister Erich Erck beantragt beim Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus am 10. Oktober 1933 die Genehmigung eines Jüdischen Kulturbundes
- 85 Der Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung bietet der Regierung am 19. Oktober 1933 seine Unterstützung an
- 86 Der Reichsführer der Deutschen Ärzteschaft ermahnt die Kassenärztliche Vereinigung am 24. Oktober 1933, Listen von nichtarischen Ärzten diskret zu verwenden
- 87 Deutsches Philologen-Blatt: Artikel vom 1. November 1933 über die Einführung von Rassenkunde im Schulunterricht
- 88 Völkischer Beobachter: Artikel vom 15. November 1933 über die Forderung der Deutschen Christen, „Judenchristen“ aus der evangelischen Kirche auszuschließen
- 89 Der Händler Louis Skalawski beklagt sich beim Reichswirtschaftsminister am 15. November 1933 über seinen Ausschluss vom Berliner Wochenmarkt
- 90 Der Stadtschulrat von Berlin verbietet am 4. Dezember 1933 Lehrern die Heirat jüdischer Partner
- 91 The New York Times: Artikel vom 24. Dezember 1933 über die Arbeit des Hochkommissars des Völkerbundes und die Hilfe für jüdische Flüchtlinge
- 92 Fritz Wolfes bittet den Oberbürgermeister von Hannover am 29. Dezember 1933 um die Vermietung einer Sporthalle an den jüdischen Turnverein
- 93 Ernst Hofmann berichtet über Misshandlungen durch SS- und SA-Leute (1933)
- 94 Pariser Tageblatt: Kommentar vom 4. Januar 1934 zur Absage des Boxkampfes Schmeling gegen Levinsky
- 95 Der Unternehmer Julius Fromm protestiert am 4. Januar 1934 gegen die geplante Aberkennung seiner deutschen Staatsangehörigkeit
- 96 Der National-Sozialistische Erzieher: Artikel vom 13. Januar 1934 über die „Rassentrennung“
- 97 Juristische Wochenschrift: Artikel vom 13. Januar 1934 über zwei Urteile des Reichsarbeitsgerichts zur Kündigung jüdischer Angestellter
- 98 Brief einer Deutschen an das Außenpolitische Amt der NSDAP vom 26. Januar 1934 über ihre Reiseeindrücke in Polen

- 99 Memorandum der Reichsvertretung der deutschen Juden vom Januar 1934 an die Reichsregierung über die Situation der jüdischen Bevölkerung
- 100 Das Geheime Staatspolizeiamt informiert das preuß. Innenministerium über eine Versammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am 4. Februar 1934 in Deutsch-Krone
- 101 Rabbiner Wahrmann berichtet am 5. Februar 1934 über die wachsenden sozialen und seelsorgerischen Probleme in seinem schlesischen Gemeindebezirk
- 102 Die Industrie- und Handelskammer Dresden fordert vom sächsischen Wirtschaftsministerium am 7. Februar 1934 den Ausschluss jüdischer vereidigter Sachverständiger
- 103 Der Landesverband Mitteldeutschland des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens berichtet am 9. Februar 1934 über die Interessenvertretung jüdischer Angestellter
- 104 Der Hotelier Hanns Kilian beschwert sich bei der Gemeinde Garmisch am 13. Februar 1934 über die Denunziation einer österreichischen Künstlerin als Jüdin
- 105 Eine jüdische Schülerin und ihre Eltern schreiben am 18. Februar 1934 an eine nach Palästina ausgewanderte Lehrerin
- 106 Bericht über die Aufführung des Schülerpuppenspiels „Till Ulespiegel“ Ende Februar 1934 in Köln-Ehrenfeld
- 107 Staatssekretär Backe äußert gegenüber dem Geheimen Staatspolizeiamt am 27. Februar 1934 Bedenken wegen der Umschulung von Juden in der Landwirtschaft
- 108 Gertrud Baumgart schreibt an Paula Tobias am 4. März 1934 über die Frauenbewegung und die Judenfrage als Schicksalsfrage Europas
- 109 Deutsche Justiz: Artikel vom 23. März 1934 gegen ein Gerichtsurteil, das eine Anfechtung der Ehe wegen „Rassenverschiedenheit“ nicht zuließ
- 110 Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten protestiert bei Reichspräsident Hindenburg am 23. März 1934 gegen den Ausschluss jüdischer Soldaten aus der Wehrmacht
- 111 Frankfurter Zeitung: Artikel vom 28. März 1934 über die fortschreitende Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft
- 112 Vordruck der NSDAP-Kreisleitung Ansbach vom März 1934 für eine ehrenwörtliche Erklärung, jeden Kontakt zu Juden abzubrechen
- 113 Die Neue Welt: Meldungen vom 5. April 1934 über antijüdische Ausschreitungen in Gunzenhausen und die zunehmende NS-Propaganda gegen „Rassenschande“
- 114 Die Gendarmerie Groß-Karben berichtet am 10. April 1934 über die Demütigung einer Frau wegen „Rassenschande“
- 115 Zeitungsausschnitt aus dem Pariser Tageblatt mit einem Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Stellvertreter des Führers vom 25. April 1934 über den Ausschluss nichtarischer Unternehmer von der Feier des 1. Mai
- 116 Bericht des Geheimen Staatspolizeiamts Berlin vom April 1934 zur Überwachung der jüdischen Organisationen und ihrer Tätigkeit in Deutschland
- 117 Völkischer Beobachter: Auszug aus einer Rede von Goebbels am 11. Mai 1934 gegen Kritiker, die Juden, die Kirchen und die ausländische Presse
- 118 Der Regierungspräsident in Frankfurt (Oder) rechtfertigt gegenüber dem preußischen Finanzminister am 26. Mai 1934 die Einziehung des Gutes von Hugo Simon
- 119 Aus dem Sopade-Bericht vom Mai/Juni 1934 über die Reaktionen auf die Judenverfolgung in Deutschland
- 120 Legationsrat von Stutterheim berichtet am 2. Juni 1934 über ein Gespräch mit Leo Löwenstein, dem Vorsitzenden des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten
- 121 Bericht des Vizepräsidenten Fritz Grau in der Sitzung der Strafrechtskommission am 5. Juni 1934 über „Rassenschutz“ und gesellschaftliche Absonderung der Juden

- 122 Staatssekretär Pfundtner schlägt dem Reichslandwirtschaftsminister am 13. Juni 1934 vor, geschlossene Lager für die landwirtschaftliche Ausbildung von Juden einzurichten
- 123 Das Geheime Staatspolizeiamt ordnet am 14. Juni 1934 die Einziehung des Vermögens des Bundes der jüdischen Arbeitnehmer in Preußen an
- 124 Julius Plaut bittet den Hamburger Reichsstatthalter Karl Kaufmann am 14. Juni 1934 um die Rücknahme seiner Kündigung
- 125 Haynt: Artikel vom 15. Juni 1934 über die Bildung einer antijüdischen Internationale in Nürnberg
- 126 Kurt Rathenau unterrichtet seinen Bruder Fritz am 23. Juni 1934 über die katastrophale Lage seiner Firma Ernst Rosenberg & Co. GmbH Berlin
- 127 Eingabe an das Landesfinanzamt Schlesien vom 4. Juli 1934 zur Befreiung des an die Universität Istanbul berufenen Professors Erich Frank von der Reichsfluchtsteuer
- 128 Margot Littauer beschreibt ihren Schulalltag in Breslau Mitte 1934
- 129 Internationales Ärztliches Bulletin: Artikel vom Juli/August 1934 über den Mord an Erich Mühsam im Konzentrationslager Oranienburg
- 130 Die Geheime Staatspolizei verbietet am 2. August 1934 den Mitgliedern jüdischer Jugendverbände das Tragen von Uniformen und wehrsportliche Übungen
- 131 Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung: Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, verbietet am 16. August 1934 den NSDAP-Mitgliedern den Umgang mit Juden
- 132 Der Mieterschutzverein Frankfurt a. M. schlägt dem Oberbürgermeister am 29. August 1934 die Umbenennung von Straßen und Plätzen vor
- 133 Die Reichsstelle für das Auswanderungswesen informiert am 29. August 1934 über Stand und Probleme der jüdischen Emigration aus Deutschland im zweiten Quartal
- 134 Reichsstatthalter Fritz Sauckel drängt Hitler und Heß am 31. August 1934, die Waffenfabrik Simon-Werke in Suhl zu enteignen
- 135 Der Historiker Willy Cohn berichtet am 16. September 1934 über einen Besuch in einem zionistischen Hachschara-Lager
- 136 Der Staatskommissar für Berlin trifft am 21. September 1934 Vorkehrungen anlässlich des jüdischen Laubhüttenfestes
- 137 Der National-Sozialistische Erzieher vom 13. Oktober 1934: Lehrplanentwurf zur Behandlung der Judenfrage an den sog. Staatsjugendtagen
- 138 Der Landesbauernführer Sachsen-Anhalt rechtfertigt vor dem Reichsbauernführer am 13. Oktober 1934 die Verdrängung der Juden aus der lokalen Wirtschaft
- 139 Der Regierungspräsident in Liegnitz berichtet dem preußischen Innenminister am 16. Oktober 1934 über einen Vorfall in Görlitz wegen des Hissens einer Hakenkreuzfahne auf einem „jüdischen Kaufhaus“
- 140 Der SA-Mann Werner Siemroth denunziert seinen Hamburger Arbeitgeber am 29. Oktober 1934 wegen der Beschäftigung von Juden
- 141 Der Centralverein informiert das Reichswirtschaftsministerium am 12. November 1934 über die Behinderung jüdischer Händler auf städtischen Märkten
- 142 Heinrich Himmler bittet Hitler am 22. November 1934, den Verband der Bayerischen Offiziers-Regiments-Vereine zum Ausschluss seiner jüdischen Mitglieder zu verpflichten
- 143 Ein NSDAP-Mitglied protestiert am 26. November 1934 anonym bei den Ministerien in Berlin gegen den fortwährenden Boykott jüdischer Geschäfte in Braunschweig
- 144 The New York Times: Meldung vom 4. Dezember 1934 über die Zusage Deutschlands, im Fall der Rückgliederung des Saargebiets ein Jahr lang die Rechte der Juden zu achten
- 145 Juristische Wochenschrift: Ein Urteil des Arbeitsgerichts Hanau hebt am 7. Dezember 1934 die Kündigung eines jüdischen Angestellten auf

- 146 Besprechung beim Stab des Stellvertreters des Führers in München am 20. Dezember 1934 über eine „besondere Judengesetzgebung“
- 147 Die Direktion des Kaufhauses Hermann Tietz informiert das Reichswirtschaftsministerium am 22. Dezember 1934 über ein antisemitisches Flugblatt
- 148 Das Geheime Staatspolizeiamt löst am 27. Dezember 1934 die Arbeitsgemeinschaft der Automobilbesitzer Deutschlands wegen ihrer jüdischen Mitglieder auf
- 149 Pariser Tageblatt: Artikel vom 30. Dezember 1934 über eine Tagung ostpreußischer Gemeinden zum Rückgang und zur Verarmung der jüdischen Bevölkerung
- 150 Der Hilfsausschuß der Vereinigten Jüdischen Organisationen Hamburgs berichtet über Wirtschaftshilfe, Emigrationsförderung und Berufsausbildung in den Jahren 1933 und 1934
- 151 Martin Andermann beschreibt die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Königsberg i. Pr. im Jahr 1934
- 152 Die Gesundheits- und Fürsorgebehörde Hamburg beharrt gegenüber dem SA-Oberführer Heusser am 4. Januar 1935 auf der Notwendigkeit, bei jüdischen Händlern einzukaufen
- 153 Der SS-Standortführer Berlin verbietet am 19. Januar 1935 den SS-Männern und ihren Familien den privaten Kontakt zu Juden
- 154 Bericht des Geheimen Staatspolizeiamts Berlin zur Situation der Juden in Deutschland im Dezember 1934 und Januar 1935
- 155 Das NSDAP-Mitglied Walter Tanke denunziert bei der Gestapo Stettin am 17. März 1935 Teilnehmer einer „judenfreundlichen“ Kirchenversammlung
- 156 Die katholische Kirche gründet am 22. März 1935 den Hilfsausschuß für katholische Nichtarier
- 157 Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens berichtet am 22. März 1935 über antijüdische Vorfälle in mecklenburgischen Gemeinden
- 158 Die Gendarmerie unterrichtet am 23. März 1935 den Landrat in Hünfeld über einen Überfall auf die Besucher der Synagoge in Rhina
- 159 Das Reichsministerium des Innern informiert die Adjutantur der Wehrmacht beim Führer und Reichskanzler am 3. April 1935 über die geschätzte Zahl der Juden im Deutschen Reich
- 160 Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens protestiert bei Oberbürgermeister Goerdeler am 8. April 1935 gegen den Boykott jüdischer Ärzte in Leipzig
- 161 Jüdische Rundschau: Rede von Rabbiner Joachim Prinz im April 1935 über die soziale und kulturelle Isolation der jüdischen Bevölkerung
- 162 Berliner Tageblatt: Artikel vom 20. April 1935 über die Forderung des Deutschen Gemeindetags, städtische Finanzbeihilfen für jüdische Schulen abzuschaffen
- 163 Der Romanist Victor Klemperer beschreibt am 2. Mai 1935 seine Entlassung als Professor an der Technischen Hochschule Dresden
- 164 Naftali Unger unterrichtet am 8. Mai 1935 die Palestine Shipping Company über die Schwierigkeiten, Ausbildungsplätze für jüdische Jugendliche auf Schiffen zu erhalten
- 165 Besprechung des Heereswaffenamts mit dem Flick-Konzern am 22. Mai 1935 über eine „Arisierung“ der Waffenfabrik Simson in Suhl
- 166 Werdauer Zeitung: Bericht vom 23. Mai 1935 über einen antisemitischen Vortrag in einer Versammlung des Frauenamts der Deutschen Arbeitsfront
- 167 Paula Tobias protestiert beim Reichswehrministerium am 24. Mai 1935 gegen die Benachteiligung ihrer Söhne durch das neue Wehrgesetz
- 168 Rechtsanwalt Leopold Weinmann fordert vom Reichsinnenministerium am 26. Mai 1935, gegen die Urheber antijüdischer Gewalttaten in München vorzugehen
- 169 Beschwerde einer Mutter über die Beteiligung ihres fünfzehnjährigen Sohns an den nächtlichen HJ-Aktionen gegen Münchener Juden (ca. 26. Mai 1935)

- 170 Das Geheime Staatspolizeiamt Berlin fordert vom Reichsjustizminister am 28. Mai 1935, Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden zu verhindern
- 171 Professor Johann Plesch antwortet der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft am 29. Mai 1935 auf deren Nachzahlungsforderungen
- 172 Der Stürmer: In einem vorgeblichen Leserbrief wird im Mai 1935 der Oberbürgermeister von Meißen als „Judenknecht“ beschimpft
- 173 Antisemitische Glosse Adolf Steins vom 4. Juli 1935 über Juden in Berlin
- 174 Meeraner Zeitung: Artikel vom 12. Juli 1935 über sogenannte Rassenschandefälle
- 175 Der Regierungspräsident in Düsseldorf bittet den Reichsinnenminister am 13. Juli 1935 um Anweisungen für die fremdenpolizeiliche Behandlung polnischer Juden
- 176 Neue Zürcher Zeitung: Artikel vom 16. Juli 1935 über antijüdische Gewalttaten auf dem Kurfürstendamm anlässlich eines antisemitischen Films aus Schweden
- 177 Der Leiter des Landeswohlfahrtsamts Berlin beschränkt am 17. Juli 1935 die Wohlfahrtsunterstützung für zuziehende jüdische Hilfsbedürftige
- 178 Reichsinnenminister Frick berichtet Hitler am 19. Juli 1935 über die Praxis bei der Änderung jüdischer Namen
- 179 Das Ehepaar Lau beschwert sich bei der Zeitung Das Schwarze Korps am 20. Juli 1935 über Juden in einer Berliner Kleingartenanlage
- 180 Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens berichtet dem Reichsinnenminister am 24. Juli 1935 über Gewalttaten in Ostpreußen, Mecklenburg, Hessen, Westfalen und Berlin
- 181 Reichsinnenminister Frick untersagt am 27. Juli 1935 im Vorgriff auf ein künftiges Gesetz Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden
- 182 Antijüdische Vorurteile innerhalb der Bekennenden Kirche: Ein Brief der Studienrätin Elisabeth Schmitz an Walter Künneth vom 28. Juli 1935
- 183 Das Geheime Staatspolizeiamt berichtet Reinhard Heydrich am 31. Juli 1935 über neue Pläne zur Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung in Berlin
- 184 Die Deutsche Arbeitsfront schlägt dem SD-Hauptamt am 31. Juli 1935 Namensänderungen für Juden vor
- 185 Das Schwarze Korps: Artikel vom 7. August 1935 mit der Aufforderung an die Bevölkerung, Juden festzunehmen
- 186 Die Geheime Staatspolizei informiert das Auswärtige Amt am 8. August 1935 über die öffentliche Demütigung einer Frau in Beuthen
- 187 Der NSDAP-Gauorganisationsleiter in Ostpreußen fordert am 15. August 1935 den Parteiausschluss des Landrats in Marienwerder
- 188 Das Geheime Staatspolizeiamt fordert am 17. August 1935 von den Staatspolizeistellen Material für eine zentrale „Judenkartei“ an
- 189 Ministerbesprechung am 20. August 1935 über die nächsten Schritte in der antijüdischen Politik
- 190 Das Referat Kühne im Reichsfinanzministerium erörtert am 22. August 1935 Vorschläge zur steuerlichen Diskriminierung der Juden
- 191 Der Historiker Willy Cohn berichtet am 25. August 1935 über die Situation eines in einer „Mischehe“ lebenden Bekannten
- 192 Ein Leipziger Bürger macht dem Bürgermeister Haake Ende August/Anfang September 1935 Vorschläge zur weiteren Ausgrenzung der Leipziger Juden
- 193 Die Deutsche Reichsbahn fordert ihre Dienststellen am 7. September 1935 auf, gegen das Anbringen antijüdischer Schilder auf Reichsbahngelände vorzugehen
- 194 Ein Mitarbeiter stellt am 7. September 1935 für Reichsbankpräsident Schacht Material über künftige Belastungen der Wirtschaft infolge der jüdischen Emigration zusammen

- 195 Das Geheime Staatspolizeiamt erläutert Reichsminister Darré am 9. September 1935 eigene Vorschläge zur „Lösung der Judenfrage“
- 196 Das Deutsche Nachrichtenbüro kommentiert am 10. September 1935 den Erlass von Reichsminister Rust zur Errichtung separater Schulen für jüdische Kinder
- 197 Die Politischen Polizeien der Länder werden am 11. September 1935 aufgefordert, Juden rechtzeitig vor deren Emigration für eine Kontrolle beim Landesfinanzamt zu melden
- 198 Das in Nürnberg verkündete Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 bestimmt, dass deutsche Juden Staatsangehörige zweiter Klasse werden
- 199 Das in Nürnberg verkündete „Blutschutzgesetz“ vom 15. September 1935 verbietet Ehen und außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden
- 200 Staatssekretär Stuckart erläutert Reichsärztführer Wagner am 22. September 1935 Entwürfe der Ersten und Zweiten Verordnung zum Reichsbürgergesetz
- 201 Jüdische Rundschau: Stellungnahme der Reichsvertretung der Juden in Deutschland vom 24. September 1935 zu den Nürnberger Gesetzen
- 202 Kommentar zu einem Vortrag des Leiters des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Walter Groß, vom 25. September 1935 über Hitlers neuen Kurs in der Judenfrage
- 203 Der Leiter der Abteilung für Volksgesundheit im Reichsinnenministerium begründet am 25. September 1935 Heiratsverbote zwischen Juden und Nichtjuden mit der Mendel'schen Vererbungslehre
- 204 Der Schweizer Botschafter in Berlin berichtet am 27. September 1935 über die Häufung von Einwanderungsgesuchen deutscher Juden
- 205 Staatssekretär Stuckart unterrichtet Reichsinnenminister Frick am 9. Oktober 1935 über das geplante Gesetz zur Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Juden
- 206 Frankfurter Zeitung: Bericht vom 11. Oktober 1935 über eine Erklärung aus dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP zu mystischen Tendenzen in der „Rassenlehre“
- 207 Reichsinnenminister Frick protestiert bei Robert Ley am 16. Oktober 1935 gegen die Kennzeichnung nichtjüdischer Geschäfte durch die Deutsche Arbeitsfront in Sachsen
- 208 NSDAP-Mitglied Peters fordert von Oberbürgermeister Krogmann am 27. Oktober 1935 die Entlassung jüdischer Kollekteure aus der Hamburger Staatslotterie
- 209 Die Fachgruppe Private Krankenversicherung bittet die zuständige Wirtschaftsgruppe am 1. November 1935, ihr den Ausschluss der jüdischen Versicherten zu genehmigen
- 210 Die Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 definiert den Begriff „Jude“
- 211 Albert Herzfeld berichtet am 16. November 1935 über die erzwungene Entlassung seiner nichtjüdischen Hausangestellten
- 212 Pariser Tageblatt: Leitartikel vom 25. November 1935 über die Absurdität der Rassedefinition nach den Nürnberger Gesetzen
- 213 Reisebericht vom 29. November 1935 über die dramatische Lage der jüdischen Bevölkerung nach dem Erlass der Nürnberger Gesetze
- 214 Reichsjustizminister Gürtner diskutiert mit Hitler am 12. Dezember 1935 über die Entfernung der Juden aus den freien Berufen
- 215 Ein leitender Beamter des Reichserziehungsministeriums berichtet über die Chefbesprechung am 12. Dezember 1935 zur Fortführung der antijüdischen Politik
- 216 Die Stadt Radeberg berichtet dem Sächsischen Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit am 14. Dezember 1935 über den Boykott jüdischer Geschäfte
- 217 Ministerialvertreter diskutieren am 17. Dezember 1935 wirtschaftliche und finanzielle Vor- und Nachteile der jüdischen Emigration

- 218 Das Geheime Staatspolizeiamt Berlin teilt am 19. Dezember 1935 mit, wie der Begriff der „verbotenen Einzelaktionen“ gegen Juden zu verstehen sei
- 219 Die neue Weltbühne: Heinrich Mann protestiert im Dezember 1935 gegen die Judenverfolgung in Deutschland
- 220 Die Jewish Telegraphic Agency informiert Anfang Januar 1936 über Pläne zur Finanzierung einer Massenemigration von Juden aus Deutschland
- 221 Danziger Echo: Artikel vom 7. Januar 1936 über den Rücktritt des Völkerbundkommissars wegen der Judenverfolgung in Deutschland
- 222 Der Stürmer: Ein nationalsozialistischer Christ warnt im Januar 1936 die Kirchen vor der massenhaften Taufe von Juden
- 223 Aus den Sopade-Berichten vom Januar 1936 über die Reaktionen in Deutschland auf die Nürnberger Gesetze
- 224 Der Regierungspräsident in Potsdam berichtet dem Oberpräsidenten und Gauleiter Kube am 4. Februar 1936 über seine geplante Rundverfügung zur Judenfrage
- 225 Der Reichsinnenminister ordnet am 5. Februar 1936 an, antijüdische Ausschreitungen wegen der Ermordung Gustloffs in Davos zu verhindern
- 226 Der Vertreter Eidmann beschwert sich bei Kaufmann Bertram am 13. Februar 1936 über den Verkauf von Waren jüdischer Firmen in arischen Geschäften
- 227 Das Landesfinanzamt Karlsruhe berichtet dem Reichsfinanzminister am 3. März 1936 über die Zusammenarbeit mit der Gestapo bei der Überwachung von Juden
- 228 Der Deutsche Gemeindegtag stellt dem Oberbürgermeister von Stuttgart am 3. März 1936 frei, Beschränkungen für Juden in städtischen Bädern einzuführen
- 229 Der Beck-Verlag preist dem Nationalsozialistischen Lehrerbund am 5. März 1936 seine kommentierte Ausgabe der Nürnberger Gesetze an
- 230 Der Auswandererberater bei der Jüdischen Gemeinde Leipzig berichtet am 12. März 1936 über die Ratsuchenden und deren wirtschaftliche Lage
- 231 Die Regierung Potsdam umgeht einen Erlass des Reichsjustizministers Gürtner zum Grundstückserwerb durch Juden (ca. 26. April 1936)
- 232 Schlachthofdirektor Karl Boerner kündigt Gustav Schroeder in Waren (Müritz) am 30. Mai 1936 die geschäftlichen Beziehungen auf
- 233 Der Regierungspräsident in Königsberg erläutert dem Reichsinnenminister am 17. Juni 1936 eine die Juden diskriminierende Satzungsänderung der Driesen-Stiftung
- 234 Historische Zeitschrift: Einrichtung der Rubrik „Geschichte der Judenfrage“ (Frühjahr 1936)
- 235 Pariser Tageszeitung: Artikel vom 23. Juni 1936 über die Lage der deutschen Juden kurz vor den Olympischen Spielen in Berlin
- 236 Albert Herzfeld berichtet am 1. Juli 1936 über seinen Ausschluss aus dem Reichsverband deutscher Künstler und über das Berufsverbot als Maler
- 237 Die schlesische Regierung plant am 9. Juli 1936, Landräte und Bürgermeister zur Erfassung der Personenstandsregister der Juden zu verpflichten
- 238 Der Reichsring für Propaganda und Volksaufklärung gibt am 16. Juli 1936 Empfehlungen für das Verhalten der SA gegenüber Ausländern und Juden während der Olympischen Spiele
- 239 Der Historiker Willy Cohn kritisiert während eines Kuraufenthalts am 21. Juli 1936 das Benehmen von osteuropäischen Juden
- 240 Jüdische Rundschau: Artikel vom 24. Juli 1936 über die Zahlen und die Zielländer jüdischer Emigranten
- 241 Amtsarzt Wilhelm Dopheide aus Hagenow rechtfertigt vor dem Mecklenburgischen Staatsministerium am 30. Juli 1936 seinen Boykott des Dr. Hans Sommerfeld

- 242 Martin Gumpert beschreibt seiner Schwester in Palästina am 31. Juli 1936 die Probleme des Geld- und Besitztransfers bei der Emigration in die USA
- 243 Das Jüdische Wohlfahrts- und Jugendamt Berlin bittet die Devisenstelle des Landesfinanzamts am 14. August 1936, die Unterstützung einer jüdischen Flüchtlingsfamilie zu genehmigen
- 244 Staatssekretär Pfundtner beschwert sich beim bayerischen Ministerpräsidenten am 30. August 1936 über jüdische Kurgäste in Bad Kissingen
- 245 Mally Dienemann berichtet am 2. September 1936 über Antisemitismus in Offenbach am Main
- 246 Das Reichswirtschaftsministerium informiert den Reichsernährungsminister am 16. September 1936 über Beschwerden jüdischer Getreidehandelsfirmen
- 247 Alex Löwenstein schildert Rosalie Gehrike in Berlin am 28. September 1936 sein neues Leben in Argentinien
- 248 Staatssekretärsbesprechung im Reichsinnenministerium am 29. September 1936 über die weitere Gestaltung der antijüdischen Politik
- 249 Die Deutsche Botschaft Warschau berichtet dem Auswärtigen Amt am 6. Oktober 1936 über polnische Initiativen zur Auswanderung der Juden
- 250 Amtsblatt der Regierung zu Königsberg: Verordnung des Oberpräsidenten vom 7. Oktober 1936 zur Änderung von Ortsnamen
- 251 Pariser Tageszeitung: Artikel vom 11. Oktober 1936 über die Verdrängung deutscher Juden aus dem Wirtschaftsleben
- 252 Der Chef der Sicherheitspolizei ersucht den Chef der Ordnungspolizei in Berlin am 12. Oktober 1936, zur besseren Erfassung getaufter Juden das Meldewesen zu ändern
- 253 Einladung des Volksbunds für deutsche Reichskirche zu einem Reformationsgottesdienst in Grabow am 2. November 1936
- 254 Das Geheime Staatspolizeiamt informiert die Gestapostellen am 14. November 1936 über die Vorschriften für die Jüdische Winterhilfe 1936/37
- 255 Der Kaufmann Julius Block bittet am 19. November 1936 die Berliner Polizei, ihm ausnahmsweise einen für fünf Jahre gültigen Reisepass auszustellen
- 256 Deutsches Recht: Artikel vom 15. Dezember 1936 über ein Urteil gegen die Einsetzung von Juden anstelle der gesetzlichen Erben
- 257 Staatssekretär Stuckart übermittelt dem Reichsfinanzministerium am 18. Dezember 1936 den Entwurf eines antijüdischen Sondersteuergesetzes
- 258 Das Geheime Staatspolizeiamt erlässt am 21. Dezember 1936 ein Versammlungsverbot für Juden
- 259 Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens: Rezension des antisemitischen Buchs „Die Juden in Deutschland“ von 1936
- 260 Berichte über antijüdische Maßnahmen und Vorfälle in Deutschland (1936)
- 261 Walter Gottheil erzählt von seinem Leben in einer deutschen Kleinstadt im Jahr 1936
- 262 Ernst Marcus berichtet über die Ängste des jüdischen Bürgertums im Breslau der Jahre 1936/37
- 263 Pariser Tageszeitung: Artikel vom 28. Januar 1937 über die Praxis der Verfolgung und Bestrafung von „Rassenschande“-Fällen in Deutschland
- 264 Reinhard Heydrich informiert den Stellvertreter des Führers am 1. Februar 1937 über die Erteilung von Gaststättenkonzessionen an Juden
- 265 Der Israelitische Verein für Altersversorgung und Krankenpflege beantragt beim Regierungspräsidenten in Hannover am 8. Februar 1937 die Genehmigung, Spenden einzuwerben
- 266 Der sechzehnjährige Werner Angress beschreibt am 18. Februar 1937 seine Reaktion auf den Selbstmord seines Gruppenleiters im Umschulungslager Groß-Breesen
- 267 Werbung für das antisemitische Bühnenstück „Der tanzende Jude“ im Anhang eines Briefs des Franz Wulf Verlags vom 20. Februar 1937

- 268 Der Leiter des Personalreferats der Stadt München kritisiert am 2. März 1937 einen Sachbearbeiter des Fürsorgereferats wegen zu weit gehender Fürsorge für einen Juden
- 269 Die Kameradschaft: Vorschlag eines antisemitischen Heimabendthemas für die Hitler-Jugend vom 10. März 1937
- 270 Jüdische Rundschau: Artikel vom 16. März 1937 über zwei Gerichtsurteile zum Einkauf in jüdischen Geschäften
- 271 Karl Scherk lädt am 9. April 1937 die jüdischen Grund- und Hauseigentümer in Stettin zur Gründung einer Interessenvereinigung ein
- 272 Rabbiner Wahrmann berichtet am 16. April 1937 über die gravierenden Probleme der jüdischen Gemeinden in Schlesien
- 273 Der Düsseldorfer Lederwarenvertreter Paul Malsch berichtet seinem Sohn am 17. April 1937 aus den Niederlanden über die politische Situation in Deutschland
- 274 Joseph B. Levy beschreibt die B'nai Brith Loge in Frankfurt a. M. und deren Auflösung durch die Gestapo am 19. April 1937
- 275 Hermann Lesser schlägt dem Reichsverband Deutscher Kleintierzüchter am 27. April 1937 die Gründung einer jüdischen Hundezüchter-Organisation vor
- 276 Adolf Hitler erläutert NSDAP-Kreisleitern in der Eliteschule NS-Ordensburg Vogelsang am 29. April 1937 sein taktisches Vorgehen gegenüber den Juden
- 277 Die Behörde des Beauftragten für den Vierjahresplan bilanziert am 3. Mai 1937 die Auswirkungen der „Arisierung“ des jüdischen Kunsthandels
- 278 Die Behörde des Beauftragten für den Vierjahresplan diskutiert am 7. Mai 1937 die Klassifizierung der Wertheim AG als „arisches“ Unternehmen
- 279 Die nach Prag emigrierte Bertha Meyer bittet die Devisenstelle beim Finanzamt Groß-Berlin am 14. Mai 1937 darum, ihr die Gebühren für die Lagerung ihres Hausrats zu erlassen
- 280 Frankfurter Zeitung: Artikel vom 16. Mai 1937 über die infolge der jüdischen Massenemigration gestiegenen Einnahmen aus der Reichsfluchtsteuer
- 281 Der Amtsleiter der Standesämter in Frankfurt a.M. berichtet dem Oberbürgermeister am 19. Mai 1937 über seinen Plan, jüdische Paare an besonderen Tagen zu trauen
- 282 Der Deutsche Gemeindetag fasst am 21. Mai 1937 die Ergebnisse einer Umfrage zur Behandlung jüdischer Patienten in städtischen Krankenhäusern zusammen
- 283 Der Sicherheitsdienst der SS erörtert am 28. Mai 1937 vorbereitende Maßnahmen gegen die Juden für den Fall eines Krieges
- 284 Vortrag von Theodor Oberländer über die Stärkung des deutschen Einflusses im östlichen Europa, Frühjahr 1937
- 285 Das Reichsfinanzministerium bittet den Stellvertreter des Führers am 16. Juni 1937 um Stellungnahme zur geplanten Einführung von Sondersteuern für Juden
- 286 Das Auswärtige Amt informiert die Botschaften am 22. Juni 1937 über die deutsche Haltung zur Gründung eines jüdischen Staats in Palästina
- 287 Zwischen Weichsel und Nogat: Artikel vom Juni 1937 mit der Aufforderung an einen jüdischen Landwirt, das Dorf Gnojau zu verlassen
- 288 Der Sicherheitsdienst der SS bespricht mit der Gestapo am 12. Juli 1937 die nächste Volkszählung und die rassische Erfassung der Juden
- 289 Der Fremdenverkehr: Abdruck des Erlasses von Staatssekretär Pfundtner vom 24. Juli 1937 zur Trennung der jüdischen von nichtjüdischen Gästen in Bädern und Kurorten
- 290 Pariser Tageszeitung: Artikel vom 24. Juli 1937 über die Einführung einer gegen Juden gerichteten Wehrsteuer im NS-Staat
- 291 Max Warburg unterbreitet Staatssekretär Stuckart im Sommer 1937 Vorschläge zur Förderung der jüdischen Auswanderung

- 
- 292 Bericht des Jewish Central Information Office vom 11. August 1937 über die antijüdischen Ausschreitungen in Oberschlesien nach dem Ablauf des Minderheitenabkommens
- 293 Der Emigrant Günter Bodlaender in Prag fordert eine Hilfsorganisation am 11. August 1937 auf, seine Emigration auf die Philippinen zu unterstützen
- 294 Der Historiker Willy Cohn kommentiert am 13. September 1937 das Scheitern seiner Bemühungen, nach Palästina auszuwandern
- 295 Völkischer Beobachter: Adolf Hitlers Abschlussrede vom 13. September 1937 auf dem neunten NSDAP-Parteitag in Nürnberg über Judentum und Bolschewismus
- 296 Der Oberstaatsanwalt in Frankfurt a.M. bittet den Reichsjustizminister am 15. September 1937 eine Strafverfolgung wegen Beleidigung des SS-Organs Das Schwarze Korps zu genehmigen
- 297 Eine Berliner NSDAP-Ortsgruppe fordert am 30. September 1937 die Kündigung jüdischer Mieter der städtischen Wohnungsbaugesellschaften
- 298 Gary Samuelis beschreibt Kurt Polley in Berlin am 3. Oktober 1937 seine Anfangsschwierigkeiten in den USA
- 299 Denkschrift vom 16. Oktober 1937 über die Errichtung der größten europäischen Bibliothek zur Judenfrage in München
- 300 Haynt: Artikel vom 17. Oktober 1937 über die Lage in Deutschland und den Widerstand der Juden in Polen
- 301 Besprechung im Reichsinnenministerium am 18. Oktober 1937 über die jüdische Massenauswanderung
- 302 Julius Salinger berichtet Kaspar Arendt in Berlin am 18. Oktober 1937 über die Immigrationsbedingungen in Südafrika
- 303 Der Kriminalpolizist Ernst Patzer bittet Hitler am 18. Oktober 1937 um eine neue Stellung, da er wegen seiner „Mischehe“ entlassen worden ist
- 304 Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung informiert am 26. Oktober 1937 über Änderungen in der Finanzierung der jüdischen Massenemigration
- 305 Jüdisches Gemeindeblatt für Rheinland und Westfalen: Artikel vom 29. Oktober 1937 über die Situation der Juden in den Gemeinden Köln und Breslau
- 306 Der Stadtpräsident von Berlin begründet dem Reichserziehungsminister am 9. November 1937 seine Entscheidung, die Schülerzahl einer jüdischen Privatschule zu begrenzen
- 307 Der Düsseldorfer Paul Malsch schreibt über die Eröffnung der Propagandaausstellung „Der ewige Jude“ (ca. 10. November 1937)
- 308 Der Hilfsverein der Juden in Deutschland berichtet am 12. November 1937 über Verlauf und Organisation der Emigration
- 309 Die Ärztin Hertha Nathorff beklagt am 18. November 1937 die Überwachung ihres Vortrags beim Jüdischen Frauenbund durch die Gestapo
- 310 Der siebzehnjährige Werner Angress schildert am 20. November 1937 seine Flucht aus Deutschland
- 311 Das Auswärtige Amt drängt beim Chef der Reichskanzlei am 23. November 1937 auf die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte
- 312 Goebbels propagiert am 26. November 1937 den Ausschluss der Juden aus dem deutschen Kulturleben
- 313 Die Jüdische Gemeinde Merzig schreibt dem Reichskommissar für das Saarland am 29. November 1937 wegen der Reparatur der beschädigten Synagoge
- 314 Die Deutsche Arbeitsfront plant am 7. Dezember 1937, den gesetzlichen Ausschluss der Juden als Betriebsführer durchzusetzen
- 315 Als kommissarischer Reichswirtschaftsminister beschränkt Göring am 15. Dezember 1937 die Devisen- und Rohstoffzuteilungen für jüdische Unternehmen

- 316 Staatssekretär Pfundtner übersendet dem Chef der Reichskanzlei am 18. Dezember 1937 den Entwurf einer gegen jüdische Ärzte gerichteten Verordnung
- 317 Der Sicherheitsdienst der SS fordert am 28. Dezember 1937 von den SD-Oberabschnitten Auskunft über die Praxis bei der Erteilung von Wandergewerbescheinen an Juden
- 318 Im Reichsmedizinalkalender von 1937 werden jüdische Ärzte mit einem Doppelpunkt markiert
- 319 Der Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde berichtet über Berufsausbildung und Umschulungsmaßnahmen im Jahr 1937
- 320 Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland berichtet über den Ausbau und die Probleme der jüdischen Wohlfahrtspflege im Jahr 1937

## DOK. 1

**Jüdische Rundschau: Leitartikel vom 31. Januar 1933 zur Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler<sup>1</sup>***Regierung Hitler*

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und die Bildung einer Regierung, in welcher die Nationalsozialisten die wichtigsten Machtpositionen inne haben, beendet einen Zustand der Unklarheit und sich immer erneuernden Verwirrungen, der die letzte Epoche innerer deutscher Geschichte charakterisiert. Wir stehen als Juden vor der Tatsache, daß eine uns feindliche Macht die Regierungsgewalt in Deutschland übernommen hat. Wer ein Gefühl für Realität hatte und sich nicht durch die Beschwichtigungen der liberalen Presse, die immer wieder einen Zerfall der nationalsozialistischen Bewegung zu sehen glaubte, beirren ließ, konnte sich freilich keiner Täuschung darüber hingeben, daß in den großen nationalsozialistischen Wahlerfolgen zutage getretene politische Umgruppierung und geistige Umstellung des deutschen Volkes früher oder später auch in der Zusammensetzung der Regierung ihr Widerspiel finden müsse.

Der Nationalsozialismus ist eine *judenfeindliche Bewegung*, er ist programmatisch in einem Maße antisemitisch, wie es noch keine Partei war, er verdankt der skrupellosen Judenhetze einen großen Teil seiner agitatorischen Erfolge. Dies konnte uns aber niemals verhindern, die Tatsache anzuerkennen, daß der Nationalsozialismus eine entscheidende Kraft im deutschen Volke geworden ist, die geringzuschätzen irrig wäre. Darum haben wir uns auch, als Hitler am 13. August und am 25. November vom Reichspräsidenten<sup>2</sup> abgewiesen wurde, keineswegs so erleichtert und befriedigt gezeigt, wie ein Teil der Jüdischen Rundschau, der Gesamtzusammenhänge nicht sehen will und an den politischen Einzelercheinungen des Tages haftet. Hitler fand Gegner und Widerstände, aber wenn ihm im letzten halben Jahr der Weg zur Macht versperrt war, so gewiß nicht wegen seines antisemitischen Programms. Eher kann man sagen, daß unter dem Drucke der Hitlerpartei auch ohne Machtergreifung Hitlers die Ausschaltung der Juden bereits betrieben wurde.<sup>3</sup> Die „Jüdische Rundschau“ hat anlässlich der ersten Abweisung Hitlers auf die augenfällige Parallele mit dem Schöpfer der christlich-sozialen Partei in Wien, Dr. *Lueger*,<sup>4</sup> hingewiesen. Lueger, der zu seiner Zeit für die ganze Welt ebenso die Symbolgestalt des Antisemitismus war wie Hitler heute, wurde nach seiner Wahl zum Wiener Bürgermeister zweimal von Kaiser Franz Josef abgewiesen. Das dritte Mal mußte er bestätigt werden und errang

1 Jüdische Rundschau, Nr. 9 vom 31. 1. 1933, S. 1. Die JR ging 1902 als Organ der Zionistischen Vereinigung für Deutschland aus dem 1895 gegründeten Berliner Vereinsboten (von 1901 an Israelitische Rundschau) hervor. Als eine der größten jüdischen Wochenzeitungen im deutschsprachigen Raum propagierte sie die Ziele der zionistischen Bewegung. 1933 erschien sie, hrsg. von Heinrich Loewe, zweimal wöchentlich in Berlin. 1934 hatte sie eine Auflage von 37 000 Exemplaren. Nach dem Novemberpogrom 1938 in Deutschland verboten, wurde sie von März 1939 bis 1940 als Jüdische Welt-rundschau in Jerusalem herausgegeben.

2 Reichspräsident war 1925–1934 Paul von Hindenburg (1847–1934).

3 So wurde z. B. Leo Kestenberg 1932 als Musikreferent vom preuß. Kultusministerium durch die Reichsregierung entlassen; zur Biographie siehe Dok. 5 vom 5./6. 3. 1933, Anm. 2.

4 Dr. Karl Lueger (1844–1910), Jurist; 1874–1896 Rechtsanwalt in Wien; 1891 Gründer der antisemitisch ausgerichteten Christlich-Sozialen Partei; 1897–1910 Bürgermeister von Wien.

so einen Triumph über den alten Kaiser. Unsere Vermutung, daß Hitler denselben Weg gehen wird, hat sich bestätigt. Noch vor 24 Stunden war man über die Lösung der Regierungskrise durchaus im Unklaren. Noch schien zwischen den einzelnen Gruppen der Rechten, die sich vor kurzem erbittert untereinander bekämpft haben, keine Einigung möglich. Auch die Rolle der einzelnen Persönlichkeiten in diesem Endspiel ist schwer zu durchschauen, aber es ist nicht unsere Sache, sie zu beurteilen. Die rechtsstehende „D.A.Z.“<sup>5</sup> stellte in ihrer Sonntagsausgabe fest, daß Hindenburg sich bisher stets entschieden geweigert hat, Hitler als Führer eines Präsidial-Kabinetts zu akzeptieren, und da Hitlers Chancen auf eine parlamentarische Mehrheit gering sind, stellte die „D.A.Z.“ die Frage: „Hofft der Reichspräsident, daß die Hitler-Bewegung nachgeben wird oder hat er sich entschlossen, selbst nachzugeben?“ Die Zeitung will damit wohl sagen, daß beide Möglichkeiten ausscheiden.<sup>6</sup>

Während diese Zeilen in Druck gehen, sind die Grundlagen, auf denen das neue Kabinett gebildet wurde, noch nicht bekannt. Unklar ist vor allem, ob das Zentrum eine parlamentarische Lebensform des Kabinetts ermöglicht. Die Regierung scheint auf die Unterstützung von Gruppen angewiesen zu sein, die durch ihre Grundsätze und durch das Gebot politischer Klugheit gebunden sind, über die Wahrung der verfassungsmäßigen Grundrechte der Staatsbürger zu wachen. Den Reichspräsidenten, der Hitler ernannt hat, bindet sein Verfassungseid, seine moralische Autorität und seine internationale Reputation. Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der deutschen Juden ist aber *in der Reichsverfassung verankert*. Wir können nur wiederholen, was wir am 12. August<sup>7</sup> an dieser Stelle schrieben: „Wird Hitler Reichskanzler, dann darf doch nicht das Programm der nationalsozialistischen Partei mit seinen bekannten antijüdischen Satzungen das Programm des Deutschen Reiches werden. Als Parteiführer konnte Hitler sich auf die von ihm fanatisierten Massen stützen, als Reichskanzler muß er wissen, daß Deutschland aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt ist, die Anspruch auf Respektierung ihrer Eigenart haben.“ Die deutschen Juden, von der Partei des Reichskanzlers dauernd bedroht und beleidigt, herabgewürdigt und verleumdet, fordern von *jeder* Regierung, welche es auch sei, die Respektierung ihrer Existenz, ihrer Ehre und Art. Die ganze Welt blickt heute auf Deutschland, insbesondere das jüdische Volk. Trotz der numerischen Geringfügigkeit des deutschen Judentums steht für alle Juden der Welt das Schicksal der deutschen Juden im Mittelpunkt des Interesses. Wir sind überzeugt, daß auch im *deutschen Volk* die Kräfte noch wach sind, die sich gegen eine barbarische antijüdische Politik wenden würden. Darüber hinaus aber ist Deutschlands Stellung innerhalb der gesamten Kulturnationen abhängig von seinem Verhalten in der Judenfrage. Auch ein nationalsozialistisch regiertes Deutschland kann die Verschlungenheit der internationalen Beziehungen nicht ignorieren. Die *deutschen Juden*, denen die neue Wendung nicht unerwartet kommen kann, haben ihre innere Ruhe und Würde zu wahren. Es ist selbstverständlich, daß das deutsche Judentum sich gegen jeden Versuch der formalen und tatsächlichen Entrechtung und Depossedierung mit *allen Mitteln und aller Energie zur Wehr setzen wird*. Diesen Kampf kann nur ein Judentum führen, das von unbeugsamem Stolz auf sein Volkstum erfüllt ist. Mit Versuchen der Anpassung und Selbstverleugnung ist es vorbei. Die deutschen Juden, die

5 D.A.Z.: Deutsche Allgemeine Zeitung.

6 Meldung unter der Rubrik „Unsere Meinung“; DAZ (Reichsausg.), Nr. 47/48 vom 29. 1. 1933, S. 1.

7 Leitartikel „Hitler Reichskanzler?“; JR, Nr. 64 vom 12. 8. 1932, S. 1.

den falschen Parolen ihrer Führer von gestern vertraut haben und sich dem Glauben an fortschreitende Besserung durch „Aufklärung“ hingaben, verlieren den Boden unter den Füßen. Angesichts der geschaffenen Bedingungen muß das deutsche Judentum mehr als bisher sich zur Selbsthilfe zusammenschließen. Den Geist des Judentums lebendig und aktiv zu erhalten – das ist die Aufgabe. Niemals war es so wichtig wie jetzt, den Glauben an das Judentum und seine Zukunft fest und unerschütterlich zu machen. Das jüdische Volk ist der Träger unvergänglicher Werte, der Fortsetzer einer unvergleichlichen Geschichte. In Zeiten der Gefahr und in Zeiten der Not gilt es, sich diese Tatsache mit aller Kraft ins Bewußtsein zu rufen.

## DOK. 2

### Nationalsozialistische Monatshefte: Leitartikel vom Januar 1933 zum Kampf gegen das internationale Judentum<sup>1</sup>

*Arno Schickedanz,<sup>2</sup> Berlin:*

*Ein abschließendes Wort zur Judenfrage<sup>3</sup>*

*Einleitung*

In der Erkenntnis, daß eine völkische Erneuerung Deutschlands nach dem geistigen und materiellen Zusammenbruch nur auf einer idealistischen, dem angestammten Charakter des deutschen Volkes entsprechenden und der ihm angeborenen Wesensart wieder zur Herrschaft führenden Grundlage erfolgen kann, sah sich der Nationalsozialismus gezwungen, von vornherein gegen alle fremdartigen Einflüsse Stellung zu nehmen. Wollte er eine Wiedergeburt Deutschlands erreichen, so mußte er auf dessen sich ewig erneuernde rassisch-seelischen Kräfte zurückgreifen, ihnen zum Siege verhelfen und nach Möglichkeit alle jene fremdrassischen seelischen Einwirkungen zurückdrängen und ausschalten, die eine Entfaltung der eigenen verhinderten oder sie verfälschten. Er war also gezwungen, die Nation zu nationalisieren, um sie zu retten und stieß damit auf den Widerstand jener Kräfte, die die Nation internationalisierten, um sie, bewußt oder unbewußt, zum eigenen Nutzen zu verderben. National oder international heißen die Losungen, denen gegenüber alle anderen zurücktreten; unter denen das Schicksal des deutschen Volkes entschieden wird. Damit aber ist die Auseinandersetzung zwischen der im Nationalsozialismus wiedererwachten Nation und dem Judentum unvermeidlich. In ihm, so merkwürdig das klingt, dem nationalsten Volke par excellence, verkörperten sich alle internationalisierenden Tendenzen, die auf die übrigen Völker und ganz besonders auf das deutsche Volk unablässig einwirkten, sowohl geistiger wie materieller Art. Schon in der französi-

<sup>1</sup> Nationalsozialistische Monatshefte, 4 (1933), H. 34, S. 1-3. Die „Wissenschaftliche Zeitschrift der NSDAP“ wurde bis Ende 1933 von Adolf Hitler herausgegeben, die Schriftleitung hatte Alfred Rosenberg inne. Die Zeitschrift erschien von 1930 bis 1944.

<sup>2</sup> Arno Schickedanz (1892-1945), Publizist; 1923 NSDAP-Eintritt und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1930-1933 Leiter des Berliner Büros des Völkischen Beobachters, 1934-1945 Stabsleiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, 1940-1945 Hauptamtsleiter im Einsatzstab Rosenberg; Autor von „Die Juden. Eine Gegenrasse“ (1927).

<sup>3</sup> Eine ausführliche Zusammenfassung des Artikels erschien im Völkischen Beobachter unter dem Titel „Die Judenfrage“; VB (Norddt. Ausg.), Nr. 36/37 vom 5./6. 2. 1933, 2. Beiblatt.

schen Revolution, die ein mißverständenes und unglückliches Humanitätsideal in die Gleichheit alles Menschlichen verfälschte und ihren pazifistischen Befreiungsaussagen nach außen eine Blutherrschaft nach innen gegenüberstellte, kommt diese Beeinflussung zu einer herrschenden Geltung, um mit dem wachsenden Wohlstand, unter Nutzbarmachung aller technischen Fortschritte, bis in die jüngste Vergangenheit an Umfang und Bedeutung zu gewinnen. Auf der einen Seite wuchsen sich die internationalen zwischenstaatlichen finanziellen Verpflichtungen unter jüdischer Leitung zu Schlinggewächsen aus und drohten die nationalen Volkswirtschaften zu erdrosseln. Dieser Prozeß wurde unterstützt von gleichzeitigen ungesunden Parallelerscheinungen innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften, in denen durch Juden kontrollierte oder geleitete industrielle und kaufmännische Mammutgebilde heranwuchsen, die unter Mißachtung nationaler Notwendigkeiten oder sogar in direktem Gegensatz zu ihnen untereinander ihre Kartelle schlossen oder ihre Konkurrenzkämpfe austrugen. Auf der anderen Seite bildete sich unter jüdischer Führung eine quer durch alle Volksgemeinschaften verlaufende innere Front, die die Volksgemeinschaften sprengte, unter dem Vorwand, jene parasitären Erscheinungen bekämpfen zu wollen. Hieß das Feldgeschrei, an dem sich während der französischen Revolution die Waffen berauschen sollten, „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, die sich in der Praxis dann auf dem Schafott einstellte, so heißt es jetzt, in der nächsten Etappe, aufgebaut auf die Irrlehre des Juden Marx-Madochai,<sup>4</sup> schon: „Klassenherrschaft“ und Vernichtung alles Bodenständigen, organisch Bedingten und Gewachsenen zuliebe einer schemenhaften, konstruierten internationalen Interessengemeinschaft aller angeblich von einem „Kapitalismus an sich“ Ausgebeuteten. So ist durch diese intellektuelle Verfälschung des wirklichen Lebens das deutsche Volk wie jedes andere bedroht, und zwar von zwei Seiten, die beide unter einer internationalen Losung und unter einer jüdischen Führung stehen: durch das jüdische spekulative Finanzkapital und durch den Marxismus.

Der endgültige Sieg, gleich welcher Seite, bedeutet den völkischen Untergang Deutschlands. Im ersten Falle durch ein sich langsam verschärfendes Siechtum, das den endgültigen Verfall aller noch gesunden Lebenskräfte und Säfte der Nation einschließt, denen mit künstlichen Maßnahmen wie Ausfuhr von Arbeitsklaven, Auswanderung usw. usw. nachgeholfen werden kann, während andere kräftigere Völker den freiwerdenden Raum besetzen. Im zweiten Fall durch einen inneren Blutstrom ohnegleichen, der die Ausrottung der rassisch wertvollsten Elemente, der Schöpferischen, der Eigenwilligen, der an Charakter und Wesen Deuthesten bedeuten würde, die sich einer derartigen Herrschaft artfremder Wahnideen nie und nimmer beugen könnten. In beiden Fällen wäre das Schicksal Deutschlands besiegelt. Es wäre ausgetilgt aus der Geschichte der Völker und das Judentum hätte dann zwar nicht seinen ersten, wohl aber größten Triumph erlebt.

Insofern bedeutete der Kampf gegen das Judentum den Angriff auf die gegnerische Zentralmacht. Natürlich kann er erst nach Niederbringung der jüdischen Hilfsstellungen, insbesondere seiner Schutzgarde, des Marxismus, gewonnen werden. Ihn aber sofort aufgenommen und als einen Programmpunkt seiner Forderungen verkündet zu haben, ohne von ihm trotz einer beispiellosen Gegenwirkung des auf der Höhe seiner Macht befindlichen Gegners abgewichen zu sein, ist schon an und für sich ein ungeheures geschichtliches Verdienst des Nationalsozialismus, das erst spätere Geschlechter voll würdigen wer-

4 Gemeint ist Karl Marx.

den. Die in den weitesten deutschen Volkskreisen bereits erwachte Erkenntnis, daß es ohne Ausscheidung des Judentums und Überwindung seiner Wahnideen keine Genesung des deutschen Volkes gibt, keine Befreiung von der Herrschaft Minderwertiger, keine Erlösung von der Phrase als Deckmantel antinationaler Bestrebungen, ist bereits eine Folge dieses Kampfes um die deutsche Wiedergeburt. So heißt es im Programm der N.S.D.A.P.: „Staatsbürger kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“ Wozu die nächstfolgende Forderung tritt: „Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden gesetzgebung stehen.“<sup>5</sup>

### DOK. 3

#### C.V.-Zeitung: Bericht vom 9. Februar 1933 über antijüdische Ausschreitungen in Gersfeld/Hessen<sup>1</sup>

##### *Terror in Gersfeld*

Im Laufe der vergangenen Woche sind in Gersfeld verschiedenen jüdischen Familien die Fensterscheiben eingeworfen worden; außerdem wurde ein jüdischer Kaufmann, der auf das Klirren der Scheiben die Verfolgung aufnahm, durch Messerstiche erheblich verletzt. Die Täter flüchteten, ließen aber eine Mütze und Handschuhe zurück, so daß mit der Feststellung ihrer Personalien gerechnet werden dürfte.

Zu größeren Ausschreitungen kam es am Sonnabend, dem 4. Februar, abends. Der Führer der NSDAP, Schreiner Heun,<sup>2</sup> forderte auf dem Marktplatz seine Anhänger auf, die jüdischen Einwohner aus ihren Häusern zu holen. Die fanatisierte Menge zog hierauf vor das Haus des angesehenen Kaufmanns Bachrach<sup>3</sup> i.Fa. Liebstädter; drei Nationalsozialisten verschafften sich mit Gewalt Eingang in das Haus und verletzten den ahnungslos im Kreise seiner Familie sitzenden Kaufmann Bachrach durch Schläge und Tritte so schwer, daß Herr Bachrach zusammenbrach und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen musste. Der rohe Überfall ist um so unverständlicher, als Kaufmann Bachrach niemals politisch hervorgetreten ist und sich persönlich wie geschäftlich allgemeiner Beliebtheit erfreut.

5 Zitiert wurden hier die Punkte 4 und 5 des NSDAP-Programms vom 24. 2. 1920; Der Nationalsozialismus, Dokumente, S. 28.

1 C.V.-Zeitung, Nr. 6 vom 9. 2. 1933, S. 41. Wochenzeitung mit dem Untertitel „Blätter für Deutschtum und Judentum“. Organ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens seit Mai 1922, Nachfolgerin des CV-Organs Im Deutschen Reich (1895-1922). Die C.V.-Zeitung berichtete über das jüdische Leben in der deutschen Gesellschaft und setzte sich mit dem Antisemitismus auseinander. Ihre Auflage betrug 1935 40 000 Exemplare.

2 Wilhelm Heun (\*1894), Tischler; 1930 NSDAP-Eintritt.

3 Richtig: Sally Bacharach (\*1881), Kaufmann; wohnte von 1909 an in Gersfeld und verzog im März 1934 mit seiner Ehefrau Ida nach Fulda.

## DOK. 4

**C.V.-Zeitung: Artikel vom 23. Februar 1933 gegen antijüdische Propaganda  
auf den Straßen Berlins und in der NS-Presse<sup>1</sup>**

*Wem nützt das?*

*Neue judenfeindliche Hetze – Ritualmordlüge – Die „Protokolle“. Die „jüdische Hamsterpa-  
role“ und andere Verdächtigungen. Was sagen unsere Freunde?*

I.

L. H.<sup>2</sup> Am Kurfürstendamm und in der Tauentzienstraße in Berlin wird seit einigen Tagen eine Broschüre zum Verkauf ausgerufen: „*Die Forderung der Stunde: Juden raus!*“<sup>3</sup> Die Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar bedroht periodische Druckschriften mit dem Verbot (Abschnitt 2, § 9, Nr. 6), „wenn in ihnen eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche und Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden“. Der Sinn dieses Paragraphen geht eindeutig dahin, Religionsgesellschaften und ihre Einrichtungen, die an sich schon durch das Strafgesetzbuch (§ 166) geschützt sind, aus dem politischen Tageskampf herauszuheben. Die Achtung vor der Religion soll auch von den Andersdenkenden heilig gehalten werden. Es kann nicht das Ziel des Gesetzgebers sein, diesen auch von uns bejahten *Sinn* der Notverordnung lediglich auf *periodische* Druckschriften zu beschränken. Es muß darum auf das äußerste befremden, daß ein bekanntes Mitglied der Nationalsozialistischen Partei, deren verantwortlicher Regierungsübernahme unmittelbar jene Notverordnung folgte, Dr. von Leers,<sup>4</sup> eine Flugschrift verfaßt hat, die schwere Beschimpfungen nicht nur gegen das Judentum als angebliche politische Macht, sondern auch gegen die *jüdische Religion* enthält. Wir sind die letzten, die nach einer Zensur für Druckschriften schreien. Aber wir halten es für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß Schriften wie diese, „*Forderung der Stunde*“, *Bürgerkriegs- und Pogromstimmung* zu erregen geeignet sind, und daß ihre Verbreitung in diesen Tagen nicht nur für die Juden, sondern für die Gesamtheit des deutschen Volkes eine direkte Gefahr bedeutet. Auch wenn Herr Dr. von Leers in seinem Nachwort schreibt:

„Nicht, um den armen Juden Gewalt anzutun, sondern um einem herrschsüchtigen fremden Volk die Beeinflussungsmöglichkeit zu nehmen, nicht um Pogrome zu veranstalten, sondern um die landesschädlichen Ostjuden hinauszutun, die übrigen Juden als Fremde politisch und wirtschaftlich ungefährlich zu machen, kämpft der Nationalsozialismus gegen Juda“, schwächt er die Wirkung damit nicht ab.

1 C.V.-Zeitung, Nr. 8 vom 23. 2. 1933, S. 58 f.

2 L.H.: Dr. Ludwig Holländer (1877–1936), Jurist; 1908 Syndikus, später Direktor des CV, 1932 Chefredakteur der C.V.-Zeitung; Autor u. a. von „Deutsch-Jüdische Probleme der Gegenwart“ (1929).

3 Die Broschüre wurde von Nationalsozialisten in Uniform u. a. vor dem Kaufhaus des Westens mit dem Ruf verteilt: „Juden raus! Aus den Geheimakten der Staatsanwaltschaft, von Minister Göring“; zit. nach einer Eingabe von Jean Sklarz vom 23. 2. 1933. Er hatte sich bei Göring darüber beschwert, dass sein Name in der Broschüre als „jüdisch und galizisch“ bezeichnet werde; GStAPK, I HA, Rep. 90 B/133, Bl. 1.

4 Dr. Johann von Leers (1902–1965), Jurist und Publizist; 1926–1928 Attaché im auswärtigen Dienst; 1929 NSDAP- und 1936 SS-Eintritt, von 1929 an Hauptschriftleiter der NS-Zeitschrift *Wille und Weg*; 1938 Professor in Jena; von 1945 an in Italien, 1950 in Argentinien, 1955 in Ägypten; Autor u. a. von „Juden sehen dich an“ (1933) und „Die Verbrechernatur der Juden“ (1944).

Dr. von Leers wird den Vorwurf, daß er das Judentum als Religionsgemeinschaft verletzt, wahrscheinlich als üble Nachrede zurückweisen. Wir können es ihm aber aus seiner eigenen Schrift nachweisen. Er widmet ein großes Kapitel seiner Schrift angeblichen Talmudzitaten und dem angeblichen Ritualmordgebot. „Stundenlang“, so schließt er sein Kapitel, „könnte man noch Fälle jüdischer Ritualmorde aufführen, wo arme, unschuldige kleine Kinder von Judenteufeln geschlachtet und gemein zu Tode gequält worden sind.“ In Fettdruck fügt er hinzu: „Mütter, sorgt dafür, daß die jüdische Gefahr für eure armen Kinder aus dem Lande kommt.“

Das Reichsgericht hat wiederholt in Talmud-Prozessen dahin erkannt, daß die Behauptung, es gebe einen jüdischen Ritualmord, unsinnig sei. Aber selbst, wenn Dr. Leers mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht vertraut ist, so hätte er, da er sich ja mit der Frage des Ritualmordes eingehend beschäftigt hat, auch die Gegenliteratur und die vielen Aeußerungen führender christlicher Wissenschaftler lesen müssen, die ausdrücklich erklärt haben, daß es einen jüdischen Ritualmord nicht gibt. Er hätte wissen müssen, daß selbst ausgesprochene Judengegner von diesem Vorwurf abgerückt sind, und daß dieselben Blutbeschuldigungen von den Römern gegenüber den Christen, von den Chinesen gegen die europäischen Missionare, von den französischen Katholiken gegen die französischen Protestanten, kurz überall da erhoben worden sind, wo religiöse Minderheiten sich inmitten herrschender Anschauungen behaupten wollen. Er hätte des berühmten evangelischen Theologen *Strack* Werk „Das Blut im Glauben und Aberglauben der Menschen“<sup>5</sup> und die Sammlungen päpstlicher Bullen lesen sollen, die sich gegen solche Mordbeschuldigungen zur Wehr setzten. Dr. von Leers, der in Jahrhunderte zurückliegenden Fällen herumwühlt, hätte besser die Bulle des *Papstes Paul III.* vom 14. Mai 1450 zitiert, in der es heißt:

„Wir haben mißfällig vernommen, daß seit einigen Jahren gewisse Herren als heißspornige und, wie man sagt, tödliche Feinde derselben Juden, von Haß und Neid, oder, was mehr wahrscheinlich scheint, von Habsucht verblendet, damit sie das Hab und Gut selbiger Hebräer mit einem gewissen Anstand sich anzueignen imstande seien, ihnen fälschlich andichten, daß sie kleine Kinder umbringen, deren Blut trinken und andere verschiedene und mannigfache ungeheuerliche Verbrechen begehen, welche sich namentlich gegen unseren besagten Glauben richten – und in solcher Weise bemüht sind, die Gemüter der einfältigen Christen gegen sie aufzuhetzen, wodurch es geschieht, daß letztere häufig nicht bloß ihres Habes und Gutes, sondern sogar des Lebens in ungerechter Weise beraubt werden ...“ – oder jene Bulle des *Papstes Innozenz IV.* vom 25. September 1253, der die Verbreitung der *Ritualmordbeschuldigung mit Exkommunikation* bedroht. Er hätte die Urkunde vom Juli 1236 lesen sollen, in der der *Hohenstaufe Kaiser Friedrich II.* „ein für allemal“ verbietet, daß die Juden des Ritualmordes bezichtigt werden. Schließlich hätte er bei seinen Studien auch die Resolution des *Orientalistenkongresses* zu Rom vom Oktober 1899 finden müssen, die, auf Antrag des Kirchenrats Professor *Kautzsch*,<sup>6</sup> einstimmig aussprach:

5 Richtig: Hermann L. Strack, „Das Blut im Glauben und Aberglauben der Menschheit. Mit besonderer Berücksichtigung der Volksmedizin und des jüdischen ‚Blutritus‘“, 5.-7. Aufl. 1900; zuerst unter dem Titel „Blutaberglaube bei Juden und Christen“ 1891. Strack (1848–1922) war Professor für evangelische Theologie und engagierter Kritiker des Antisemitismus.

6 Dr. Emil Kautzsch (1841–1910), evang. Theologe; Professor für das Alte Testament.

„Die Beschuldigung, daß jemals durch irgendwelche, für Anhänger der jüdischen Religion geltende Vorschriften die Benutzung von Christenblut für rituelle Zwecke gefordert oder auch nur angedeutet worden wäre, ist schlechthin unsinnig und des zu Ende gehenden Jahrhunderts unwürdig.“

Ein zweites wichtiges Moment zu seiner Titelforderung „Juden raus!“ entnimmt Dr. von Leers den „Protokollen der Weisen von Zion“. Er behauptet, diese „Protokolle“ seien völlig zu Unrecht angezweifelt und tatsächlich eine Zusammenstellung von Beschlüssen einer jüdischen Geheimkonferenz des Jahres 1897.<sup>7</sup>

Es ist unnötig, auf das längst als Fälschung gebrandmarkte und selbst von judenfeindlicher Seite als solches anerkannte Buch näher einzugehen. Genug davon, wir müssen auf diese Dinge, die beschämend für das ganze deutsche Volk sind, hinweisen, weil wir es für unsere Pflicht halten. Wir sehen aber auch leider, wie wenig sich die fanatischen Judenhasser um *tatsächliche Richtigstellungen kümmern*, die wir treffen.

II.

Am 18. Februar d. J. schrieb der „Angriff“:<sup>8</sup> In Lübeck wurde *der Jude* und SPD-Führer *Leber*<sup>9</sup> aus der Haft entlassen. Der Jude Leber hätte zur Ermordung des Marinesturmmannes P.-G. Brüggemann aufgefordert.<sup>10</sup> Bereits in der letzten Nummer der „C.V.-Zeitung“ haben wir darauf hingewiesen, daß Leber nicht das geringste mit dem Judentum zu tun hat.<sup>11</sup> Wozu wiederholt der „Angriff“ diese Behauptung? Nur, um das Volk gegen die Juden aufzuwiegeln? Nach der gleichen Methode bezeichnet er die berüchtigten Skandalaffären der letzten Jahre, die mit Judenheit und Judentum auch nicht das geringste zu tun haben, fortgesetzt als jüdisch. Karl Marx, der als Mardochai bezeichnet wird, soll sein Werk „Das Kapital“ im Auftrage der internationalen jüdischen Freimaurerlogen angefertigt haben. Ein Unsinn, der dadurch, daß er immerfort wiederholt wird, nicht wahrer wird.<sup>12</sup> So geht es mit allem.

III.

Kopfschüttelnd betrachten deutsche Juden jene Ausgeburten einer tollkühnen Phantasie, die sich bis in die letzten Tage hinein in nationalsozialistischen Blättern finden! Das Wirtschaftsgeschehen der letzten 14 Jahre soll vorwiegend jüdischem Einfluß entsprungen sein, jüdische Menschen sollen als Vampire des deutschen Volkes Kriegs-, Inflations- und Deflationserscheinungen gefördert und ausgenutzt haben und schließlich auch an der Deutschland zerstörenden Wirtschaftskrise reich geworden sein. Der „Angriff“ gar führt die Erhöhung der Schmalzpreise, statt auf Zollerhöhungen, auf eine *jüdische Hamster-*

7 Die „Protokolle“ bilden eine aus verschiedenen Texten (Teile stammen aus den 1860er-Jahren) montierte Fälschung, die in ihrer heutigen Fassung erstmals in Russland 1903 veröffentlicht wurde; siehe kritische Ausgabe: Die Protokolle der Weisen von Zion, S. 8–16, sowie Dok. 25 vom 4. 4. 1933, Anm. 4.

8 Der Angriff: Zeitung für den NSDAP-Gau Berlin.

9 Julius Leber (1891–1945), Volkswirt; 1924–1933 für die SPD Mitglied des Reichstags; 1933–1937 KZ- und Gefängnishaft; Mitglied des Kreisauer Kreises, nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 verhaftet und 1945 hingerichtet.

10 Der Artikel erschien unter der Rubrik „Kurzmeldungen“; Der Angriff, Nr. 42 vom 18. 2. 1933, S. 2. Auch der Völkische Beobachter bezeichnete Leber als Juden; VB (Norddt. Ausg.), Nr. 50/51 vom 19./20. 2. 1933, S. 2.

11 Die C.V.-Zeitung kritisierte eine entsprechende Meldung des Westdeutschen Beobachters vom 2. 2. 1933; C.V.-Zeitung, Nr. 7 vom 16. 2. 1933, S. 50.

12 Siehe ähnliche Behauptungen auch in einem Artikel der NS-Monatshefte vom Januar 1933, Dok. 2.

*parole* zurück. Der „Völkische Beobachter“ nennt uns „Wanzen“ und fordert unsere Vernichtung.<sup>13</sup> Es lohne sich nicht, meinen viele Freunde, in diese Niederungen hinabzusteigen, jedes Wort der Auseinandersetzung sei überflüssig; denn wer so etwas schreibe, wisse, daß er nicht ernst genommen werde, wolle auch gar nicht ernst genommen werden. Man solle nicht Kraft und Geist an diese Elaborate verschwenden. So der selbstsichere Typ des kritischen, welterfahrenen deutschen Juden. Drüben, bis weit in die Reihen nationalsozialistischer Wählerschaft, das gleiche Urteil. Bedauern und Beschwerden der deutschen Juden seien zwar verständlich, aber als politisch erfahrene Menschen dürften deutsche Volksgenossen jüdischen Glaubens sich nicht erregen. Nichts werde so heiß gegessen, wie es gekocht würde, und man müsse zwischen überspitzten Phrasen der Volksversammlung und den wirklichen Zielen deutscher nationalsozialistischer Politik unterscheiden. Auch die Wanzenagitation werde abflauen, und deshalb sei kluge Zurückhaltung angebracht, nicht Protest.

Wir können diesem Rat nicht ohne weiteres folgen. Immer noch glauben wir, daß nicht Ueberschwang und Unüberlegtheit Redakteuren und Agitatoren das Wort eingeben, sondern wir müssen hinter Ton und Richtung jeder Agitation Absicht und Systematik suchen. Daß *vor* Erreichung des politischen Zieles judengegnerische Propaganda getrieben wurde, um die Massen zusammenzuhalten und ihnen den angeblichen Gegner zu symbolisieren, war uns bekannt. Daß auch *nach* Gewinnung der Macht in den Auslassungen offizieller Organe, wie des „Angriffs“ und des „Völkischen Beobachters“ der judenfeindliche Ton forte und fortissimo angeschlagen wird, muß uns stutzig machen. Was soll jetzt noch die Wanzenpropaganda, wo man doch wissen mußte, welche Probleme wirklich zur Debatte stehen. Das deutsche Volk will Arbeit und Brot, und es wünscht Lösung der *echten* Probleme, zu denen die sogenannte Judenfrage wirklich nicht gehört. Wir können uns mit der Zurückweisung jener ungeheuerlichen und niedrigen Angriffe nicht begnügen. Wir können nicht mit lässiger Handbewegung, wie es der frühere Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Strasser,<sup>14</sup> in einer Erklärung im „Fränkischen Kurier“ kürzlich getan hat, Auslassungen nationalsozialistischer Organe beiseite schieben, weil Niveau des „Stürmers“ und die Person seines Herausgebers den Charakter der Angriffe von selber richten. Wir müssen bei Auslassungen politischer, wesentlicher, ja offiziell gewordener Organe wie des „Völkischen Beobachters“ und des „Angriffs“, die Frage „Wem zum Nutzen?“ stellen und die Gefahren aufzeigen, die aus dem widerspruchslosen Gewährenlassen solcher ungehemmten Kampfmethoden entspringen. Heut ist es nicht mehr möglich, eine derartige Kampagne als gleichgültige Aeußerung irgendwelcher Journalisten oder Agitatoren abzuschütteln. Zündet der Funke und es entsteht Unglück, dann werden jene

<sup>13</sup> In einem mit „KL.“ gezeichneten Artikel hieß es, im Berliner Stadtbild seien die „artfremden Juden“ zu beobachten. Der Verfasser setzte sie mit Wanzen gleich, die sich in Nischen einnisteten und sich schnell vermehrten. Sie müssten, so der Artikel, einer Radikalkur unterzogen werden. Nur die „schärfste Ausräucherung des betroffenen Raumes“ könne sie vertreiben; „Berliner Spaziergang: Die Wanzen“, VB (Berliner Ausg.), Nr. 43/44 vom 12./13. 2. 1933, Berliner Beobachter. Tägliches Beiblatt zum VB, S. 2.

<sup>14</sup> Richtig: Gregor Straßer (1892–1934), Apotheker; 1921 NSDAP- und SA-Eintritt, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Festungshaft in Landsberg a.L., 1925–1929 NSDAP-Gauleiter Niederbayern, 1926–1928 NSDAP-Reichspropagandaleiter, 1928–1932 NSDAP-Reichsorganisationsleiter, im Dezember 1932 Rücktritt von allen Parteiämtern; 1933–1934 Geschäftsführ. Direktor der Fa. Schering-Kahlbaum; am 30. 6. 1934 im Zusammenhang mit dem sog. Röhm-Putsch ermordet.

Kreise von der Verantwortung nicht freizusprechen sein, die das gehässige und unwahrhaftige Treiben kennen und es trotzdem gewähren lassen. Diese eindeutige Feststellung der Verantwortung ist wichtig.

#### DOK. 5

### Völkischer Beobachter: Aufruf der NSDAP vom 5./6. März 1933 an die „deutschen Künstler“ zur Reichstagswahl<sup>1</sup>

*Jetzt wird der Schlußstrich gezogen!  
Deutsche Männer! Deutsche Frauen!*

Wir haben an dieser Stelle im Laufe des hinter uns liegenden Wahlkampfes, der einer der erbittertsten und ernsthaftesten unserer Geschichte war, eine *Generalabrechnung mit den Kultur-Sünden des verflossenen Systems* gehalten, die ein für allemal das Märchen vom Reich der „Schönheit und Würde“ in seiner ganzen niederträchtigen Verlogenheit an den Pranger stellte. Es war das keine angenehme Arbeit, doch sie mußte geleistet werden, auf daß für alle Zeiten unvergessen bleibe, bis zu welchem Abgrund die Schlucht und der blinde Fanatismus volks- und rassefremder Elemente das Volk der Denker und Dichter gebracht haben. Es ist unumstößliche, grauenhafte Tatsache, daß gerade auf dem Gebiet des kulturellen Lebens dem deutschen Volksganzen die schwersten inneren Schäden zugefügt worden sind. Kein Zweig des Kulturlebens blieb von den zerfressenden und zersetzenden Einflüssen der zielbewußten Wühler verschont. *Das sei ihnen nie vergessen!*

*Deutscher Dichter! Deutscher Schriftsteller!*

*Vergiß es nie*, daß die sogenannten „Köpfe des Systems“, alle die von uns an den Pranger gestellten Juden und Judengenossen, die heute mit hysterischem Geschrei nach „Freiheit“ rufen, jahrzehntelang jede Freiheit zu Selbstzucht, Wehrwillen, Aufbauarbeit und völkischer Ehre *systematisch untergraben* haben. *Vergiß es nie*, daß sie jahrzehntelang den deutschen Büchermarkt zum Tummelplatz ihrer unzüchtigen, pazifistischen, hochverräterischen und gottesleugnenden literarischen Erzeugnisse machen durften, während du in verbissenem Zorn beiseite stehen mußtest, zur Tatenlosigkeit verurteilt!

*Deutscher Bühnenautor! Deutscher Schauspieler!*

*Vergiß es nie*, daß während der Nachkriegszeit bis auf diese Tage unter der liebevollen Duldung verantwortungsloser Theaterleiter *Hunderte von Juden und Ausländern* die deutschen Bühnen beherrschen durften, daß fremdrassige und fremdvölkische Künstler *Riesengagen* bezogen, während für dich in der eigenen Heimat kein Platz war, während du hungernd zusehen mußtest, wie andere sich mästeten! *Vergiß nie die Zeit*, da Nigger- und Meutererstücke, kommunistische Tendenzdramen, Unterwelts- und Sensationsreißer die Spielpläne füllten und alles in den Kot zogen, was dem deutschen Menschen hehr und heilig war!

<sup>1</sup> Völkischer Beobachter (Norddt. Ausg.), Nr. 64/65 vom 5./6. 3. 1933, 2. Beiblatt. Der VB war die Tageszeitung der NSDAP und erschien von 1927 an zunächst als Reichsausgabe in München. 1933–1945 erschienen zudem eine Berliner und eine Norddeutsche Ausgabe, von 1938 an eine Wiener Ausgabe.

*Deutscher Architekt! Deutscher Bildhauer!*

*Vergiß es nie*, daß im „deutschen Kunstreich jüdischer Nation“ der Nachkriegszeit alles, was deutsche Schöpferfreudigkeit in Jahrhunderten aufgebaut hatte, in gewissenloser, überheblicher, verbrecherischer Anmaßung geschmäht und herabgezerrt werden durfte. Konstruktivisten, Psychopathen und Fremdbürtige wußten die Gunst skrupelloser Geldgeber zu gewinnen, während du übergangen wurdest und keine Aufgabe fandest, deine Fertigkeit und deines Geistes Kraft daran zu messen. *Vergiß es nie*, daß die Kunst, die ein hohes Schicksal uns Deutschen zur Pflege anvertraut hat, von fremden Händen an die Grenze des Irrsinnig gebracht und als Ausdrucksmittel marxistischer Theorien mißbraucht wurde, während du verstoßen warst von dem Altar, dem du dein Leben weihetest!

*Deutscher Tondichter! Deutscher Musiker!*

*Vergiß es nie*, daß die ehrwürdigen Werte, die uns von unseren großen deutschen Meistern überkommen sind, unter einem Wust von *neuen Schlagworten und Lehren* verfälscht und beiseite geschoben wurden. *Vergiß es nie*, daß unter der Herrschaft des Juden Kestenbergs<sup>2</sup> in aller Öffentlichkeit Propaganda für *marxistische Klassenkampfmusik* getrieben werden durfte, die kein anderes Ziel hatte als die *Zerstörung der deutschen Seele!* Du aber mußtest dein Instrument in die Ecke stellen, und der Beifall der verdorbenen Menge ward dir nicht zuteil; denn du hattest mit diesem Hexenkessel neudeutscher Musik-Kultur nichts gemein.

*Deutscher Künstler! Deutscher Rundfunkhörer!*

*Vergiß es nie*, daß sich zehn Jahre lang im Rundfunk, der eine Sache des gesamten Volkes sein sollte, *Konjunkturritter* breit machen durften, die zwar weder von ihrer Aufgabe, noch von ihrer Verantwortung durchdrungen waren, jedoch *Riesengehälter* einstecken konnten, nur weil sie es besser verstanden, nach „oben“ hin einen krummen Buckel zu machen, als du, der du aufrecht bliebst in deinem Wesen! *Vergiß es nie*, was man dir unter schönfärbenden Ankündigungen als Kunst vorzusetzen wagte: *Kitsch und schleichendes Gift jüdischer Herkunft*, während du dir dafür die letzten Groschen vom Mund absparen mußtest!

*Ihr alle, deutsche Männer und Frauen*, die ihr in den weiten Kreis des deutschen Kunstlebens einbezogen seid, sei es, schöpferisch mitzuwirken oder sei es, freudig aufzunehmen: *Vergeßt es nie*, was ihr im Verlauf der letzten Jahre als „deutsche“ Kunst über euch ergehen lassen mußtet, wehrlos dem Hohngelächter moskowitischer und jüdischer Kunstjobber preisgegeben! Euch allen bricht ein neuer Morgen an!

Es ist noch nicht lange her, daß *Adolf Hitler* die Regierung übernahm, und schon spürt ihr den frischen Wind, mit dem sich eine bessere Zeit ankündigt, schon hört ihr den hämmernenden Schlag, unter dem der hohle, tönerner Bau erzittert, den der Kulturbolschewismus in unserer Mitte errichtete. Schon fliegen die ersten Steine aus dem morschen Gemäuer – .

*Bei euch liegt es, nachzustößen* und der volksfremden Pseudo-Kunst der Nachkriegszeit den Rest zu geben!

*Bei euch liegt es*, ob ihr in dieser Schicksalsstunde abseits stehen wollt, oder ob ihr mitzuhelfen gewillt seid, dem deutschen Volk die Kultur zurückzubringen, die ihm nach seiner Art und Begabung zukommt.

2 Leo Kestenbergs (1882–1962), Pianist und Musikreformer; von 1918 an Musikreferent im preuß. Kultusministerium, 1932 durch die Reichsregierung entlassen; emigrierte 1933 nach Prag, 1938 nach Palästina, dort u. a. Manager des Palestine Orchestra und Gründer des Music Teachers Training College Tel Aviv; Autor u. a. von „Musikerziehung und Musikpflege“ (1921).

*Bei euch liegt es, zu entscheiden, ob ihr für das Gestern seid oder für das Morgen, für Niedergang oder Aufgang, für Bolschewismus oder Deutschland!*

*Adolf Hitler ruft euch! Adolf Hitler kennt euch alle, ihr Namenlosen und Zurückgesetzten!*

*Adolf Hitler wird euch herausführen, dem neuen Tag entgegen!*

*Faßt mit an das große Werk! Keine Stimme den Kultur-Verrätern!*

*Wählt Nationalsozialisten! Wählt Liste 1*

## DOK. 6

### Walter Gyssling beschreibt Ausschreitungen und Misshandlungen in München am 9./10. März 1933<sup>1</sup>

Tagebucheintrag Walter Gyssling<sup>2</sup> vom 10. 3. 1933 (Abschrift)

10. März: Hinter uns liegt eine Nacht des Grauens. Es war schliesslich nicht anders zu erwarten. Wer die hemmungslosen Hetzreden gehört hat, die gestern Abend vor der Feldherrenhalle gehalten wurden, ist entsetzt, aber nicht überrascht. Die Esser,<sup>3</sup> Epp,<sup>4</sup> Röhm,<sup>5</sup> und wie die „Führer“ noch alle heissen, haben unbedenklich Oel ins Feuer gegossen. Sie tragen Schuld an all den entsetzlichen Verbrechen, die heute Nacht geschahen. Die Arbeiterzeitungen zerstört, das Gewerkschaftshaus gestürmt, hunderte von kommunistischen und sozialdemokratischen Führern in Haft, es ist furchtbar, aber man ist daran schon irgendwie gewöhnt, zumal wenn man die Woche nach dem Reichstagsbrand in Berlin miterlebt hat. Aber dass blutgierige Verbrecher die Wohnungen friedlicher, unpolitischer

- 1 Abschrift des Tagebucheintrags in: Walter Gyssling, *Mein Leben in Deutschland vor und nach Hitler* (1940), S. 99–101; The Houghton Library Cambridge/MA, Preisausschreiben der Harvard-Universität „Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933“ (im Folg. Harvard-Preisausschreiben), Nr. 86. Abdruck in: Gyssling, *Leben*, S. 150–153. Der Wettbewerb „zum Zwecke der wissenschaftlichen Materialsammlung“ für eine Untersuchung über die Wirkungen des Nationalsozialismus auf die deutsche Gesellschaft wurde im Sommer 1939 von der Harvard-Universität ausgelobt und mit einer Abgabefrist zum 1. 4. 1940 international bekannt gegeben; Pariser Tageszeitung, Nr. 1078 vom 19. 8. 1939, S. 4. Die Unterlagen des Wettbewerbs befinden sich in der Houghton Library der Harvard-Universität, eine Teilkopie (Mikrofilm) im ZfA/A Berlin.
- 2 Dr. Walter Gyssling (1903–1980), Journalist; Berufsoffizier, anschließend Studium; 1929 SPD-Eintritt; 1930–1933 leitender Mitarbeiter des CV-Büros zur Abwehr des Antisemitismus; März 1933 Flucht vor Verhaftung nach Basel; Autor von „Der Anti-Nazi“ (1931, Reprint 2003).
- 3 Hermann Esser (1900–1981), Journalist; 1918 SPD- und 1920 NSDAP-Eintritt, 1921–1923 und 1925–1926 Propagandaleiter der NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1926–1932 Hrsg. des *Illustrierten Beobachters*; 1933–1935 bayer. Staatskommissar, dann Staatsminister ohne Geschäftsbereich (Leitung der Pressestelle und der Staatskanzlei), 1935–1945 Leiter der Fremdenverkehrsabt. im RMfVuP, von 1939 an StS; 1945 in Nürnberg interniert, 1949 bei der Entnazifizierung von der Spruchkammer München als Hauptschuldiger eingestuft und zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt, 1952 entlassen.
- 4 Franz Xaver Ritter von Epp (1868–1946), Berufsoffizier; 1887–1923 Militärlaufbahn, u. a. Einsatz in China und Deutsch-Südwestafrika, zuletzt als Generalleutnant; 1919 Führer des Freikorps Epp; 1928 NSDAP-Eintritt; 1933–1945 Reichsstatthalter in Bayern, 1934–1944 Reichsleiter des kolonialpolitischen Amts der NSDAP, 1936–1945 Bundesführer des Reichskolonialbunds; 1945–1946 interniert.
- 5 Ernst Röhm (1887–1934), Berufsoffizier; 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, dann Verabschiedung aus der Reichswehr; 1925 und 1930–1934 Führer der SA; 1928–1930 Militärinstrukteur in Bolivien; 1930 NSDAP-Eintritt; 1933–1934 bayer. Staatsminister, Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Präsident des DAAD; am 30. 6. 1934 wegen eines angeblichen Putschversuchs ermordet.

Bürger stürmen, dass Menschen verschleppt, misshandelt werden, dass diesen Banden nichts, aber auch gar nichts heilig ist, das hat es bisher in Deutschland nicht gegeben.

Wir versuchen heute wenigstens einen Ueberblick über die Ereignisse der Nacht zu gewinnen.

Eben teilt uns ein Führer der Bayerischen Volkspartei mit, dass der bisherige Polizeiminister Dr. Stützel<sup>6</sup> nachts von S.A.-Leuten aus seiner Wohnung geholt, barfuss und im Nachthemd ins braune Haus<sup>7</sup> gebracht und dort unmenschlich geschlagen wurde. Ob er gestern Vormittag nicht vielleicht doch die Polizei hätte marschieren lassen, wenn er sein Schicksal geahnt hätte. Dann kommt ein Freund, der uns verstört erzählt, dass ein bekannter, politisch nie hervorgetretener Kaufmann, nachts in seiner Wohnung von der S.A. überfallen wurde. Mit den Worten „mir ham 14 Jahr' g'hungert und Du Saujud hast das Geld verfressen“ rissen ihm die entmenschten Bestien buchstäblich einen Arm aus. Der Reklamechef eines Warenhauses wird verprügelt, in einen abgelegenen Wald verschleppt und dort nackt mit Stricken an einen Baum gebunden. Von einem jüdischen Möbelhändler hört man nur, dass er infolge einer nächtlichen Haussuchung durch S.A.-Leute mit einem Schädelbruch in der chirurgischen Klinik liegt. Die Frau eines Rechtsanwalts begegnete mir. Ihr Mann ist geflohen. Aus Wut darüber wurde sie nachts von den eindringenden S.A.-Leuten barbarisch misshandelt. Sie kann kaum gehen. All ihre Glieder sind mit Striemen und blauen Flecken bedeckt. Eine Verhaftung nach der anderen wird gemeldet. Nicht nur die Führer der Linksparteien, zahlreiche jüdische Kaufleute wurden einfach auf Grund irgendwelcher Proskriptions-Listen festgenommen. Wir begeben uns zu den Geschäftsräumen eines bekannten jüdischen Vereins. Was wir dort sehen, ist ein Bild sinnloser Verwüstung. Türen und Fenster zerschlagen, die Telefonapparate und Möbel mit Axthieben zertrümmert, alles durcheinander geworfen. Die dort beschäftigten Angestellten erzählen uns bleich und weinend von dem Ueberfall. Was nicht niet- und nagelfest war, Akten, Bücher, Bureaumaschinen, Geld, alles war geraubt worden. Nicht einmal ein Telefonbuch und einen Fahrplan hatten die Plünderer zurückgelassen. Dort höre ich auch näheres über das entsetzliche Schicksal des ehrwürdigen Rabbiners.<sup>8</sup> Er war in der Nacht von S.A.-Leuten ins braune Haus verschleppt worden, wo man ihn mit den Worten „da kommt er ja, der krumme Judenhund, der wird jetzt gleich erschossen“, empfing. Er wurde dann auf den Exerzierplatz Oberwiesenfeld geführt, mit verbundenen Augen an einen Baum gestellt, ein Exekutionspeloton trat an, ein Offizier kommandierte, „legt an, gebt Feuer“. Geschossen wurde aber nicht. Man wollte den würdigen Greis bloss „ein bisschen erschrecken“ und liess ihn dann wieder laufen. Dafür kommt jetzt eine andere Jüdin und erzählt, wie in der Nacht Nationalsozialisten in ihre Wohnung eindringen. Ihr Mann und ihr Sohn wurden gezwungen, einen Revers folgenden Inhalts zu unterzeichnen: „Ich, der Israelit, J.L., erkenne hiermit an, dass ich ein Landesverräter bin und verpflichte mich, unter Zurücklassung meiner dem deutschen Volk abgestohlenen Kapitalien, das Land binnen 4 Wochen zu verlassen“. Kaum hatten sie im Angesicht

6 Dr. h.c. Karl Stützel (1872–1944), Jurist; 1918–1933 Mitglied der Bayer. Volkspartei; 1901–1914 u. a. Assessor in Landshut, 1914–1918 Bezirksamtman in Vilshofen, 1918–1924 Ministerialrat im bayer. Ministerium für Soziale Fürsorge, 1924–1933 bayer. Innenminister, 1932 Initiator des SA und SS-Verbots; 1933 Inhaftierung durch die SA und Amtsenthebung.

7 Braunes Haus: Parteibezeichnung für die NSDAP-Parteizentrale, die sich 1930–1945 in der Briener Straße 45 in München befand.

8 Vermutlich Rabbiner Leo Baerwald. Zu Baerwald siehe Dok. 42 vom 13. 5. 1933.

der drohend erhobenen Revolver-Läufe unterschrieben, da erklärte ihnen der S.A.-Führer, es habe einmal ein Jude verlangt, man soll Hitler aus Deutschland hinauspeitschen. Diese Äußerung werde jetzt an ihnen gerächt. Beide wurden völlig entkleidet und mit Drahtpeitschen geschlagen, bis sie bewusstlos zusammenbrachen.

So geht es stundenlang. Eine Schreckensmeldung jagt die andere. Ich kann es schliesslich nicht mehr ertragen und gehe. Aber ich soll keine Ruhe haben. Auf der Strasse ist es noch ärger. Vor meinen Augen, begeistert und bespieen von hysterischen Bestien, treiben S.A.-Leute mit Peitschen am hellen Mittag einen Mann vor sich her. Er trägt weder Schuhe noch Strümpfe, keinen Rock, keine Hose, nur ein Hemd und zerrissene Unterbeinkleider. Um seinen Hals hängt ein Plakat mit der Inschrift „ich der Jude Siegel werde mich nie mehr über Nationalsozialisten beschweren“.<sup>9</sup> Es ist einer der angesehensten Anwälte Münchens, der zu Gunsten eines verhafteten Freundes das Polizeipräsidium aufgesucht hatte, um dort zu intervenieren. Nachdem er zuerst unmenschlich verprügelt worden war, hetzte man ihn in dem geschilderten Zustand durch die Strassen.<sup>10</sup>

Ich weiss seit heute, was ein Pogrom ist.

#### DOK. 7

### Hermann Badt bietet dem stellvertretenden Ministerpräsidenten am 14. März 1933 seinen Rücktritt als Vertreter Preußens vor dem Staatsgerichtshof an<sup>1</sup>

Schreiben des Ministerialdirektors Dr. Hermann Badt,<sup>2</sup> Krummhübel im Riesengebirge, an den stellv. Ministerpräsidenten Preußens, Staatsminister Dr. Hirtsiefer,<sup>3</sup> Berlin, vom 14. 3. 1933

Hochverehrter Herr Staatsminister –

Sie werden verstehen, dass ich mir Tag und Nacht die Frage vorlege, ob es im Interesse des Staatsministeriums liegt, dass ich wieder, zusammen mit Herrn Dr. Brecht,<sup>4</sup> die Vertretung der Preussischen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig übernehme.<sup>5</sup>

Ich darf daran erinnern, dass Sie vor der ersten Verhandlung im Oktober v. J. in einer Sitzung des Staatsministeriums ausführten, es sei eigentlich unter den gegenwärtigen Umständen eine schwere Belastung des Staatsministeriums, wenn es in dieser Zeit durch einen – Juden und Sozialdemokraten – vertreten würde. Darauf seien Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister, insbesondere auch aus Kreisen Ihrer Partei aufmerksam gemacht worden. Auch aus Kreisen des Reichsgerichts seien solche Hinweise erfolgt.

Ich habe damals erklärt, ich würde selbstverständlich nicht nach Leipzig fahren, wenn irgendeiner der Herren Staatsminister das im Interesse der Sache für richtiger hielte. Im Übrigen würde ich, ohne irgendwie gekränkt zu sein, meine volle Mitarbeit, insbesondere auch bei der Verhandlung dem Staatsministerium nach wie vor zur Verfügung stellen. Die Herren Staatsminister waren jedoch damals einmütig der Ansicht, ich sollte doch nach Leipzig fahren, freilich sollte ich mich in der Verhandlung selbst nach Möglichkeit zu-

<sup>9</sup> Dr. Michael Siegel (1882–1979), Rechtsanwalt in München. Er emigrierte 1940 nach Peru.

<sup>10</sup> Von dem Vorfall existiert ein häufig veröffentlichtes Foto, auf dem der von SA-Männern schwer misshandelte Siegel am 10. 3. 1933 barfuß und mit abgeschnittenen Hosenbeinen zu sehen ist. Um den Hals trug er ein Plakat mit der Aufschrift: „Ich werde mich nie mehr bei der Polizei beschweren“. Siegel hatte zuvor im Münchener Polizeipräsidium gegen die KZ-Haft eines Mandanten protestiert.

rückhalten. Ich glaube, dass das nunmehr vorliegende Stenogramm der Leipziger Verhandlung beweist, wie sehr ich mich an diesen Auftrag gehalten habe. Inzwischen hat sich die Situation so gestaltet, dass ich volles Verständnis dafür habe, wenn nunmehr das Staatsministerium etwa beschliessen sollte, dass diesmal Herr Dr. Brecht allein die Vertretung Preussens übernimmt.

Darüber hinaus darf ich noch folgendes anmerken:

Falls etwa das Preussische Staatsministerium beschliessen sollte, dass bei dem geringen Umfang der ihm verbliebenen Befugnisse die Vertretung durch drei hauptamtliche Bevollmächtigte nicht mehr erforderlich ist, zumal ja auch seit längerer Zeit eine der drei Stellen im Haushalt als k.w. bezeichnet ist, halte ich mich, als der jüngste der drei Bevollmächtigten für verpflichtet, mein Amt zur Verfügung zu stellen. Sollte das Staatsministerium meine Zurdispositionstellung erst mit Wirksamkeit vom 1. Juli d. J. beschliessen und mich bis dahin beurlauben, so würde sich das mit Rücksicht darauf rechtfertigen lassen, dass ich an diesem Tag ein volles Vierteljahrhundert im Dienste des Preussischen Staates stehe. Ich bin aber auch damit einverstanden, dass ich zu einem früheren Zeitpunkt zur Disposition gestellt werde.

Für den Fall meiner Zurdispositionstellung bitte ich zu genehmigen, dass ich eine längst geplante, etwa einjährige Studienreise ins Ausland unternehme. Mein Wohnsitz wird weiterhin Berlin bleiben.

Mit dem Ausdrucke ganz besonderer Hochachtung und Verehrung  
Ihr sehr ergebener

1 JMB, 2002-31-40.

2 Dr. Hermann Badt (1887–1946), Jurist; Zionist und Sozialdemokrat; 1919–1932 im preuß. MdI tätig, zuletzt als Ministerialdirektor, 1932 Vertreter der entmachteten preuß. Regierung im Verfahren um den Staatsstreich von Papens vor dem Staatsgerichtshof; 1933 Emigration über die Tschechoslowakei nach Palästina, dort gründete er 1933 eine Siedlungsgesellschaft.

3 Dr. h.c. Heinrich Hirtsiefer (1876–1941), Schlosser; bis 1904 Arbeiter bei Krupp, dann Funktionär christlicher Gewerkschaften; 1921 bis März 1933 preuß. Minister für Volkswohlfahrt, von 1925 an auch stellv. Ministerpräsident Preußens; September bis Oktober 1933 Haft in den Konzentrationslagern Kemna und Börgermoor.

4 Dr. Arnold Brecht (1884–1977), Jurist; 1921–1927 Ministerialdirektor im RMDI, 1927 Übertritt ins preuß. Staatsministerium, 1932 Vertreter Preußens vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig; 1933 Haft nach einer Rede gegen Hitler, dann Emigration in die USA, dort Professor für Politikwissenschaften; Autor u. a. von Lebenserinnerungen „Aus nächster Nähe“ (1966) und „Mit der Kraft des Geistes“ (1967).

5 Der Staatsgerichtshof wies am 25. 7. 1932 eine von der preuß. Regierung beantragte einstweilige Verfügung gegen die VO des Reichspräsidenten vom 20. 7. 1932 ab, die den Reichskanzler als Reichskommissar für Preußen eingesetzt und die Regierung Preußens entmachtet hatte (sog. Preußenschlag). Der Gerichtshof entschied am 25. 10. 1932, dass die Einsetzung eines Staatskommissars mit Bezug auf Absatz 2 des Art. 48 der Verfassung (erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Reich) rechtmäßig sei, nicht aber die Absetzung der Landesregierung, die damit zunächst nominell im Amt blieb.

## DOK. 8

**Der Reichsinnenminister empfiehlt am 15. März 1933, die Zuwanderung und  
Einbürgerung von „Ostjuden“ zu verhindern<sup>1</sup>**

Runderlass des RMdI (II B 5002/9.3.), gez. Frick,<sup>2</sup> an die Landesregierungen, für Preußen: an den Kommissar des Reichs für das Preuß. MdI, vom 15. 3. 1933 (Abschrift)<sup>3</sup>

Zur ersten Einleitung einer bewußt völkischen Politik ist es zunächst erforderlich,

1. die Zuwanderung von Ausländern ostjüdischer Nationalität abzuwehren,
2. soweit solche Ausländer sich zur Zeit noch unbefugt im Inland aufhalten, sie zu entfernen,<sup>4</sup>

3. von der Einbürgerung ostjüdischer Ausländer bis auf weiteres abzusehen.<sup>5</sup>

*Zu 1:* habe ich den Herrn Reichsminister des Auswärtigen<sup>6</sup> gebeten, die deutschen Vertretungen im Ausland anzuweisen, Gesuche um Erteilung des Einreiseseitvermerks dieser Ausländer grundsätzlich abzulehnen, soweit nicht im Einzelfall zwingende Gründe entgegenstehen. Ist letzteres der Fall, wird vor der Entscheidung die Verbindung mit den Innenressorts aufgenommen werden.

Ich darf bitten, die Fremdenpolizeibehörden zu verständigen und ihnen erhöhte Aufmerksamkeit und scharfes Vorgehen gegen die Zuwanderung von Ausländern ostjüdischer Nationalität zur Pflicht zu machen.

*Zu 2:* Ich bitte ergebenst, gegen Ausländer ostjüdischer Nationalität, die sich unbefugt im Inland aufhalten, im Rahmen der bestehenden Gesetze und Staatsverträge mit Ausweisungsmaßnahmen vorzugehen.

1 BArch, R 43 II/134, Bl. 14+RS.

2 Dr. Wilhelm Frick (1877–1946), Jurist; von 1903 an im bayer. Staatsdienst tätig, 1919–1921 Leiter der Politischen Polizei und 1923 der Kriminalpolizei München; 1923–1924 Haft wegen Beteiligung am Hitler-Putsch, 1924 Dienstenthebung und Wiedereinsetzung; 1925 NSDAP-Eintritt; 1930–1931 Staatsminister für Inneres und Volksbildung Thüringens, 1933–1943 Reichsinnenminister, 1943–1945 Reichsprotector für Böhmen und Mähren; 1946 nach Todesurteil im Nürnberger Prozess hingerichtet.

3 Nach einer Anregung von StS Bang (RWM) für Hitler vom 6. 3. 1933 hatte der Chef der Reichskanzlei, Lammers, am 9. 3. 1933 Frick gebeten, mit der „Vorbereitung einer bewußt völkischen Gesetzgebung“ zu beginnen. Lammers schlug vor, a) gesetzgeberisch gegen die Zuwanderung von Ostjuden vorzugehen, b) sämtliche Namensveränderungen, die seit dem November 1918 vorgenommen worden waren, rückgängig zu machen sowie c) eine gewisse Zahl „der eingewanderten und nicht eingebürgerten Ostjuden“ auszuweisen. Den dritten Punkt hatte Lammers den Plänen Bangs hinzugefügt; Schreiben Bang an Lammers vom 6. 3. 1933 sowie Lammers an den RMdI vom 9. 3. 1933; wie Anm. 1, Bl. 10+12; Abdruck in: AdR, Teil I/1, S. 182 f. Frick übermittelte deshalb Lammers und Bang das hier abgedruckte Schreiben vom 15. 3. 1933; wie Anm. 1, Bl. 13.

4 Vorschläge zur Ausweisung der „Ostjuden“ wurden in Preußen und Bayern bereits in den frühen 1920er-Jahren diskutiert; dazu u. a. Walter, Antisemitische Kriminalität, S. 52–80.

5 Im Punkt 8 des NSDAP-Programms vom 24. 2. 1920 heißt es, jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher sei zu verhindern und alle seit 1914 eingewanderten Nicht-Deutschen seien zum Verlassen des Landes zu zwingen; Der Nationalsozialismus, Dokumente, S. 29.

6 Reichsaußenminister war 1932–1938 Konstantin Freiherr von Neurath (1873–1956), Diplomat; 1921–1930 Botschafter in Rom und 1930–1932 in London; 1937 NSDAP-Eintritt; 1939–1943 Reichsprotector für Böhmen und Mähren; 1946 im Nürnberger Prozess zu 15 Jahren Haft verurteilt, 1954 entlassen.

Zu 3: Von der Einbürgerung von Ostjuden bitte ich bis auf weiteres abzusehen. Wegen Einberufung einer Konferenz über Einbürgerungsfragen erfolgt demnächst weitere Mitteilung.  
[...]<sup>7</sup>

#### DOK. 9

### Max Moses Polke berichtet über die Verfolgung jüdischer Richter und Anwälte in Breslau zwischen dem 11. und 17. März 1933<sup>1</sup>

Bericht von Max Moses Polke<sup>2</sup> für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...]<sup>3</sup>

Die nächste Aktion fand, nachdem die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 den Nazis nicht die erwartete absolute Mehrheit gebracht hatten, am 11. März 1933 statt. Ich gehörte zu denen, die von dieser Aktion unmittelbar betroffen wurden, und habe darüber am 16. März 1933 an einen Freund in Palästina wie folgt geschrieben:

*„Am 11. März zwischen 11 und 12 Uhr drangen etwa hundert Braunhemden in das Gebäude des Breslauer Landgerichts [ein] und durchsuchten die Sitzungssäle sowie die Arbeitszimmer der Richter nach Semiten mit den Worten ‚Judens und Judenstämme raus.‘ Die Arbeit wurde gründlich geleistet, ein jüdischer Staatsanwalt und ein jüdischer Richter mitten aus der Sitzung gewaltsam hinausbefördert, ebenso mehrere jüdische Richter aus ihren Arbeitszimmern. Einem schwarzhaarigen nie jüdisch gewesenen Landgerichtsrat wiederfuhr dasselbe Schicksal. Ebenso erging es den jüdischen Anwälten, denen man bei Verhandlungen begegnete. Schliesslich drangen die Nazis mit erwähntem Ruf auch in das Anwaltszimmer ein und schlugen auf die ersten ein, die ihnen begegneten, wobei allerdings die Gummiknüppel mit den Rassenunterschieden nicht vertraut waren. Schwere Verletzungen sind hierbei, wie ich gleich bemerken möchte, nicht vorgekommen. Nur unser Freund, Maximilian W., trug eine blutende Kopfwunde davon, befindet sich aber auf dem Weg der Besserung. Selbstverständlich wurde dem Ruf ‚Judens raus‘ weitgehend Folge geleistet. Einige stürzten sogar ohne Mantel auf die Strasse. Einige sollen sogar die Robe anbehalten haben. Von den wenigen zurückgebliebenen Ariern versuchte ein Bekannter von mir, der mir darüber berichtet hat, mit den Braunen zu verhandeln. Diese beriefen sich auf einen Befehl Görings. Der Anführer erklärte jedoch, er habe keine Zeit, diesen Befehl vorzuzeigen. Die Zurückgebliebenen sollten*

<sup>7</sup> Dem Text folgen Schreiben Fricks an den RAM und an den RJM vom selben Tag, für letzteren mit der Bemerkung, dass zur Erörterung des Vorschlags, „sämtliche Namensänderungen jüdischer Personennamen, die seit dem November 1918 vorgenommen worden sind, rückgängig zu machen“, eine „Ressortberatung mit tunlichster Beschleunigung einberufen“ werden solle; wie Anm. 1, Bl. 14RS.

<sup>1</sup> Max Moses Polke, *Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933* (1940), S. 58–63; Harvard-Preisausschreiben, Nr. 178.

<sup>2</sup> Max Moses Polke (\*1895), Jurist und Volkswirt; von 1924 an Rechtsanwalt in Breslau; SPD-Mitglied; aktiv in der Jüdischen Gemeinde Breslau; nach dem Pogrom 1938 KZ-Haft; am 18. 12. 1938 emigrierte er mit seiner Familie nach Palästina; Autor u. a. von „Die deutschen Juden als nationale Minderheit“ (1934).

<sup>3</sup> Der gesamte Lebensbericht umfasst 150 Seiten. Der Autor beschreibt im vorangehenden Teil seine Kriegsteilnahme, sein Studium und seine Anwaltstätigkeit in Breslau.

weiterhin die Garantie dafür übernehmen, dass das Gericht judenfrei bleibe, sonst würden sie ebenfalls hinausfliegen. Im Wege des Verhandeln erreichten sie schliesslich, dass für den Nachmittag eine Versammlung aller Richter und Rechtsanwälte unter Ausschluss der Semiten, aber in Anwesenheit von Vertretern der Braunen einberufen wurde. In dieser Versammlung wurde mit Mehrheit beschlossen, einen 3 tägigen vollkommenen Stillstand der Rechtspflege eintreten zu lassen. Vom 13. bis 15. März 1933 fanden also keine Termine statt.

Was sonst und mit wem in diesen Tagen verhandelt worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis, einigermassen zuverlässlich weiss ich nur, dass der Vorstand des Deutschen Richtervereines und des Deutschen Anwaltvereines bei Papen war, und dass jener auf Hitler in dem Sinne eingewirkt hat, dass die Aktion abgeblasen wurde. Am Montag, den 13. März 1933 war jedenfalls das gesamte Gerichtsgebäude von SA-Mannschaften besetzt, am Dienstag den 14. März 1933 nicht mehr. Beim Oberlandesgericht fanden an diesem Tag sogar auch Verhandlungen statt, nachdem es dort nur zu einer Besetzung in den frühen Morgenstunden des 13. März gekommen war.

Heute sollte der Betrieb wie üblich stattfinden, die Zeitungen brachten jedoch eine WTB<sup>4</sup> Nachricht, die niemand veranlasst haben will, wonach nur Prozesse verhandelt werden, an denen keine jüdischen Anwälte beteiligt sind, alle anderen Termine aber aufgehoben werden.<sup>5</sup> Ausserdem fand jeder Anwalt ein Schreiben wie Anlage vor, und es wurde von Telefon zu Telefon mitgeteilt, man sollte auch lieber nicht ins Büro gehen, was einige getan haben. Trotzdem fanden alle Termine statt, und es vergingen gegen die durch jüdische Anwälte vertretenen Parteien Versäumnisurteile. Im übrigen fanden im Laufe des heutigen Tages lauter Tagungen und Beratungen der verschiedensten Vorstände statt, über deren Ergebnis mir bisher nichts bekannt ist.

Sämtliche jüdische Richter und Staatsanwälte haben ein Schreiben des Inhalts bekommen, die SA halte das Landgericht besetzt und gestatte nicht die Tätigkeit jüdischer Beamter. Der Empfänger des Schreibens sei daher als an der Ausübung seiner Funktionen tatsächlich behindert anzusehen und bis auf weiteres beurlaubt. Die Empfänger dieser Schreiben können augenblicklich im schönen Sonnenschein spazierengehen und haben heute pünktlich ihr Gehalt in die Wohnung gesandt bekommen. Sie fürchten aber, dass dieser Urlaub der Anfang vom Ende ist. Betroffen hiervon sind alle Semiten, also auch Leute, deren Grossvater sich bereits hat taufen lassen, und mit erstaunlicher Gründlichkeit waren alle in Frage kommenden Personen festgestellt worden, obgleich bekanntlich die Personalakten keine Anlage mehr über die Religion enthalten dürfen. Mir ist jedenfalls kein einziger Fall bekannt, dass auch nur ein Judenstämmling ausgelassen worden wäre.

Im übrigen muss man feststellen, dass bei dem ganzen Vorfall sich die höheren Beamten, also die Richter, korrekt und einwandfrei verhalten haben, bis sie dem Druck nachgeben mussten. Von den mittleren Beamten und Justizwachtmeistern berichtete man mir, dass einige bei der Judenaktion ihre Schadenfreude nicht haben unterdrücken können und jedenfalls nicht das Geringste dagegen taten. Die wenigen christlichen Kollegen, die ich in den letzten Tagen gesprochen habe, konnten die Freude über die zu erwartende Praxiszunahme kaum unterdrücken.“

Das in diesem Brief erwähnte Schreiben des Vereins Breslauer Landgerichtsanwälte vom 15. März 1933 hatte folgenden Wortlaut:

4 Wolffsches Telegraphenbüro, gegründet 1849, von 1934 an Deutsches Nachrichtenbüro.

5 Nachricht nicht ermittelt.